

PROTOKOLL

Begrüßung

Körber

Wir verdanken es der Gastfreundschaft von Ministerpräsident Thorn, der sich liebenswürdigerweise auch bereit erklärt hat, die Gesprächsleitung zu übernehmen, daß dieses Gespräch in Luxemburg stattfinden kann. Als Präsident der Vollversammlung der Vereinten Nationen sind Sie, Herr Thorn, dafür nicht nur kompetent, sondern auch erfahren genug, um sowohl die Linie unseres Gesprächs zu verteidigen als auch dafür zu sorgen, daß die Beiträge der einzelnen Teilnehmer entsprechend gewürdigt werden.

Das Thema unserer Konferenz liegt zwischen den Erörterungen, die einerseits auf der Gipfelkonferenz von London und andererseits bei dem Nord-Süd-Dialog in Paris zur Debatte standen. So gesehen bildet unser Thema einen Schwerpunkt der europäischen Politik. Es geht also nicht allein um die Weltwirtschaft, sondern auch um die Zukunft der europäischen Politik. Herr Cheysson von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel garantiert uns, daß diese europäische Reflexionsbasis nicht vergessen wird, und Herr Giersch wird umgekehrt dafür sorgen, daß wir den weltwirtschaftlichen Horizont nicht aus den Augen verlieren. Ich danke beiden Herren für ihre Bereitschaft, unser Gespräch mit einem Referat einzuleiten.

Europa und die Weltwirtschaft, das ist in der Tat ein spannungsreiches Thema. Diese Spannung fruchtbar zu machen, wird uns nicht leicht fallen - vieles ist anderswo schon gesagt worden. Dennoch hoffe ich, daß es uns gelingen wird, den Überblick über die Probleme zu erweitern und neue konstruktive Gedanken zu entwickeln.

Dabei scheint es mir wichtig, daß die Kommunikation der Politiker mit den Fachleuten verbessert wird, damit sich eine qualifizierte Öffentlichkeit in unserer Gesellschaft daran orientieren kann und um möglichst vielen eine Chance zum Mitdenken und zum Engagement zu geben. Nur so können wir auch verhindern, daß sich die Probleme Europas und der Weltwirtschaft unheilvoll kumulieren. Denn einer derartigen Ballung von ungelösten Fragen, die womöglich zum Konflikt drängen, läßt sich kaum durch die Arbeit von Diplomaten und Spezialisten allein begegnen. Sie bedarf des Willens der Nationen, genauer gesagt, der Solidarität von Völkern, die sich zu einer gemeinsamen politischen Kultur bekennen.

Wenn wir mit unserer Tagung erreichen könnten, daß solche Erkenntnisse, so unstrittig sie sind, nicht nur Stoff für unverbindliche Überlegungen liefern, so wäre unser Luxemburger Treffen schon ein Gewinn. Auch dazu sollten wir einen Beitrag leisten. Vielleicht können wir das sogar besser als die Politiker, die vorwiegend die Interessen ihrer Länder zu wahren haben.

Lassen Sie uns aber auf jeden Fall versuchen, im fachlichen Dialog auch einen Beitrag zur Moralität der internationalen Beziehungen zu leisten. Wir Europäer bedürfen, so meine ich, in unserer nicht sehr machtvollen Lage dieser Legitimation noch mehr als diejenigen, die glauben, sich auf ihre Weltmacht verlassen zu können. Ich würde einen solchen Beitrag zur Moralität nicht nur für Europa, sondern für die Welt für bedeutsam halten. Nichts Besseres auch könnte unser heutiger Bergedorfer Gesprächskreis leisten.

Thorn

Zunächst möchte ich Herrn Körber auch in Ihrer aller Namen für seine Anregung danken, diese Tagung des Bergedorfer Gesprächskreises über ein Thema durchzuführen, das aufgrund seiner Schwierigkeiten und seiner Komplexität unsere ganze Aufmerksamkeit erfordert. Ich meine, der Nord-Süd-Dialog, der in den letzten Tagen in Paris seine entscheidende Phase erlebt hat, verleiht unserer Diskussion höchste Aktualität.

Insofern können wir uns auch zu unseren beiden Referenten beglückwünschen. Claude Cheysson war seitens der Gemeinschaft einer der bedeutendsten Protagonisten in diesem Nord-Süd-Dialog, und er wird es hoffentlich auch noch lange bleiben. Da wir in Abwesenheit der Presse in diesem begrenzten Kreis frei debattieren können, denke ich, daß Claude Cheysson uns in aller Offenheit seine Meinung nicht nur zum Ablauf, sondern auch zu den Ergebnissen des Nord-Süd-Dialogs darlegen wird. Herr Giersch auf der anderen Seite steht nicht so im Rampenlicht, aber er ist einer von denen, die innerhalb der Gemeinschaft die Positionen wesentlich mitbestimmt und mitbeeinflußt haben. Es dürfte interessant sein, so kurz nach Beendigung des Pariser Dialogs die ersten Eindrücke und Reaktionen der beiden Referenten zu den großen Problemen, die dort diskutiert wurden, zu erfahren.

Ich habe nicht die Absicht, hier meinerseits eine Einführung in unsere Thematik zu geben; das überlasse ich den beiden Referenten. Aber ich bin an dem Thema außerordentlich interessiert. In den Industrieländern - und wir alle hier sind Vertreter solcher Länder - unterschätzen wir die an uns gestellte Herausforderung, ob die einen nun von Nord-Süd, die anderen von Rohstoffen oder von neuer Wirtschaftsordnung sprechen. Es geht um eine Überprüfung dessen, was auf der Welt geschieht, wovon wir alle betroffen sind. Aus historischen Gründen, auf die ich jetzt nicht näher eingehen kann, hat die industrialisierte, die reiche Welt lange Zeit die Richtlinien für die Wirtschaftsordnung von morgen bestimmt. Geben wir doch offen zu, daß es den einen oder den anderen schwergefallen ist, sich den Veränderungen, die in den letzten Jahren auf politischem, wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet stattgefunden haben, anzupassen.

Als Präsident der UN-Generalversammlung habe ich erlebt, wie unsere Industrienationen reagierten: "Wir werden in die Minderheit gedrängt", hieß es. "Die Mehrheit der Entwicklungsländer zwingt uns ihren Weg, ihr, Diktat' auf", was meiner Meinung nach nicht richtig war; "wir liegen falsch". Wir haben nie den Zusammenhang begriffen, der zwischen der grundlegenden politischen Veränderung, dem Wunsch nach einer neuen Wirtschaftsordnung und den finanziellen und anderen Forderungen besteht. Wird die neue Wirtschaftsordnung durch die zustande kommen, die gestern die Mehrheit gewesen sind und die heute in den Vereinten Nationen die Minderheit bilden?

Ich bin kein Hellseher; ich weiß nicht, wie die Konstellation von morgen sein wird, welcher Konsens sich aus der laufenden Serie von Konferenzen ergibt, wo wir nicht mehr am Anfang stehen, aber auch das Ende noch nicht erreicht haben. Worauf es aber ankommt ist, daß die industrialisierte Welt begreift, daß wir uns nicht mehr in der Situation von vor zehn Jahren befinden. Die Mehrheit der betroffenen Länder fordert eine andere Lösung und könnte sie letztlich auch erzwingen, beziehungsweise ist sie in der Lage, eine Ordnung abzulehnen, die andere ihr aufzwingen wollen.

Es geht um den Konsens, um die Übereinstimmung, um die Lösung der Wirtschaftskrisen und anderer Krisen und somit um jeden Weg, der uns zu einer künftigen neuen Ordnung führt. Ich halte es psychologisch gesehen für außerordentlich wichtig, daß wir nicht etwa etwas anbieten, das der ganzen Welt gefällt; das wird zumindest gegenwärtig schwierig sein. Aber es ist notwendig, daß wir einen qualitativen Sprung zu machen versuchen.

Dieser Dritten Welt, von der wir vorgestern noch nichts ahnten, deren Existenz wir gestern noch nicht kannten und die heute die Mehrheit ausmacht, müssen wir eine neue Ordnung anbieten, die sowohl ihren Befürchtungen als auch ihren Hoffnungen Rechnung trägt und die auch den Hoffnungen der industrialisierten Welt gerecht wird. Wir müssen begreifen, was man von Europa und der industrialisierten Welt erwartet: die Einführung einer neuen Ordnung und neuer Richtlinien. Darüber hinaus erwartet man von uns, daß wir der Dritten Welt jene Denkkategorien liefern, die es ihr erlauben, mit uns zu einem Konsens zu gelangen, den wir bis heute von ihr nicht gefordert haben, wozu wir bisher auch die Notwendigkeit gar nicht verspürten.

Ich halte es für wichtig, daß wir bei allen möglichen Gelegenheiten über dieses Problem sprechen, damit wir uns mit dieser Vorstellung und auch mit der ungeheuren Herausforderung vertraut machen. Ich glaube, daß es heute Menschen gibt, die dazu in der Lage sind und die fähig sind, die neue

Ordnung darzulegen und Wege aufzuzeigen, um dieser Herausforderung zu begegnen, die sich gegenwärtig der industrialisierten Welt, den westlichen Nationen und insbesondere der Europäischen Gemeinschaft stellt.

Cheysson

Worauf es mir in meinem Einleitungsreferat ankommt ist, einige Themen und Probleme in Erinnerung zubringen und eine Reihe von Vorschlägen zu machen, ohne daß ich dabei systematisch vorgehen werde. Ich nehme an, daß wir die Themen, die ich jetzt nicht anspreche, dann in der Diskussion behandeln werden.

Ich gehe zunächst von den finanziellen Mitteln aus, die für die Entwicklung der Dritten Welt zur Verfügung stehen. Dabei möchte ich unterstreichen, daß uns dieser Punkt sehr direkt betrifft; denn die Aufrechterhaltung einer gewissen Entwicklungsfähigkeit in der Dritten Welt liegt in unserem ureigensten Interesse. Die politischen und moralischen Aspekte haben Herr Körber und Herr Thorn bereits hervorgehoben. Wenn es keine Moralität in den internationalen Beziehungen gibt, sagte Herr Körber, und wenn wir den Ländern der Dritten Welt keine Hoffnung zu geben vermögen, sagte Herr Thorn, werden wir in folgenschwere Situationen und Spannungen geraten.

Grenzen des Wirtschaftswachstums

Aber kehren wir zur ökonomischen Argumentation zurück und gehen wir einen Moment von dem sehr egoistischen Ansatz aus, daß es für uns selbst wichtig ist, der Dritten Welt eine gewisse Entwicklungsfähigkeit zu erhalten, damit sie ein Motor für das wirtschaftliche Wachstum von morgen sein kann. Geben wir zu, daß unser Wirtschaftssystem seine Grenzen erreicht hatte, wie die objektiven Tatsachen zeigen. Die Krise hatte bereits vor der Erdölpreiserhöhung begonnen. Selbst die Abweichungen in bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung, wie wir sie uns in der Marktwirtschaft wünschten, haben sich alle bereits vor der Erhöhung der Erdölpreise bemerkbar gemacht.

Es ist nicht schwer, eine Reihe von Gründen dafür zu finden: Bestimmte Antriebskräfte unserer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung in der industriellen Welt waren nicht mehr vorhanden oder hatten sich in den Jahren, die der Erdölkrise vorangingen, verändert. Die Erdölkrise selbst hat ein schwerwiegendes Moment hinzugefügt. Denn durch die Erdölpreiserhöhungen haben die Energiekosten, die bis dahin im Vergleich zu den Kosten der anderen Produktionsfaktoren relativ gering waren, einen anderen Stellenwert erlangt.

Hinzu kommt, daß sich in der zweiten Phase des phantastischen Wachstums der Nachkriegszeit die indirekten Wirkungen der ersten Phase zeigten, die sich kostenmäßig vielleicht nicht so genau berechnen ließen. Über 20 Jahre haben wir außerordentliche Produktivitätszuwächse erlebt, die sich in sinkenden Gesamtkosten niederschlugen. Dieser Produktivitätszuwachs ermöglichte eine Entwicklung, die weitgehend auf Selbstfinanzierung gegründet war. Wir hatten aber die indirekten Kosten dieses Produktivitätsanstiegs vielleicht nicht genügend in Rechnung gestellt. So konnte zum Beispiel unsere Landwirtschaft ihre Produktivität erhöhen und damit ihre Rentabilitätsbedingungen verbessern - aber auf Kosten einer wachsenden Verstädterung in unseren Ländern. Der Preis dieser Verstädterung für die nationale Gemeinschaft ist erst Jahre später sichtbar geworden.

Ich denke weiter daran, daß die Einführung neuer Technologien in der Industrie und die damit verbundenen zusätzlichen Investitionen zweifellos die variablen Kosten in den Unternehmen verringert hat. Wir hatten uns aber keine Rechenschaft darüber abgelegt, daß wir auf diese Weise zur allgemeinen Umweltverschmutzung beitragen - wobei das Wort Umweltverschmutzung nicht auf die Emission von Schadstoffen begrenzt ist. Wir hatten uns nicht klargemacht, daß uns die Beseitigung dieser Umweltverschmutzung teuer zu stehen kommen würde. Die indirekten Kosten der Produktivitätsverbesserung haben also die Bilanz außerordentlich belastet.

Und dann haben die konjunkturellen Voraussetzungen, die die großartige Entwicklung ermöglicht hatten, nach und nach an Bedeutung verloren. Der Wiederaufbau war abgeschlossen, und das Bevölkerungswachstum, das die industriellen Gesellschaften eine Epoche lang auszeichnete, hat aufgehört. Dieses Bevölkerungswachstum stellte eine notwendige Antriebskraft für die allgemeine Entwicklung dar, nicht zuletzt für den Ausbau der Infrastruktur.

In dem gleichen Zeitraum wurden neue Generationen geboren, welche die Bedrohungen, denen sich unsere Generationen gegenübersehen, nicht mehr kennengelernt haben: die Bedrohungen durch Krieg, Wirren, Besatzung, Verlust der Unabhängigkeit. Diese nachfolgenden Generationen haben zudem einen gewissen Lebensstandard erlangt und neue Anreize erfahren, die zu einer Änderung des Lebensgefühls führten. Ich zitiere in diesem Zusammenhang Ivan Illich, der vom "Bedürfnis nach Zusammenleben" gesprochen hat. Es ist somit ein Wirtschaftssystem entstanden, das sich in

zahlreichen Faktoren verändert hat. Wir sind an die Grenzen des exponentiellen Wachstums gelangt, die durch dieses Wirtschaftssystem gesetzt wurden.

Nun setzen aber die Marktwirtschaft, das Leben in einer freien Welt - für mich sind beide Begriffe weitgehend synonym - das Wachstum voraus. Ohne Wachstum können weder die neuen noch die alten Probleme gelöst werden; ohne Wachstum verschlechtert der technische Fortschritt die Lage der Schwächsten und Ärmsten. Sagen wir stark vereinfacht: Ohne ein generelles Wirtschaftswachstum steigt die Arbeitslosigkeit genauso schnell wie die Produktivität. Wir brauchen Wachstum; das ist eine Tatsache, die niemand bestreiten kann, und dieses Wachstum werden wir auf den vorhandenen Märkten durch die Befriedigung echter Bedürfnisse finden müssen, so wie sie gegenwärtig auftreten. In der industriellen Welt würde dies, zumindest für uns Sozialisten, eine gewisse Veränderung unseres Gesellschaftssystems notwendig machen.

Ich will auf dieses Thema jetzt nicht weiter eingehen. Ich unterstreiche noch einmal, daß die Dritte Welt in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten einer der wichtigsten Motoren für das Wirtschaftswachstum sein wird, da dort Märkte, Bedürfnisse und beträchtliche Nachfragekapazitäten vorhanden sind, die genutzt werden könnten und sollten. Diese Überlegung ist für uns Europäer wichtiger als für die weiträumigen Kontinente, die noch hoffen können, in ihrem eigenen Bereich genügend Ausgleichselemente zu finden.

Handel mit Entwicklungsländern

Das liegt auf der Hand wegen unserer Rohstoffabhängigkeit. Denken wir daran, daß Europa circa 70 Prozent seiner Rohstoffe einführt, gegenüber 20 Prozent - vielleicht sind es jetzt ein wenig mehr - auf selten der Vereinigten Staaten. Es liegt auch auf der Hand im Hinblick auf die Bedeutung, die die Märkte der Dritten Welt für die wirtschaftliche Entwicklung Europas haben. Es ist doch auffällig, daß die Märkte der Dritten Welt in den letzten Jahren eine derartige Bedeutung für die europäischen Exporte erlangt haben. Sogar in der Krise haben sich die Exporte der Europäischen Gemeinschaft in die nicht-erdölproduzierenden Entwicklungsländer bis Ende 1975 weiter erhöht; noch 1975 betrug die Steigerung der Ausfuhren sechs Prozent.

Anders als in der Vergangenheit sind jetzt die Märkte der Dritten Welt für Europa bei weitem die wichtigsten geworden; denn sie nehmen circa 35 Prozent aller Exporte der Gemeinschaft nach außerhalb auf. Die Exporte allein in die nicht-erdölproduzierenden Entwicklungsländer sind höher als die Ausfuhren der Gemeinschaft nach den USA, der Sowjetunion und den anderen Ländern Osteuropas zusammen.

Das ist ein ganz neues Element. Wahrscheinlich müssen wir auf diesem Wege weitergehen. Während der sechziger Jahre war die Entwicklung des Handels zwischen den Industrieländern eines der entscheidenden Elemente für unser Wirtschaftswachstum; denn er nahm weit schneller zu, als das Volkseinkommen in unseren Ländern anstieg. An diese Stelle muß in Zukunft unser Handel mit den Entwicklungsländern treten.

In einem Artikel im "American Economic Review" hatten vor einigen Monaten zwei Wissenschaftler im Auftrag der Weltbank folgendes ermittelt: Wenn die nicht-erdölproduzierenden Entwicklungsländer ihre Einfuhren in dem Maße eingeschränkt hätten, wie sie durch den Anstieg der Erdölpreise aufgrund der Ölkrise in Schwierigkeiten geraten waren, wäre unser Bruttosozialprodukt noch um etwa 1 Prozent mehr zurückgegangen, als das so schon der Fall war. Und die beiden Wissenschaftler erklären, daß uns das zusätzlich zwei bis drei Millionen Arbeitslose in Europa eingebracht hätte.

Ich will jetzt nicht über den Wert dieser Analyse diskutieren, die mir ein wenig grob erscheint, aber die Tendenz ist absolut unbestreitbar. Für uns Industrieländer, insbesondere in Europa, sind die Entwicklung der Märkte der Dritten Welt und die Erhaltung ihrer Importfähigkeit von grundlegender Bedeutung. Wenn ich dies sage, befinde ich mich offensichtlich im Widerspruch zu dem, was gewöhnlich öffentlich verlautbart wird. Aber die Entwicklungsmöglichkeiten, vor allem der am weitesten fortgeschrittenen Länder der Dritten Welt, die über die größten Märkte verfügen, sind für uns wichtiger als selbst der hochentwickelte amerikanische Markt.

Verschuldung der Entwicklungsländer

Um diesen Ländern die Entwicklung zu ermöglichen und ihnen ihre Importfähigkeit zu erhalten, sind entsprechende finanzielle Mittel notwendig. Woher können die Länder der Dritten Welt diese finanziellen Mittel erhalten? In den sechziger Jahren deckte die öffentliche Entwicklungshilfe aus den Ländern der OECD das Zahlungsbilanzdefizit dieser Länder, während die Investitionen, also die anderen finanziellen Zuwendungen, das Wachstum ermöglichten.

Seit dem Anstieg der Erdöl- und Rohstoffpreise hat sich die Lage völlig verändert. Wie Sie wissen, beträgt das Zahlungsbilanzdefizit der nicht-erdölproduzierenden Entwicklungsländer etwa 30-35 Milliarden Dollar pro Jahr, während die öffentliche Entwicklungshilfe kaum die Hälfte dieser Summe ausmacht. In den ersten Jahren haben diese Länder den fehlenden Betrag durch Verschuldung gedeckt. Diese Verschuldung ist immer weiter angewachsen und hat jetzt, wie alle Welt zugibt, die Grenze erreicht. Der Grund liegt nicht so sehr daran, daß der Gesamtbetrag so enorm hoch ist - über 200 Milliarden Dollar;- , sondern daß die normalen Banken nicht mehr bereit sind, zusätzliche Risiken zu übernehmen. Das ist für mich ein eindeutiges Kriterium.

Die Auswirkung sehen wir übrigens schon jetzt: Im Jahre 1976 sind die Einfuhren der nicht-erdölproduzierenden Entwicklungsländer aus der Gemeinschaft erstmals um fast 5 Prozent zurückgegangen. Das ist ein untrügliches Zeichen. Es ist also notwendig, daß wir die finanziellen Mittel, die wir diesen Ländern zur Verfügung stellen, steigern. Für die Ärmsten gibt es keine andere Antwort als die Anhebung der öffentlichen Entwicklungshilfe.

Steigerung der Entwicklungshilfe In dieser Hinsicht freue ich mich, daß der Pariser Nord-Süd-Dialog einige der größten Industrieländer dazu veranlaßt hat, recht klar Stellung zu beziehen. Denn sowohl Japan als auch die Vereinigten Staaten haben beschlossen - der eine ausdrücklich, der andere mehr verdeckt, aber dennoch verbindlich;- , ihre öffentliche Entwicklungshilfe in den nächsten fünf Jahren zu verdoppeln. Ich begrüße es, daß sich die Sonderagentur der Weltbank, die IDA, entschlossen hat, ihr Transaktionsvolumen zu steigern, und daß wir zu einem zusätzlichen Finanzopfer bereit sind.

Dies alles wird indessen nicht ausreichen. Ich sage nicht, daß das von den Vereinten Nationen gesetzte Ziel von 0,7 Prozent eine absolut verbindliche Zahl sein sollte, aber wir müssen uns in diese Richtung bewegen. Dies gilt insbesondere für Länder wie die Bundesrepublik Deutschland. Zugleich bleibt abzuwarten, wie sich die übrigen Industrieländer an diesen vereinbarten finanziellen Anstrengungen beteiligen. In dieser Hinsicht ist nebenbei bemerkt die Nichtbeteiligung der Ostblock-Länder eine Anomalie, die mit dem weltweit bekundeten Entspannungswillen völlig unvereinbar ist.

Aber selbst wenn die öffentliche Entwicklungshilfe in den nächsten Jahren um 2, 3 oder 4 Milliarden Dollar jährlich ansteigen sollte - und da sind wir noch keineswegs angelangt;- , steht sie in keinem Verhältnis zu den weltweiten ökonomischen Problemen, die ich erwähnt habe. Damit die großen Märkte der Dritten Welt ihre Importfähigkeit aufrechterhalten können, wären zusätzlich 10, besser noch 15 Milliarden Dollar nötig, die ihnen auf anderen Wegen als über unsere sehr teuren Kapitalmärkte verfügbar gemacht werden müßten. Überall bereitet man sich darauf vor, und Ich bin beeindruckt, wenn ich Erklärungen von Herrn Apel, dem Finanzminister der Bundesrepublik, und ebenso von anderen lese, in denen sie die Finanzinstitutionen auffordern, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen.

Die Dinge beginnen sich allmählich zu konkretisieren; ich denke etwa an die regelmäßige Ausweitung des Transaktionsvolumens der Weltbank und an die verschiedenen Aktionsmittel, die im Rahmen des Internationalen Währungsfonds möglich sind. Der NordSüd-Dialog hat die Annahme einer gemeinsamen Empfehlung an den Internationalen Währungsfonds ermöglicht, die ich als recht fortschrittlich ansehe und die im Grunde die Forderung enthält, wirklich alle Möglichkeiten des Fonds zu nutzen.

Dagegen läßt sich einwenden, daß zusätzliche Finanzströme in die Wirtschaft der Dritten Welt inflationär wirken. Hierzu möchte ich sagen, daß die inflationäre Wirkung dieser Finanzströme in die Dritte Welt weit schwächer ist als der inflationäre Effekt, der entstünde, wenn die gleichen Finanzströme in die Industrieländer geleitet würden.

Es sind allerdings einige Einschränkungen nötig. Zunächst ist dafür Sorge zu tragen, daß die Aufbringung dieser zusätzlichen finanziellen Mittel nicht die Zahlungsbilanzdefizite der Länder verschärft, die davon gegenwärtig bedroht sind. Die Finanzierung sollte so erfolgen, daß die Schaffung von zusätzlicher internationaler Liquidität so weit wie möglich begrenzt wird. Außerdem sollte die internationale Liquidität, die den Erdölländern aufgrund der Ölpreiserhöhung zugeflossen ist, bestmöglich genutzt werden. Das bedeutet, daß die Länder mit einem Zahlungsbilanzüberschuß hier eine besondere Verantwortung tragen. Das bedeutet außerdem, daß die internationalen Finanzorganisationen der normalste Weg sind, insbesondere für die Rückschleusung von Liquiditäten in die ölländer.

Zweitens meine ich: Wenn wir, was ich hoffe, auf diesem Weg weitergehen, dann müssen wir versuchen, die Finanzströme in die Nachfragesektoren der Länder der Dritten Welt zu lenken, die von der Weltwirtschaftskrise am stärksten betroffen sind. Lassen Sie mich das erläutern. Es gibt zur Zeit

auf der Welt zahlreiche schlecht oder unterausgelastete Produktionskapazitäten. Dies ist eine Folge der Krise; es hängt aber auch damit zusammen, daß sich die Struktur der Nachfrage in unseren Volkswirtschaften erheblich verändert hat gegenüber der Periode des Wiederaufbaus, in der die wichtigsten Grundausrüstungen der Nachkriegsjahre geschaffen wurden.

Nun sind es aber die Erfordernisse dieser Sektoren, die genau denen der Dritten Welt heute entsprechen. Welche Art von Lieferungen und Ausrüstungen benötigt die Dritte Welt, vor allem die fortgeschrittensten Länder? Es sind die Lieferungen und Ausrüstungen, die wir selbst in der Phase des Wiederaufbaus brauchten. Es sind die Faktoren, die uns den Aufbau der heute überschüssigen Produktionskapazitäten ermöglichten.

Jetzt geht es darum, Mittel und Wege zu finden, damit die sehr umfangreichen Finanzströme, die wir den großen Märkten der Dritten Welt zur Verfügung stellen, vorrangig den Bedürfnissen ihrer Nachfrage entsprechend, soweit wir dies vorhersehen können, verwendet werden. Denn wir haben bereits die Erfahrung gemacht - abgesehen davon, daß wir uns heute sehr schwertun, die Nachfrage auf unseren eigenen Märkten für die kommenden zehn Jahre vorzusagen.

Giersch

Unser Thema heißt: "Europa und die Weltwirtschaft politische und ökonomische Ansätze zur Lösung des Nord-Süd-Konflikts." Ich werde mich dabei auf die ökonomischen Ansätze konzentrieren.

Zunächst eine Vorbemerkung. Gegenwärtig befinden wir uns in einer Art Denkpause im Nord-Süd-Dialog. Diese Gelegenheit sollten wir nutzen, um uns darüber klarzuwerden, ob wir uns im Westen eigentlich auf diesen Dialog so vorbereitet haben, daß wir zur positiven Lösung der anstehenden Probleme einen wesentlichen Beitrag leisten können. Denn der Westen befindet sich auf der Anklagebank, was Sie, Herr Thorn, in den Vereinten Nationen vielfach erlebt haben. Wir hören auf vielen internationalen Konferenzen, daß die westliche Weltwirtschaft zur Disposition steht. Wenn es uns nicht gelingt, eine Gesamtkonzeption vorzulegen, mit der wir den Forderungen der Entwicklungsländer nach einer Besserstellung entsprechen können, ohne daß wir selbst dabei große Einbußen hinnehmen müssen, wird diese unangenehme politische Situation noch lange bestehen bleiben.

Wahrscheinlich hat der Westen es versäumt, sich rechtzeitig eine Konzeption zuzulegen, um die Nord-Süd-Probleme so zu lösen, daß wir in Europa und in der westlichen Welt auch in Zukunft Wirtschaft in der Weise treiben können, wie wir es bisher getan haben. Wir brauchen somit ein Programm, um das Nord-Süd-Gefälle im Lebensstandard der Bevölkerung auf eine möglichst harmonische Weise abzubauen. Die ökonomischen Aspekte des Nord-Süd-Problems bestehen also darin, daß es den Menschen in den Entwicklungsländern besser gehen soll als bisher, ohne daß es uns deshalb notwendigerweise schlechter gehen muß. Es ist eine Lösung zu finden, die allen Beteiligten Vorteile verspricht.

Wirtschaft ist kein Nullsummenspiel

Im Gegensatz zu manchen Vorstellungen haben wir es im wirtschaftlichen Bereich nicht mit einem Null-summenspiel zu tun, bei dem der eine nur auf Kosten eines anderen gewinnen kann. Vielmehr bietet die Weltwirtschaft - das hat gerade das Beispiel der europäischen Integration gezeigt - Möglichkeiten, bei denen wir sozusagen gegen die Natur, gegen unausgeschöpfte Vorteile der internationalen Arbeitsteilung, des internationalen Handels und des internationalen Ressourcenausgleichs "spielen" können. Die Europäer sollten aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen in der Lage sein, eine Antwort für den Nord-Süd-Dialog zu formulieren. Denn innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft haben wir ja erlebt, welche Vorteile eine verstärkte Arbeitsteilung durch liberalisierten Handel, die Sicherung des freien Kapitalverkehrs und die Freizügigkeit beziehungsweise Niederlassungsfreiheit der Unternehmen bietet.

Welche Erfahrungen haben wir in diesem Zusammenhang gemacht? Um reich zu werden, muß man nicht notwendig einen Krieg gewinnen, sondern eher einen Krieg verlieren, wie die Deutschen im Raum der Bundesrepublik und die Japaner. Ein Land kann das höchste Realeinkommen in der Welt erreichen - wie die Schweiz; auch Schweden könnte man hier nennen;- , ohne je Kolonien gehabt zu haben, aber auch in Armut verharren - wie Portugal;- , obwohl es an Kolonialerfahrungen reich ist. Es kann mit der Wirtschaft stürmisch bergauf gehen, obwohl sich ein Gebiet seines äußeren Kolonialstatus noch nicht entledigt hat, wie der Fall Hongkong zeigt. Primitive politische Theorien versagen auch angesichts der Tatsache, daß weder die Größe eines Landes noch die Bevölkerungszahl wirtschaftlich ein Segen sind, wie man am großen und armen Indien und am kleinen

und wohlhabenden Singapur sieht. Indien steht an 104. und Singapur an 27. Stelle in der Weltrangliste des Pro-Kopf-Sozialprodukts.

Entwicklung im West - Süd - Verhältnis

Es ist also nicht so, daß die politischen Kategorien von Macht und Größe maßgeblich für die Entwicklung des Lebensstandards der Menschen in der Dritten Welt sind. Und es ist auch nicht so, wie im Sinne der Null-Summen-These behauptet wird, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Die tatsächliche Entwicklung im West-Süd-Verhältnis ist, wenn man als Maßstab das reale Bruttosozialprodukt je Kopf zugrunde legt, durch folgende Tatsachen gekennzeichnet:

- Aufgeholt haben gegenüber dem Westen, verstanden als Gesamtheit der OECD-Länder, aber ohne Griechenland, Spanien und die Türkei, seit 1960 nicht weniger als 27 Entwicklungsländer ohne Ölvorkommen, darunter Togo und Botswana in Afrika; Thailand, Südkorea, Taiwan, Hongkong, Israel und Singapur in Asien; Spanien, Jugoslawien und Griechenland in Europa und Puerto Rico in Lateinamerika. Nicht zufällig sind dies zumeist Länder, die sich bewußt der Weltwirtschaft geöffnet und in die internationale Arbeitsteilung eingegliedert haben.
- Relativ zurückgeblieben sind 111 der 138 Entwicklungsländer, darunter Ägypten, Äthiopien, Marokko und Uganda in Afrika; Indien und Sri Lanka in Asien und Argentinien, Peru, Chile, Bolivien, Uruguay und Paraguay in Lateinamerika.
- Absolut geschrumpft ist das reale Bruttosozialprodukt je Einwohner in Kuba, Senegal, der Volksrepublik Yemen, Vietnam und Kambodscha.
- In einigen Ländern ist zwar das Bruttosozialprodukt insgesamt, aber nicht das Bruttosozialprodukt je Kopf schneller gestiegen als im Westen. Die Differenz erklärt sich aus der Bevölkerungsexpansion. In diese Kategorie fallen unter anderen Zaïre, Tansania, Kenia, Kamerun, Elfenbeinküste, Tunesien und Mauretanien in Afrika; Pakistan, die Philippinen, Malaysia, Syrien, der Libanon und die Türkei in Asien und Mexiko, Guatemala, die Dominikanische Republik, Nicaragua, Costa Rica, Brasilien und Kolumbien in Lateinamerika. Diese Länder scheinen eher eine Geburtenplanung als eine geplante Weltwirtschaftsordnung nötig zu haben.

Forderungen der Entwicklungsländer

Trotz dieser Unterschiede im Entwicklungstempo sprechen die politischen Repräsentanten der Entwicklungsländer, die seit 1964 mit der UNCTAD ein eigenes Forum haben, in den Vereinten Nationen mit einer Stimme. Unisono wird - trotz der Erfolge gerade der Länder, die sich in die Weltwirtschaft eingegliedert haben - gefordert, daß die dezentralisierte Ordnung der Weltwirtschaft zugunsten der Entwicklungsländer in eine politisch gelenkte Ordnung geändert werden müsse. Je mehr Länder es sind, desto leichter läßt sich Einigkeit herstellen, wenn man einen langen Forderungskatalog aufstellt. Denn die Interessen divergieren, wie wir von Herrn Cheysson gehört haben. Im einzelnen verlangen die Entwicklungsländer:

- Stabile und höhere Rohstoffpreise, die zudem an die Entwicklung der Industriegüterpreise gebunden werden sollen (Indexierung),
- mehr Handelspräferenzen,
- mehr Verfügungsgewalt über Unternehmen im Auslandsbesitz,
- freien und kostenlosen Zugang zu den Technologien des Westens,
- einen höheren Anteil an den Gewinnen aus der Nutzung der ozeanischen Bodenschätze,
- einen Erlaß der Auslandsschulden, zumindest für ärmere Länder, und erleichterte Rückzahlungsbedingungen für andere,
- eine zusätzliche Kapitalhilfe in Form von Sonderziehungsrechten und
- eine Zunahme der echten, öffentlichen Entwicklungshilfe auf die versprochenen 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts der Industrieländer.

Diese Forderungen verbinden sich mit dem Ziel, den Anteil der Entwicklungsländer an der Welt-Industrieproduktion von jetzt etwa 7 Prozent auf 25 Prozent im Jahre 2000 zu erhöhen.

Zwei Jahre lang wurde in Paris auf der "Conference on International Economic Cooperation" - auch NordSüd-Dialog genannt - in vier Kommissionen mehr oder weniger konkret und kontinuierlich verhandelt: über Rohstofffragen, über Energieprobleme, über Finanzangelegenheiten und über

Entwicklungspolitik. Den Industrieländern Ratschläge zu geben, wie sie sich aus der Rolle des Angeklagten am besten befreien können, ist hier nicht der Ort. Aber es ist für einen Wissenschaftler wohl legitim, Vorschläge und Forderungen, die auf dem Tisch liegen, an Alternativen zu messen, die ihm effizienter erscheinen, und ein alternatives Gesamtkonzept zu präsentieren. Dies soll hier versucht werden.

Als gegeben sei dabei unterstellt, daß der Westen den zurückgebliebenen Ländern beim Aufholen wirklich helfen will und dafür auch bereit ist, bestimmte Opfer zu bringen. Dieses Bekenntnis zum direkten sozialen Ausgleich einerseits und zum Effizienzkriterium andererseits erleichtert die folgenden Überlegungen in verschiedener Hinsicht.

Industrialisierung der Entwicklungsländer

Erstens. Das Ziel, einen Anteil von 25 Prozent der Weltindustrieproduktion zu erlangen, dürfte wohl kaum erreicht werden. Nach Berechnungen, die im Institut für Weltwirtschaft in Kiel durchgeführt wurden, sind vielleicht 15 Prozent realistisch. Man muß außerdem bedenken, daß eine forcierte Industrialisierung auf Kosten der ländlichen Regionen geht, deshalb den ökonomischen Dualismus fördert und möglicherweise auch der politischen und sozialen Stabilität abträglich ist. Auch ist es wahrscheinlich, daß an dem Industrialisierungsfortschritt nicht alle Entwicklungsländer gleichermaßen partizipieren werden. Infolgedessen werden die Einkommensabstände zwischen diesen Ländern zunehmen.

Man darf bei dem Ziel der Industrialisierung der Entwicklungsländer nicht vergessen, daß es dort in den ländlichen Regionen große Arbeitslosigkeit gibt. Da eine Industrialisierung in der Regel sehr kapitalintensiv ist, besteht die Gefahr, daß damit nicht genügend Arbeitsplätze geschaffen werden. Deshalb dürfte die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern - die Schätzungen belaufen sich auf mehrere hundert Millionen Arbeitslose in der Dritten Welt - wichtiger sein als eine forcierte Industrialisierung.

Dennoch bejahe ich, daß sich die Entwicklungsländer die Industrialisierung als Ziel gesetzt haben. Schließlich hat auch die westliche Welt ihren hohen Lebensstandard größtenteils mit Hilfe der Industrialisierung erreicht. Es gehört zu den Gesetzmäßigkeiten des wirtschaftlichen Wachstums, daß bei einer Erhöhung des Lebensstandards der Anteil der Industrie am Bruttosozialprodukt steigt. Das zeigen internationale Querschnittsstudien eindeutig. Der Anteil der Industrie wird um so größer, je höher das Entwicklungsniveau eines Landes steigt, allerdings nur bis zu einem bestimmten Punkt, von dem an dann der moderne tertiäre Sektor zunimmt. Solche Gesetzmäßigkeiten werden auch bei einem Vergleich der Regionen innerhalb der EG deutlich. In den reichen Regionen ist der Anteil des tertiären Sektors bereits sehr hoch. Ich nehme zum Beispiel an, Herr Thorn, die Entwicklung Luxemburgs wird in erheblichem Maße durch die starke Ausbreitung des Bankensektors in dieser Stadt gefördert werden.

Kapitalhilfe aus öffentlichen Mitteln

Thorn

Claude Cheysson's Referat war eher eine allgemeine Einführung in dieses Gespräch. Wie sehen wir die Lage? Damit sollten wir beginnen und erst danach zur Diskussion des Referats von Herrn Giersch übergehen, der konkrete Punkte mit entsprechenden Vorschlägen unterbreitet hat.

Caspari

Wir befinden uns zur Zeit in den Beziehungen zwischen Nord und Süd verhandlungstaktisch und politisch in einer guten Position. Um das zu begründen, möchte ich etwas weiter ausholen. Zunächst gab es nach dem Kriege die Phase der Dekolonialisierung und des Romantizismus in der Entwicklungshilfe: "Die armen Kolonialvölker werden jetzt frei; wir helfen ihnen finanziell, und dann geht alles gut." Die kolonialisierten Länder wurden zwar frei, Entwicklungshilfe wurde gegeben, aber damit ging es noch lange nicht gut. Sie fühlten sich nun als Opfer von Ausbeutung, Internationalen Firmen, Verschwörungen oder was immer.

Aufgrund dieser Enttäuschungen gerieten wir in eine Phase der Konfrontation, die ihren Höhepunkt in der 6. UN-Vollversammlung fand. Ich denke an die Art und Weise, wie dort das Thema "neue Weltwirtschaftsordnung" behandelt und die "Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten" formuliert und durchgepeitscht wurde. Neben der Enttäuschung war es aber auch die Hoffnung, die in den Entwicklungsländern aufkam, als sie sahen, wie sich die ölländer plötzlich aus der "Kolonialisierung" durch die "bösen" Multinationalen befreien und zeigen konnten, welche Macht sie hatten.

Damit wurde tatsächlich eine neue Phase in den Beziehungen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern eingeleitet. Das fand seinen Niederschlag in der permanenten Konfrontation im Rahmen der Vereinten Nationen, deren Mechanismus zu Mehrheitsvoten gegen die Industrieländer benutzt wurde.

Diese Phase haben wir weitgehend, wenn auch unter großen Mühen, überwunden. Ich denke etwa an den Pariser Dialog und seine Vorbereitung. Ohne jetzt auf die Ergebnisse im einzelnen einzugehen, bin ich im Gegensatz zu vielen Presseäußerungen der Meinung, daß dieser Dialog aus verschiedenen Gründen ein Erfolg war. So konnte die Nullsummen-Mentalität, die zu Beginn des Dialogs vorherrschte, abgebaut werden. Die Indexierung stellt nicht mehr die große Forderung dar - mit etwas mehr taktischem Geschick hätte man dieses Thema ganz vom Tisch bekommen können. Die Frage der Schulden ist noch aktuell, aber die Entwicklungsländer wissen, daß es kein allgemeines Schuldenmoratorium geben wird. Und Länder wie Brasilien, Mexiko, Korea, bei denen die Schuldenprobleme am drängendsten sind, haben diese Frage absichtlich aus dem Dialog herausgehalten.

Ich meine also, daß auf der Basis dessen, was wir in diesem Dialog erreicht haben, wieder ein sachliches Gespräch mit den Entwicklungsländern möglich ist. Das gilt auch für die Diskussion über einen gemeinsamen Fonds für Rohstoffe, über dessen Modalitäten man zu Verhandlungen bereit ist. Jedenfalls ist die Zeit nie zuvor so günstig gewesen für eine echte Sachdiskussion mit den Entwicklungsländern.

Donges

Es mag wohl sein, Herr Caspari, daß wir uns gegenwärtig in einer günstigen Phase befinden, um Probleme sachlich zu diskutieren. Wenn ich jedoch die Forderungen der Entwicklungsländer richtig verstehe, so sind sie nicht damit zufrieden, daß wir die Dinge nur sachlich diskutieren, sondern sie wollen auch Ergebnisse, die ihren Forderungen möglichst nahe kommen. Ich frage mich, ob wir in der Lage sein werden, diesen Erwartungen der Entwicklungsländer zu entsprechen.

Denn wir, die Industrieländer, sagen zwar, daß wir im Bereich des Handels, der öffentlichen Entwicklungshilfe und des privaten Kapitalverkehrs selbstverständlich alles tun werden, um den Entwicklungsländern den Anschluß an die weltwirtschaftliche Entwicklung zu erleichtern. Gleichzeitig erklärt aber beispielsweise der deutsche Ernährungsminister einer erstaunten Öffentlichkeit, wie gut der europäische Agrarmarkt funktioniere, und beinahe täglich berichten die Zeitungen über die Bemühungen von Abgeordneten und Regierungen, neben einem neuen Welttextil-Abkommen sogenannte "orderly marketing arrangements" für sensible Produkte zustande zu bringen, und von Herrn Cheysson hören wir hier, daß die Industrieländer ihre Märkte natürlich nur bedingt öffnen werden.

Wenn solche Dinge in der Öffentlichkeit mit entsprechender Autorität vorgetragen werden, sind sie kaum geeignet, bei den Entwicklungsländern Vertrauen dahingehend zu wecken, daß wir es mit ihrer Eingliederung in die Weltwirtschaft tatsächlich so ernst meinen. Deshalb bezweifle ich, daß diese Länder von Forderungen Abstand nehmen, von denen wir bei dem gegebenen wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnisstand annehmen müssen, daß sie ihnen auf die Dauer nicht helfen werden.

Hinzu kommt, daß viele Entwicklungsländer immer noch dazu neigen, die Wurzel ihrer Probleme im Ausland zu suchen. Sie beklagen, daß sie im Export nach wie vor sehr stark rohstofforientiert sind, also die gleiche Rolle im internationalen Konzert spielen wie zu Zeiten der kolonialen Abhängigkeit. Sie sagen nicht oder verdrängen, daß sie eine Wirtschaftspolitik betrieben haben, die geradezu dies zum Ziel hatte, nämlich eine Industrialisierungspolitik, die nach innen ausgerichtet war. Wir nennen das "Importsubstitution". Wenn man eine internationale Arbeitsteilung bei Industrieprodukten bewußt ablehnt, kann man natürlich nicht erwarten, irgendeine nennenswerte Rolle als Anbieter von gewerblichen Halb- und Fertigwaren zu spielen.

Aus diesem Grunde muß auch bei den Entwicklungsländern die Erkenntnis wachsen, daß sie den Anschluß an die weltwirtschaftliche Entwicklung nur beschleunigen können, wenn sie bereit sind, durch gezielte Wirtschaftspolitik das Entstehen von Industrien zu fördern, die international wettbewerbsfähig sind oder es nach Erlangung eines gewissen Reifegrades werden können.

Cheysson

Herr Giersch und offenbar auch Herr Donges sehen einen Widerspruch in meinem Vorschlag, den Handel zu liberalisieren, was wir alle wünschen, und gleichzeitig einschränkende beziehungsweise

selektive Modalitäten dieser Liberalisierung zu befürworten. Hoffentlich habe ich recht; denn sollte es diesen Widerspruch wirklich geben, so fürchte ich, daß die Reaktion unserer öffentlichen Meinung ein schlichtes Wiederaufleben des Protektionismus zur Folge haben würde. Deshalb möchte ich diesen Protektionismus in Richtung auf eine leicht gesteuerte Liberalisierung abgeleitet sehen. Ich denke, die Lösung liegt in der Einführung eines Zeitplans für die Liberalisierung, eines Stufenplans mit festen Fristen. Ich halte es auch für normal, daß wir objektive Kriterien anlegen, die unseren eigenen Interessen entsprechen.

Brinkhorst

Lassen Sie mich als meinen ganz persönlichen Eindruck darlegen, daß ich nach der Pariser Konferenz keineswegs optimistisch bin, was die weitere Entwicklung des Nord-Süd-Dialogs angeht. Ich will dafür einige Gründe nennen. Allenfalls ist in Paris eine Art zeitlich begrenzter Waffenstillstand vereinbart worden. Das Positivste, das sich über den Nord-Süd-Dialog, an dem wir während der vergangenen 18 Monate gearbeitet haben, sagen läßt, ist vielleicht, daß er nicht zur offenen Konfrontation geführt hat. Dabei wissen alle, die in der letzten Woche dabeigewesen sind, daß wir einer Konfrontation sehr nahe waren. Bis zuletzt hätte es durchaus zu einer einseitigen Erklärung der Gruppe der 19 kommen können, die sicherlich eine einseitige Erklärung der Gruppe der 8 nach sich gezogen hätte. Denkbar wäre auch eine 14tägige Unterbrechung gewesen, was so ziemlich das gleiche bewirkt hätte; denn in der Zwischenzeit wäre die ganze Angelegenheit hochgegangen.

Als ein Ergebnis des Pariser Dialogs ist festzuhalten, daß das, was die meisten Länder der Gruppe der 8 vor allem angestrebt haben, nicht erreicht wurde, nämlich eine gewisse Institutionalisierung des Energiedialogs. Dennoch haben wir eine Konfrontation vermieden, was ich positiv bewerte. Es wäre eine Katastrophe gewesen, wenn wir auf dem Energiedialog, der von der anderen Seite abgelehnt wurde, bestanden und die von uns gemachten Zugeständnisse zurückgezogen hätten. Ich meine, es war klug von den Industrienationen, daß sie das nicht getan haben.

Aber, um es noch einmal zu unterstreichen: Die konkreten Ergebnisse, die erreicht wurden, sind bestenfalls als ein Waffenstillstand zu bezeichnen. Ohne Zweifel lassen die Ergebnisse eine Reihe von Interpretationsmöglichkeiten zu. Wir alle, die wir auf diesem Gebiet - und auch in anderen Bereichen der Gemeinschaft - arbeiten, verstehen uns darauf, Unterschiede in den Standpunkten durch doppeldeutige Formulierungen zu verschleiern. Das gilt beispielsweise für den Begriff "Gemeinsamer Fonds" - insbesondere wenn ich mir anhöre, was Herr Giersch dazu gesagt hat. Während wir nach außen hin angedeutet haben, die Gruppe der 8 Länder bereiteten sich nunmehr auf den Gemeinsamen Fonds vor, wissen wir alle, daß dies zumindest bei einer ganzen Reihe von Ländern keineswegs der Fall ist. So werden wir diesen Streit schon in Kürze wieder auf dem Tisch haben.

Die Industrieländer haben sich weiterhin verpflichtet, die öffentliche Entwicklungshilfe wesentlich und in zunehmendem Maße zu steigern. Obwohl ich die Bemühungen der neuen amerikanischen Regierung, mit dem Kongreß hier ein Übereinkommen zu erzielen, sehr positiv einschätze, gebe ich mich da keinen Illusionen hin. Der Druck auf unsere öffentlichen Haushalte wird in der nächsten Zeit so stark sein, daß eine Verdoppelung der Hilfeleistungen - davon geht das Konzept einer wesentlichen Steigerung aus - in den kommenden vier oder fünf Jahren nicht erreichbar sein wird. Mich würde interessieren, inwieweit Sie dieser Ansicht zustimmen. Auch in diesem Punkt ist eine gewisse Doppelzüngigkeit nicht von der Hand zu weisen.

Was die sogenannte Sonderaktion angeht, also die eine Milliarde Dollar, die den am stärksten betroffenen und am wenigsten entwickelten Ländern zukommen soll, so könnte man sagen, dies war ein positives Ergebnis; denn diese Sonderaktion ist ja tatsächlich verabschiedet worden. Man sollte aber nicht vergessen, daß diese Aktion an die Stelle eines sehr vielumfassenderen Konzepts getreten ist, nämlich die Regelung der Verschuldungsfrage. Ursprünglich sollte zwischen der Art von Verschuldung, der Sonderaktion und der öffentlichen Entwicklungshilfe eine Verbindung hergestellt werden. Auch in diesem Punkt konnte keine Übereinstimmung erzielt werden. Die ganze Sache ist jetzt lediglich an die UNCTAD zurückverwiesen worden, die doch seinerzeit gerade verlangt hatte, daß dieser Punkt in Paris geklärt werden sollte! Selbst wenn wir hier also vorübergehend etwas erreicht haben, sollten wir uns keinesfalls der Illusion hingeben, daß sich die Situation in den nächsten Monaten nicht wieder erheblich dramatisieren kann.

Die Gruppe der 19 ist natürlich weit davon entfernt, eine Einheit zu sein. Der einzige Grund, warum diese Länder gemeinsame Positionen beziehen mußten war, daß es eine Maximierung von Einzelforderungen gegeben hatte, die sich manchmal widersprachen, mitunter sogar in Konfrontation

zueinander standen. Deshalb konnten die radikalsten Vertreter der Gruppe der 19 Positionen beziehen, die nur schwerlich zu akzeptieren waren.

Diese Maximalforderungen werden jedoch noch lange Zeit bestehen bleiben, weil die Gruppe der 19 es sich politisch nicht leisten kann, sich der Gruppe der 77 zu entfremden. Während der ganzen Pariser Konferenz hat die Gruppe der 19 immer wieder betont: "Wir verhandeln hier im Auftrag der Gruppe der 77; wir sind politisch gebunden und können keinen Schritt weitergehen." Das betrifft auch die wichtigsten ölproduzierenden Länder wie Saudi-Arabien, Iran und andere. Solange dieser Zustand andauert, dürften wir kaum in der Lage sein, konkrete Ergebnisse zu erreichen. Deshalb bleibe ich alles in allem ziemlich skeptisch, was die weitere Entwicklung anbetrifft.

Caspari

Ich habe den Pariser Dialog über zwei Jahre verfolgt. Er hat in einer Weise zu einer Entideologisierung der Positionen der Entwicklungsländer geführt, wie ich es vorher nie für möglich gehalten hatte. Natürlich haben die Entwicklungsländer noch ideologische Positionen, aber das ist nicht zu vergleichen mit der Situation zu Beginn. So betraf eines der wichtigsten Probleme den Link mit den Sonderziehungsrechten.

Hiß

Das war eine klare materielle Interessenlage, keine Ideologie.

Caspari

Ja, es wurde aber von den Entwicklungsländern zur Ideologie hochstilisiert. Das wurde auch aus den Konferenz-Papieren deutlich. Wenn man sich das Schlußdokument ansieht, findet man dieses Problem weder unter den Punkten, auf die man sich geeinigt hat, noch unter denen, die offen blieben. Man hat es in letzter Minute elegant fallengelassen.

Es ist überdies das erste Mal gewesen, daß die Industrieländer in einer kritischen Phase der Verhandlungen nicht kapituliert haben - anders als in Nairobi und bei den Diskussionen über die neue Weltwirtschaftsordnung. So enthält die Liste eine Fülle von Punkten, in denen man sich nicht geeinigt hat. Ich hätte nie gedacht, daß es für die Entwicklungsländer möglich wäre, eine Konferenz, bei der die Hälfte der Punkte kontrovers bleibt, zu einem konvenablen Abschluß zu bringen. Daraus schließe ich, daß die Entwicklungsländer jetzt bereit sind, über Sachprobleme zu verhandeln.

Das war natürlich nur möglich, weil wir eine bewegliche Politik geführt haben und den Entwicklungsländern in wichtigen Punkten entgegengekommen sind. Diese Tatsache haben sie so hoch bewertet, daß sie es nicht zum Krach kommen ließen. In Nairobi und bei den Diskussionen über die neue Weltwirtschaftsordnung und die Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten war das anders. Das zeigt, daß sehr viele Entwicklungsländer mit den Industriestaaten kooperieren wollen.

Aus alledem entnehme ich, daß der Weg zu sachgerechten Verhandlungen eröffnet ist, wenn wir erstens bereit sind, das große Versprechen der Konferenz einzuhalten, und wenn wir zweitens weiterhin eine bewegliche Politik betreiben. Das große Versprechen der Industrieländer auf der Konferenz war, daß sich der Trend der Entwicklungshilfeleistungen, gemessen am Sozialprodukt, ändert, der - mit Ausnahme eines Krisenjahres, in dem er aus statistischen Gründen anstieg - in den letzten Jahren ständig nach unten ging. Die Amerikaner und Japaner gaben klare Zusagen; die EG schwieg sich aus. Ändert sich dieser Trend jedoch nicht, wird sich das Bild in der Tat verschlechtern. Insofern gebe ich Herrn Brinkhorst recht.

Verner

Was die Beurteilung der gegenwärtigen Lage angeht, so hoffe ich zwar, daß Herr Caspari recht hat, habe aber das Gefühl, daß Herr Brinkhorst die Dinge realistischer sieht.

Warum führen wir diesen Dialog? Wenn ich mir die Literatur, die ich zu diesem Thema gelesen habe, vergegenwärtige und an die Gespräche denke, die ich über Jahre hin mit Leuten aus entwickelten und unterentwickelten Ländern geführt habe, so stehen drei Argumente im Vordergrund. Das erste ist ein "Du-schuldest-mir"-Argument. Da geht es darum, die Schuld für Sünden der Vergangenheit abzutragen, für Kolonisierung, Sklaverei, Ausbeutung und dergleichen. Wenn man sich mit diesen Dingen im einzelnen näher auseinandersetzt, so erweisen sie sich als so komplex, daß sie als Argument unbrauchbar werden.

Zweitens argumentiert man mit moralischer Verantwortung, die die Reichen veranlassen sollte, den Armen etwas abzugeben. Das dritte Argument schließlich besteht in der Überzeugung sowohl der Reichen wie auch der armen Länder, daß ein bestimmter Ressourcentransfer für beide Seiten von Nutzen wäre. Wenn der Nord-Süd-Dialog auf dieser letzten Grundlage geführt wird, dürfte er einige Aussicht auf Erfolg haben. Sollten jedoch die beiden ersten Argumente bestimmend werden, sehe ich nur geringe Erfolgchancen, weil dann die Bezugspunkte nicht stimmen.

Ich meine, daß wir in den Industrieländern ein Bildungs- und Kommunikationsproblem mit den Kollegen aus der Dritten Welt haben. Wir müssen sie von dem Irrtum befreien, daß Überzeugungen, die sich der ersten beiden Argumente bedienen, zutreffend sind und wir aus diesen Gründen an der Diskussion teilnahmen. Wenn wir ihnen das nicht klarmachen, sehe ich keinerlei Chance für eine Annäherung.

Dondelinger

Ich bin weder Ökonom noch Meteorologe; beide Berufe haben ja einiges gemeinsam, vor allem was die Richtigkeit von Vorhersagen angeht. Wie Herr Caspari und Herr Brinkhorst habe ich den Pariser Nord-Süd-Dialog in den ersten Monaten direkt miterlebt. In der Tat war es eine wichtige Erfahrung, daß es lange Zeit gelungen ist, die Politisierung der Auseinandersetzungen zu vermeiden. Wenn jetzt einige Entwicklungsländer die Diskussion erneut in den Rahmen der UNO beziehungsweise der UNCTAD zurückverlagern wollen, dann fürchte ich, daß wir wieder in eine Sackgasse geraten werden, weil dort in Anwesenheit der Presse jeder nur politische Erklärungen abgibt. Ich bin deshalb gespannt, ob es im Stil des Dialogs weitergeht oder ob wir erneut eine Politisierung der Probleme erleben werden.

Man wird also dem Pariser Dialog nicht gerecht, wenn man nur auf die letzten fünf Tage sieht. Dabei vergißt man vor allem, daß der Dialog in der ersten Phase der Analyse insofern von großer Bedeutung war, als die anwesenden Länder gegenseitig ein gewisses Verständnis für ihre Probleme zeigten. Die Entwicklungsländer waren sich darüber im klaren, daß die entwickelten Länder in einer Zeit der wirtschaftlichen Rezession und Arbeitslosigkeit nicht so viel tun können, wie in einer Periode des Wachstums.

So heißt es in Punkt 10 des Schlußkommuniqués: "Die Konferenzteilnehmer sind der Ansicht, daß der Dialog zu einem besseren Verständnis der internationalen wirtschaftlichen Lage beigetragen hat und daß die intensiven Diskussionen für alle Teilnehmer nützlich gewesen sind. Sie stimmen darin überein, daß diese Konferenz nur eine Phase in dem weitergehenden Dialog war" und so weiter. Diese Meinung teile ich. Die Analyse der spezifischen Probleme, ob es dabei um Rohstoffe oder um andere Dinge ging, ist in einem globalen Bezugsrahmen durchgeführt worden, das heißt, man hat sich klargemacht, daß die einzelnen Probleme untereinander zusammenhängen. Davon muß man bei der Festlegung der zukünftigen Strategie ausgehen.

In den ersten sieben Monaten des Dialogs hat man versucht herauszufinden, wie die Konzeption für eine neue generelle Struktur unserer Beziehungen zu den Entwicklungsländern aussehen könnte. Wenn einige vom Scheitern des Dialogs sprechen, dann ist das sicher darauf zurückzuführen, daß man die Dinge am falschen Ende angefaßt hat, indem man sich zu einzelnen Punkten äußerte, zum Beispiel zu den Bufferstocks, ohne sie im Gesamtzusammenhang zu sehen. Das heißt, der "package deal", über den wir anfangs gesprochen haben, wurde vernachlässigt, weil man sich auf jeden Fall von der anderen Seite Zugeständnisse erhoffte.

Ich stimme nicht zu, wenn es heißt, der Dialog habe zu keinen konkreten Ergebnissen geführt. Abgesehen von einigen Punkten, in denen Übereinstimmung erzielt wurde, hat der Dialog erreicht, daß eine Liste derjenigen Probleme erstellt wurde, die noch diskutiert werden müssen. Zu diesem Zweck wird die Liste an die Vereinten Nationen und andere zuständige Organisationen weitergereicht. Wir werden diese Probleme also in der globalen Perspektive weiterdiskutieren. Ich halte das für wichtig. Von Zeit zu Zeit muß man sich die erreichten Ergebnisse ansehen und sie verallgemeinern, um zu überlegen, welche Anstrengungen im globalen Rahmen möglich sind. Natürlich sollte diese Verallgemeinerung, die ich befürworte, nicht zu theoretisch sein; vielmehr geht es um einen pragmatischen Ansatz unter Vermeidung doktrinäer Positionen.

Sie haben sicher recht, Herr Cheysson, daß es in der Gruppe der 19 keinen Zusammenhalt gab; ich behaupte aber, daß es in der Gruppe der 8 auch keinen Zusammenhalt gegeben hat.

Über die innere Zerstrittenheit der Gemeinschaft, die ich aus nächster Nähe miterlebt habe, will ich gar nicht sprechen. Das gilt insbesondere für die Frage der Verschuldung, wo ich glaubte, ein gutes Ergebnis erzielen zu können, was aber vor allem durch die Gemeinschaft verhindert wurde. Ich habe

mich gefragt, ob wir wirklich eine gemeinsame Strategie für die Industrieländer brauchen, ob wir nicht eines Tages den Mut zu einer europäischen Strategie aufbringen müssen, ohne uns allzuviel um eine Strategie der anderen Industrieländer zu kümmern.

Ein weiterer wichtiger Punkt, über den die Industrieländer nur sehr am Rande gesprochen haben, betrifft die Währungsfragen, insbesondere den internationalen Währungsfonds. Ich denke in diesem Zusammenhang an die Bedeutung des Floatens der Währungen, der internationalen Liquidität, der inflationären Preisentwicklung für die Industrieprodukte im Verhältnis zu den Rohstoffpreisen, die stagnieren oder teilweise sogar sinken. Diese Inflation rechtfertigt meines Erachtens auch gewisse Erdölpreiserhöhungen, selbst wenn die Politiker der Industrieländer sagen, dies würde uns ruinieren. Wenn man aber die Erdölpreise von vor 1973 in Beziehung setzt zu den Preiserhöhungen für Industrieprodukte, die von den Entwicklungsländern importiert wurden, und das vergleicht mit den damals sehr niedrigen Rohstoffpreisen, dann dürfte darin ein Grund für die Verarmung jener Länder liegen.

In diesem Zusammenhang ist ferner die Frage wichtig, wie die erdölproduzierenden Länder ihr Geld anlegen. Hinzu kommt die Kreditgewährung durch die Zentralbanken an in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geratene Länder wie Großbritannien und Italien. Ich meine, die inflationäre Wirkung jener Kredite ist nicht zu übersehen. Diese Gelder waren gemäß den Baseler Vereinbarungen gesperrt, das heißt, die Dollar, über die die Bundesbank verfügte, konnten auf dem Markt nicht mehr angelegt werden. Durch die Kreditgewährung jedoch führt man diese Gelder dem Geldkreislauf wieder zu. Nun glaube ich, daß die Entwicklungsländer nicht ganz unrecht haben, wenn sie uns vorwerfen, wir betrieben damit eine Politik, die uns allen schadet. Das ist einer der Punkte, der in dem gesamten Finanzierungskomplex eine wichtige Rolle spielt.

Schließlich stimme ich voll mit dem überein, was Herr Giersch über Standortinnovation gesagt hat. Unsere Eisenindustrie zum Beispiel baut Stahlwerke in verschiedenen Entwicklungsländern; dabei wäre es doch vorzuziehen, wenn sie sich an solchen Werken in jenen Ländern beteiligen würden, um zu geringeren Kosten zu produzieren. Jedenfalls erscheint mir die internationale Arbeitsteilung als sehr paternalistisch.

Wir sollten uns keine Illusionen machen. Wenn die Entwicklungsländer von der Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung sprechen, dann ist das nicht nur ein Schlagwort. Das Streben nach einer solchen Weltwirtschaftsordnung setzt natürlich die Lösung konkreter Probleme voraus. Aber diese Lösung wird auch die Gesamtkonzeption der neuen Weltwirtschaftsordnung beeinflussen. Wenn wir als Industriestaaten mit der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung zufrieden sind, werden wir so weitermachen wie bisher. Wenn wir glauben, daß wir uns international in einer Situation befinden, in der unsere Länder national um 1900 zur Zeit der industriellen Revolution waren, dann werden sich, wenn man so weitermacht wie bisher, bald auch die gleichen Folgen zeigen, wie wir sie national erlebt haben.

Ich komme noch einmal auf die Beschlüsse des Nord-Süd-Dialogs zurück. In Punkt 8 heißt es: "Die Vertreter der Entwicklungsländer auf der Konferenz erkennen an, daß Fortschritte im Hinblick auf einige Vorschläge der entwickelten Länder erzielt wurden. Sie stellten jedoch mit Bedauern fest, daß über die meisten Vorschläge für strukturelle Veränderungen des internationalen Wirtschaftssystems und über bestimmte Vorschläge zur raschen Behandlung drängender Probleme keine Übereinstimmung erzielt wurde." Dabei sollte man "Vorschläge für strukturelle Änderungen des internationalen Wirtschaftssystems" unterstreichen. In Übereinstimmung mit Herrn Cheysson bin ich der Meinung, wir sollten nicht vergessen, daß es auch einen globalen Aspekt gibt. Alle Veränderungen, die wir herbeiführen, müssen wir nicht nur theoretisch, sondern, soweit das möglich ist, auch praktisch in unsere Perspektive der Weltwirtschaft einfügen.

Thorn

Nur zu Ihrer Information: Zu Beginn des Nord-Süd-Dialogs war Herr Dondelinger als Generalbevollmächtigter der Banken Fürsprecher der Europäischen Kommission, als Luxemburg den Vorsitz in der Gemeinschaft innehatte. Jetzt ist er Präsident der Internationalen Bank in Luxemburg, und in dieser Eigenschaft kann er sich Freiheiten herausnehmen, die ich mir beispielsweise nicht leisten kann.

Donges

Unter den sehr engagierten Ausführungen von Herrn Dondelinger reizen mich insbesondere zwei Punkte zum Widerspruch. Der eine betrifft seine Aussage zur Entwicklung der terms of trade. Er erwähnte das Verhältnis der Rohstoffpreise zu den Preisen der gewerblichen Halb- und

Fertigerzeugnisse. Der zweite Punkt ist sein Hinweis, Vorschläge zur Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung hätten den Geruch des Paternalistischen an sich.

Was die erste Frage anlangt, so will ich nur einige Fakten anführen. Wenn wir von terms of trade sprechen, so müssen wir zumindest zwischen "commodity" und "income terms of trade" unterscheiden. Bei den commodity terms of trade, die sich auf die hier genannten Produkte beziehen, stellen wir fest, daß sie seit 1960 mehr oder weniger konstant geblieben sind. Mehr oder weniger heißt, daß sie, nehmen wir die Indexwerte, zwischen 99 und 101 geschwankt haben. Seit 1972 haben sie sich für die Entwicklungsländer sogar verbessert. Hierbei sind die Ölländer nicht mit einbezogen. Wenn in UNCTAD-Dokumenten und offensichtlich auch in Paris von einer Verschlechterung der terms of trade gesprochen wird, so setzt man meist beim Korea-Boom 1953 an und vergleicht dieses Jahr dann mit 1972.

Die zweite Art von terms of trade, die für die Entwicklungsländer unter entwicklungspolitischen Aspekten sehr viel wichtiger sind, weil sie die Importkapazität widerspiegeln, sind die sogenannten income terms of trade. Hier werden nicht nur Preise in Beziehung zueinander gesetzt, sondern man dividiert die Exporterlöse durch die Importpreise. Diese terms of trade sind von 1955 bis 1962 konstant geblieben und haben sich seit 1962 kontinuierlich zugunsten der Entwicklungsländer verbessert - wiederum ohne Berücksichtigung der Ölländer.

Dann zu dem Vorwurf des Paternalismus in den Vorschlägen zur internationalen Arbeitsteilung. Diese Kritik wird immer wieder geäußert. Über welche internationale Arbeitsteilung spricht man in diesem Zusammenhang eigentlich? Offenbar sind wir in unserem Denken noch sehr stark der internationalen Arbeitsteilung verhaftet, die typisch für die Zeit vor dem zweiten Weltkrieg war, also die koloniale Arbeitsteilung. Das war eine komplementäre Arbeitsteilung, in der es Rohstoffproduzenten und -lieferanten einerseits und Industrieproduktlieferanten andererseits gab.

Das eine waren die Entwicklungsländer, damals die Kolonien, das andere waren die Industrieländer. Sich über diese internationale Arbeitsteilung Gedanken zu machen, lohnt sich nach unserem Dafürhalten nicht. Genau das tut aber UNCTAD, wenn es das "integrierte Rohstoffprogramm" propagiert, durch das letztlich Rohstoffpreise auf künstlich überhöhtem Niveau stabilisiert werden sollen mit der Folge, daß der ökonomische Zwang zur Diversifizierung der Produktions- und insbesondere Exportstruktur aufgeweicht wird.

Wir dagegen machen uns Gedanken über eine andere Art der Arbeitsteilung, die nicht komplementären, sondern substitutiven Charakter hat. Vielleicht ist das der Weg zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Herr Giersch hat darüber schon gesprochen. Der Grundgedanke ist, daß sich die Produktionsstrukturen der Entwicklungsländer sukzessive denjenigen der Industrieländer annähern, so daß zwischen beiden Ländergruppen mehr und mehr Industrieprodukte getauscht werden und nicht nur Industrieprodukte gegen Rohstoffe.

Eine Reihe von Entwicklungsländern hat erkannt, daß sich die Eingliederung in diese substitutive internationale Arbeitsteilung für sie lohnt. In diesen Ländern - insbesondere in Ostasien - hat man bewußt den Weg in eine exportorientierte Industrialisierung gesucht. So haben die von mir gemeinten Länder im Jahre 1976 ihre Exporte um 38 Prozent erhöht, gegenüber 17 Prozent im Durchschnitt der Entwicklungsländer - wieder ohne die Ölländer. Was die Zukunft anlangt, so zeigen unsere Berechnungen, daß bei gegebener Importpolitik in den Industrieländern, also auch in der Europäischen Gemeinschaft, einschließlich allgemeinen Zollpräferenzen und so weiter, die Entwicklungsländer bis 1985 ihre Industriegüterexporte durchschnittlich um 11 bis 13 Prozent im Jahr ausdehnen, und zwar real, also zu konstanten Preisen gerechnet. Das würde dann aller Voraussicht nach auch einen fühlbaren Strukturwandel im Exportsortiment dieser Länder zur Folge haben.

Dieser Strukturwandel könnte auch die sektoralen und regionalen Anpassungsprobleme in den Industrieländern, von denen Herr Giersch gesprochen hat, entschärfen. Denn die sogenannten sensiblen Waren, um in der Terminologie der Europäischen Gemeinschaft zu sprechen, also all die Produkte, in denen die Wettbewerbsfähigkeit der Industrieländer besonders gering und die der Entwicklungsländer besonders hoch ist (Textilien, Schuhe, Lederwaren und ähnliches mehr), werden im Export der Entwicklungsländer nur noch unterdurchschnittlich expandieren. Dagegen werden die Exporte von Investitionsgütern, also von Produkten der Maschinenbau- und Transportindustrie, überdurchschnittlich zunehmen. Der Industriegüterhandel zwischen hoch- und weniger entwickelten Ländern wird also zunehmend intraindustrieller, statt nur interindustrieller Natur.

Es handelt sich somit gar nicht um eine paternalistische, sondern um eine partnerschaftliche Regelung, wenn man dafür sorgt, daß sich die Entwicklungsländer verstärkt in die internationale

Arbeitsteilung eingliedern. Dieser Prozeß könnte - und sollte - durch unsere Bereitschaft, verstärkt zu liberalisieren, noch gefördert werden.

Dondelinger

Was die terms of trade angeht, Herr Donges, im Hinblick auf die Erhöhung der Preise für Investitionsgüter einerseits und die sinkenden Rohstoffpreise andererseits, so beziehen Sie sich sehr allgemein auf die Gesamtheit der unterentwickelten Länder und nehmen nur eine sehr kurze Zeitspanne in Betracht. Ich gehe hier differenzierter vor und sehe mehr auf Einzelfälle und das über eine Zeitspanne von wenigstens 10-15 Jahren. Man kann ein Land, das Jute oder Zucker herstellt, nicht mit einem Land vergleichen, das Kaffee oder Kautschuk produziert. Die Situation dieser Länder ist sehr unterschiedlich. Man kann nicht sämtliche Länder in einem Block zusammenfassen und dann sagen, die terms of trade der Entwicklungsländer haben sich verbessert. Das ist so, als wenn man für sämtliche Erwerbszweige in einem Land allgemein feststellt, alles sei in bester Ordnung, mit anderen Worten: Der Landwirtschaft gehe es gut, weil es der Metallindustrie gut gehe. Ich meine, daß man in dieser Hinsicht eine zu weit gehende Verallgemeinerung vermeiden muß.

Narjes

Verstärkung der internationalen Arbeitsteilung: Sehr einverstanden, auch was die Form der substitutiven Arbeitsteilung angeht. Andererseits stellen wir heute eine zunehmende Vermachtung und Politisierung fast aller Märkte fest, was das Risiko erhöht für diejenigen, die sich auf diese Arbeitsteilung gerade im industrialisierten Bereich verlassen. Das Beispiel, das die OPEC-Staaten mit dem Öl gegeben haben, läßt uns doch die Frage stellen, ob wir nicht nur bei Rohstoffen, sondern auch bei anderen Produkten das Risiko verstärkter Arbeitsteilung im Hinblick auf die Versorgungssicherheit überhaupt auf uns nehmen können.

Wir sollten auch nicht so tun, als ließe sich in zehn Jahren - um die Zeitperspektive von Herrn Giersch aufzunehmen - eine strukturpolitische Vorwärtsstrategie in Europa durchsetzen. Bei der gegenwärtigen Schwäche der Regierungen in ganz Europa, bei dem ungelösten Problem der Arbeitslosigkeit, bei der Finanzkrise in fast allen öffentlichen und auch Sozialhaushalten sehe ich nicht, wie wir ein durchgreifendes, die Probleme lösendes und die Partner der Dritten Welt zufriedenstellendes Programm einer solchen aktiven Strukturpolitik durchziehen könnten.

Fritsch

Auch im Hinblick auf die Forderung nach Standortinnovationen, die Herr Giersch anspricht, bestehen große Risiken. Die durchschnittliche Lebenszeit lateinamerikanischer Regierungen beträgt zwei bis drei Jahre. Es ist klar, daß ein Investor dieses Risiko in Betracht zieht und in erster Linie - wenn überhaupt - in Investitionsbereiche hineingeht, in welchen hohe Erträge eine baldige Amortisation der Investitionen gewährleisten. Das heißt, der Unternehmer muß seine Investitionen in zwei bis drei Jahren wieder heraushaben. Das sind häufig aber Projekte, die einen Fremdkörper im Industrialisierungsprozeß dieser Länder darstellen.

Richebächer

Ich freue mich immer, wenn jemand ein Konzept hat. Was Sie gesagt haben, Herr Donges, betrifft nur einige wenige Länder wie Hongkong, Taiwan, Korea. Diese Länder sind gewiß Superbeispiele für Marktwirtschaft und Stabilität. Dann erwähnen Sie so ganz nebenbei: Bei gegebener Importpolitik der Industrieländer könnten diese Länder ihre Exporte real um 11 bis 13 Prozent pro Jahr ausdehnen. Wenn ich mir nun ansehe, wie wir schon über diese drei Länder lamentieren, und ich mir noch einige Länder mehr auf dieser Liste vorstelle, dann dürften wir von gegebener Importpolitik kaum noch lange sprechen können.

Donges

Wenn die Ergebnisse der Modernisierungsdiskussion Eingang in die tatsächliche Politik der Entwicklungsländer fänden, würde der von Ihnen befürchtete Angebotsdruck seitens dieser Länder auf unseren Märkten nicht auftreten, Herr Richebächer. Wenn die Modernisierungsdiskussion jedoch keinen Eingang in die praktische Politik der Entwicklungsländer findet - und das ist meine Prognose für die meisten dieser Länder;- , dann kann es in der Tat zu dem Anpassungsdruck kommen. Ist dieser Druck aber politisch wirklich so schwer zu meistern?

Hier wird implizit unterstellt, wir hätten es gegenwärtig mit einer Gruppe von etwa 15 Ländern zu tun nicht nur Südkorea, Hongkong und Singapur;- , die unsere Märkte mit bestimmten, sehr

arbeitsintensiven Produkten beliefern. Zu diesen 15 Ländern käme dann in den nächsten zehn oder fünfzehn Jahren noch eine ganze Reihe weiterer Länder hinzu. Das würde schon bald einen starken Importzufluß bei uns zur Folge haben, der viele Arbeitsplätze gefährden und sonstige Probleme schaffen könnte. Aber dazu ist es in der Vergangenheit nicht gekommen, und es ist auch nicht anzunehmen, daß es in Zukunft so sein wird.

Wir müssen doch davon ausgehen, daß die Länder, die zur Zeit unserer Märkte beliefern, sich ebenfalls weiterentwickeln. In dem Maße, wie sie dies tun, ändern sie auch ihren Exportwarenkorb. Bei Textilien und anderen bekannten Produkten verringert sich ihr Anteil; an deren Stelle treten neue Produkte. Auf diese Weise schaffen sie Platz für die nachfolgenden Entwicklungsländer im lateinamerikanischen oder im afrikanischen Raum. Deshalb wird die Expansion insgesamt nicht so stark sein, wie man im ersten Augenblick befürchten muß.

Wir haben das mit Japan erlebt. Japan war auch einmal ein großer Exporteur von Textilien. Heute ist das nicht mehr der Fall. Es hat Platz gemacht für Südkorea. Südkorea wiederum ist gegenwärtig dabei, ebenfalls ganz andere Dinge zu produzieren; es schafft Platz für Malaysia und die Philippinen, die nun mit Textilien nachstoßen können.

Wenn wir aber schon befürchten müssen, daß es uns nicht gelingen wird, bei künftigen Konferenzen einen Konsensus zwischen Industrie- und Entwicklungsländern herzustellen, was angesichts des langen Forderungskataloges, der Immer wieder auf den Tisch kommt, kaum zu erwarten ist, wäre dann den Industrieländern nicht wenigstens eine kleine Lösung - politisch, nicht ökonomisch - zu empfehlen? Eine solche Lösung könnte darin bestehen, daß wir handelspolitisch zumindest das tun, was wir auch ohne Konsensus mit Entwicklungsländern machen können. Wenn Entwicklungsländer das nicht nutzen wollen, weil sie sich ganz anders entwickeln, wie China zum Beispiel, dann schadet es ja nicht. Für die Länder jedoch, die einen Entwicklungsweg gehen wollen, wie wir ihn vorgezeichnet haben, könnte dies eine Stütze sein, selbst wenn sie gegenwärtig noch nicht über ein ausreichendes Exportpotential verfügen. Die Zukunftstransparenz bei Investitionsentscheidungen, die heute in diesen Ländern zu treffen sind, würde entscheidend verbessert. Und nach zehn oder fünfzehn Jahren, wenn diese Länder einen bestimmten Industrialisierungsgrad erreicht haben, könnten die Vorteile einer - ich wiederhole: substitutiven - internationalen Arbeitsteilung besser genutzt werden.

Cheysson

Ich sehe die Dinge ungefähr so, wie Herr Brinkhorst sie aufgezeigt hat. Der Pariser Dialog hat in einer Reihe von Themen Fortschritte möglich gemacht, die sonst kaum denkbar gewesen wären. Wenn ich etwa an die Schwierigkeiten der Diskussion über den Gemeinsamen Fonds denke, so bin ich davon überzeugt, daß wir in dieser Frage ohne den Dialog keine Einigung zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern erzielt hätten. Desgleichen wäre die Verpflichtung der Japaner und letztlich auch der Amerikaner für eine Verdoppelung der Hilfeleistungen ohne den Dialog nicht so schnell möglich gewesen. Auch andere aufschlußreiche Texte wurden angenommen: Eine gemeinsame Analyse der Ölländer, der Erdölverbraucher der Dritten Welt und der Industrieländer über das, was meines Erachtens zu Recht der Übergang von einem Energiegleichgewicht zu einem anderen genannt wird. Das sehe ich als sehr positiv an. Ich habe schon erwähnt, daß ein Text über den Investitionsschutz zustande kam, ein Text, der zwar nicht rechtsverbindlich ist, der aber im Rahmen der Vereinten Nationen unvorstellbar war.

Ich halte den Dialog auch deshalb für so wichtig, weil er dazu geführt hat, daß die Regierungen, die verantwortlichen Persönlichkeiten der verschiedenen Exekutiven, die Bedeutung der Probleme erfaßt haben. So verbrachte der amerikanische Außenminister Cyrus Vance persönlich Stunde um Stunde in Ausschusssitzungen, mit amerikanischen Kongreßmitgliedern in seinem Gefolge, mit dem ganzen Apparat, der den Außenminister begleitet, um zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Er selbst legte in sehr schwierigen Fragen Hand an die Abfassung von Kompromissen. All dies wäre ohne den Dialog, ohne die dramatische Seite des Dialogs unvorstellbar gewesen.

Die Entwicklungsländer erkennen im Schlußkommunique an, daß die meisten dringlichen Probleme zu Beginn des Dialogs behandelt wurden. Zugleich betonen sie aber, daß der größte Teil der strukturellen Probleme nicht angegangen wurde. Die Entwicklungsländer, Herr Dondelinger, wünschen zweifellos, daß die Strukturprobleme, die Probleme der neuen Wirtschaftsordnung, wie sie sie nennen, in Angriff genommen werden, und in dieser Hinsicht haben wir nur sehr kleine Fortschritte erzielt. Es ist keineswegs so, daß wir den Gemeinsamen Fonds grundsätzlich akzeptiert haben; denn dieser Fonds hat für sich gesehen keinen Sinn, wenn es keine Übereinstimmung in der Rohstofffrage gibt.

Hier bin ich auch anderer Ansicht als Herr Dondelinger. Eine Einigung über eine neue Wirtschaftsordnung kommt nicht auf einer Konferenz zustande, selbst wenn sie 18 Monate dauert. So etwas entwickelt sich nach und nach und nicht an einem einzigen Ort. Diese neue Ordnung entsteht vor allem in den permanenten Beziehungen zwischen unseren Unternehmen und denen der Dritten Welt sowie auf bilateraler Ebene zwischen den Entwicklungsländern untereinander. Den Dialog als einen Selbstzweck zu betrachten geht an, wenn wir nur die konkreten Punkte, die diskutiert wurden, sehen. Aber es ist sinnlos, wenn wir von einer neuen Wirtschaftsordnung sprechen. Diese wird nicht auf einer Konferenz geschaffen, und sie läßt sich nicht in einer Erklärung definieren; sie wird an sehr verschiedenen Orten entstehen. Jedes Element, das der Dialog aufgedeckt hat, wird jetzt in den Rahmen einer anderen Realität gestellt, und da wird sich erweisen, wie der Dialog weitergeht.

Was verabschiedet wurde, ist der Text über Landwirtschaft und Ernährung. Aber wir werden sehen, ob daraufhin tatsächlich Vorratslager eingerichtet werden und ob die Agrarproduktion gefördert wird. Diese Ausgangspunkte des Dialogs sind von großer Bedeutung. Aber wir dürfen den Nord-Süd-Dialog nicht als etwas in sich Geschlossenes ansehen, das nun zu Ende ist. Dieser Dialog hat nur dann einen Sinn, wenn er in einer Zukunftsperspektive gesehen wird.

Was die Durchführung der Konferenz angeht, so bin ich sicher, daß alle, die die letzte Phase des Dialogs miterlebt haben, entschlossen sind, eine solche Prozedur nicht zu wiederholen. Ich meine, wir sind am letzten Tag ein beträchtliches Risiko eingegangen, das Herr Brinkhorst erwähnt hat. Die Konferenz wurde dramatisch beendet. Aber gerade wegen dieser Dramatik wurden Ergebnisse erzielt. Diese Dramatisierung, Herr Dondelinger, war unvermeidlich, die Politisierung war unausbleiblich. Sehen Sie, solange es nur um die Analyse ging, konnte Abstand gewahrt werden. Aber sobald konkrete Entscheidungen auf uns zukamen, die zu einer allgemeineren Entwicklung gehörten, begaben wir uns zwangsläufig in die Politik.

Nun hatten wir es aber in dieser Politik nicht mit homogenen Gruppen zu tun. Merkwürdigerweise bestand dort in der Gruppe der 8 eine gewisse Homogenität. Was uns jedoch den Weg erheblich versperrte, waren die unterschiedlichen Motivationen der 19.

Lassen Sie mich äußerst vereinfachen: Was hatten die ölproduzierenden Länder von dem Dialog zu erwarten? Aus den Texten selbst fast nichts, da über das einzige Thema, das sie interessierte, praktisch nicht gesprochen wurde, nämlich über die Garantie, die Indexbindung - wenn ich so sagen darf - der Ölguthaben, die sie auf unseren Märkten angelegt haben. Sie konnten also im Dialog nichts Konkretes erreichen, und die Atmosphäre, die nach dem Dialog herrschen würde, war ihnen vollkommen gleichgültig. Sie sind ölproduzenten, und gutes oder schlechtes Klima ist wirklich ihre geringste Sorge.

Auf der anderen Seite standen die großen nicht-ölproduzierenden Entwicklungsländer, denen am Inhalt der Texte recht wenig gelegen war, weil das Schuldenmoratorium nicht diskutiert werden konnte. Das einzige, was sie interessierte, war das Verhandlungsklima. Sie wußten nämlich sehr genau, daß es für sie derzeit etwas Wichtigeres gibt; das heißt, über die Ausweitung der Finanzströme wird nicht im Dialog geredet, sondern bei der Weltbank, im Weltwährungsfonds und so weiter. All dies erfordert jedesmal eine Abstimmung im amerikanischen Kongreß, im Deutschen Bundestag, im luxemburgischen Parlament. Was für diese Länder also zählte war, daß der Dialog in einer günstigen Atmosphäre endete, damit alles weitere nicht verzögert, sondern im Gegenteil beschleunigt wird.

Die kleinen nicht-ölproduzierenden Entwicklungsländer schließlich waren an konkreten Tatsachen interessiert, an der Milliarde Dollar etwa und an dem, was über Landwirtschaft und Ernährung gesagt wurde.

Es gab somit drei vollkommen verschiedene Motivationen, weshalb es absolut unmöglich war, sich politisch mit Leuten zu verständigen, die alle an andere Probleme dachten. Außerdem meine ich, daß man nicht das Recht hat, die gesamten Nord-Süd-Beziehungen an einem Tisch wie in einer Pokerpartie aufs Spiel zu setzen. Dieses Mal haben wir Erfolg gehabt. Aber wenn es fehlgeschlagen wäre, wären die Auswirkungen in allen Gremien, in denen über Nord-Süd-Beziehungen gesprochen wird, in allen unseren Ländern, Parlamenten und Zeitungen derart gewesen, daß wir jeden Fortschritt auf Monate, wenn nicht auf Jahre hinaus hätten blockieren können. Und nach meiner Meinung will niemand dieses Risiko noch einmal auf sich nehmen.

Wir sollten also eine solche Konferenz nicht noch einmal durchführen. Die einzelnen hervorstechenden Punkte des Dialogs werden jetzt an andere Instanzen verwiesen oder bilateral erneut aufgegriffen werden. Und da dürften weitere Fortschritte möglich sein.

Löwenthal

Wenn Sie meinen, Herr Cheysson, es sei nicht wünschenswert, solche Konferenzen wie die in Paris zu wiederholen, so erkenne ich nicht die Schwierigkeiten, die sich dabei zeigen, aber diese Art von Konferenzen sind außerordentlich schwer zu ersetzen. Bilaterale Verhandlungen sind jedenfalls keine Lösung. Wir sind uns alle darüber einig, daß wir materielle Konzessionen machen, also Dinge tun müssen, die uns etwas kosten. Ein einzelnes Industrieland kann diese Konzessionen nicht machen, wenn seine Konkurrenten nicht mitziehen. Aus diesem Grunde kommen wir ohne kollektive Verhandlungen nicht aus. Ich würde Ihnen zustimmen, wenn Sie meinen, daß man mehr Ad-hoc-Konferenzen abhalten sollte, die sich jeweils auf eine Frage konzentrieren.

Cheysson

Ich stimme Ihnen durchaus zu, Herr Löwenthal. Ich bin nur der Meinung, daß es gefährlich ist, den Dialog, wie es in Paris der Fall war, auf sämtliche Nord-Süd-Probleme auszudehnen. Das Verfahren kann sehr wohl interessant sein, wenn man es auf bestimmte Themen begrenzt, damit ein etwaiger Fehlschlag der Konferenz nicht den ganzen Nord-Süd-Dialog gefährdet.

Donges

Sie sprechen davon, Herr Cheysson, daß eine Konferenz wie die in Paris nicht ausreicht, um eine neue Weltwirtschaftsordnung zu etablieren. Dazu bedürfe es mehrerer Konferenzen. Wie kann aber gewährleistet werden, daß die einzelnen Konferenzrunden miteinander kommunizieren, damit sie wissen, worüber jeweils verhandelt wird und damit die Resultate, die in den verschiedenen Konferenzen erzielt werden, miteinander kompatibel sind? Was wir bisher erlebt haben, zeigt jedenfalls eine Inkompatibilität der Ergebnisse.

Da wird in Lima von einer Konferenz, die die Weltwirtschaftsordnung verbessern will, beschlossen, daß die Entwicklungsländer sich beschleunigt industrialisieren sollten. Die berühmten 25 Prozent, die Herr Giersch erwähnt hat. Da wird fast zur gleichen Zeit in Nairobi und jetzt in Paris beschlossen, daß man etwas an der Rohstofffront tun müsse, was im Klartext heißt, daß man den Entwicklungsländern besonders günstige Rohstoffpreise garantieren will. Wenn man günstige Rohstoffpreise garantiert, dann frage ich mich, wie man den ökonomischen Anreiz zur beschleunigten Industrialisierung schaffen will. Hier hat es offenbar zwischen Paris und Lima an ausreichender Kommunikation gefehlt.

Dann wird in Lima festgestellt, daß man zur beschleunigten Industrialisierung in verstärktem Umfang auf ausländische Investitionen angewiesen ist. Gleichzeitig baut man aber in den Vereinten Nationen in der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten eine allgemeine Kapitalfalle auf, indem man sagt: Jeder Ausländer, der sich untersteht, in unserem Land zu investieren, muß damit rechnen, daß er gegebenenfalls enteignet wird. So wird auf der einen Konferenz etwas beschlossen, das im Ergebnis auf einer anderen Konferenz wieder in Frage gestellt wird.

Letzte Frage: Wenn man in einer internationalen Konferenz nun doch das integrierte Rohstoffprogramm etabliert, wie ist dann gewährleistet, daß dies nicht auf Kosten der öffentlichen Entwicklungshilfe geht, deren Höhe auf einer anderen Konferenz vielleicht bei 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts oder bei einem sonstigen Prozentsatz festgelegt wird?

Cheysson

Die fehlende Kompatibilität der Ergebnisse, die in den verschiedenen internationalen Konferenzen herauskommen, ist in der Tat ein wichtiges Thema. Es gibt viele internationale Konferenzen, die wir unseren Experten überlassen. Sie gehen in die Verhandlungen hinein, stimmen dem einen Punkt zu und machen bei einem anderen Vorbehalte, ohne aber im geringsten zu berücksichtigen, welche Folgen dies anderswo haben kann. Meines Erachtens gewinnen diese Konferenzen im Hinblick auf die neue Ordnung, über die wir hier sprechen, zunehmend an Bedeutung, die über das Gewicht des Papiers hinausgeht, auf dem die Entschließungen gedruckt werden.

Caspari

Wie sind die Entwicklungsländer beispielsweise in der KIWZ angetreten? Und wie werden sie in einer neuen Global-Konferenz antreten müssen? Mit einem 80 Seiten langen Mandat, das jede Maximalforderung der einzelnen Entwicklungsländer umfaßt. Das ist die Deklaration von Manila. Ein trade off zwischen den verschiedenen Dingen, die da gefordert werden, ist kaum möglich. Verantwortliche der Entwicklungsländer versuchten zwar Verhandlungsschwerpunkte zu bestimmen. Doch konnte keine Einigung in der Gruppe der Entwicklungsländer erzielt werden. Sie mißlang jedesmal. Wir haben die Wahl an ihrer Stelle treffen müssen, wie aus dem Abschlußkommunique deutlich wird.

Wir sind immer dem Risiko ausgesetzt, daß eine solche Global-Konferenz scheitert. Wenn sie aber scheitert, zerstört sie das politische Klima auf Jahre hinaus. Wir können das Problem der Kompatibilität und der Kohärenz nur lösen, wenn wir selbst eine politische Konzeption haben, um auf den verschiedenen Konferenzen, die in unterschiedlichen Zusammenhängen stattfinden, eine kompatible Politik zu machen. Die Differenz zwischen UNIDO und UNCTAD, zwischen Lima und Nairobi, können die Entwicklungsländer untereinander nicht lösen. Wir müssen sie lösen; das ist aber nicht dadurch möglich, daß wir sowohl UNIDO als auch UNCTAD ablehnen. Wir können hingegen vorschlagen, dies aus dem einen und jenes aus dem anderen Komplex herauszunehmen. Das erfordert jedoch eine bewegliche Politik auf unserer Seite.

Hiß

Wenn sich der Nord-Süd-Dialog nun wieder auflöst und auf mehrere Konferenztheater verteilt wird, wenn also die verschiedenen Themen in verschiedenen Konferenzen behandelt werden, schon um sie handhabbarer zu machen, dann stellt sich in der Tat die Frage nach der Kompatibilität der einzelnen Verhandlungsziele und -ergebnisse. Das kann man in dem einen oder anderen Punkt sicher etwas anders sehen, als Herr Donges es aufgezeigt hat. Aber die innere Kohärenz der Verhandlungen und eines ausgewogenen Kompromisses, den wir zur Zeit in Paris noch vermissen, wird dann noch sehr viel schwieriger werden. Deshalb ist nicht klar, wie das optimale Szenario für diese Verhandlungen aussehen wird. Das ganze quid pro quo, das zur Zeit noch mehr unter als auf dem Tisch liegt, wird ja nicht erleichtert, wenn man die Themen auf verschiedene Ebenen verteilt.

Taus

In diesem Kreis besteht offensichtlich Einigkeit darin, daß in den Ländern der Dritten Welt ein Industrialisierungsprozeß vor sich gehen soll, ähnlich dem, wie wir ihn hinter uns haben. Ich kann die bisherige Diskussion nur so interpretieren und möchte das als ein wichtiges Faktum festhalten.

Lassen Sie mich dazu aufgrund persönlicher Erfahrungen in einer Reihe afrikanischer und asiatischer Länder einige Dinge, die mir wichtig erscheinen, ansprechen.

Zunächst: Ich habe immer wieder den Eindruck, daß wir die Einflüsse, die aus der Gesellschaftsstruktur vieler Entwicklungsländer resultieren, entweder unterschätzen oder überhaupt nicht verstehen, selbst wenn wir einige Bücher darüber gelesen haben. Diese strukturellen Bedingungen - dazu gehören etwa die Struktur der Familie, aber auch die Grundsätze der Moral- sind häufig überhaupt nicht geeignet, um den Prozeß der Industrialisierung durchzuführen. So treffen wir in den meisten dieser Länder eine ganz andere Vorstellung von Arbeitsdisziplin an, als wir sie haben; unsere Art von Pflichterfüllung und Präzision spielt dort oft gar keine Rolle. Nicht daß die Menschen dort weniger klug wären als wir; sie haben eben eine andere Auffassung und einen anderen Lebensstil. Nun kommt der westliche Wirtschaftler dorthin und pflanzt seinen Betrieb in die Landschaft. Das Ergebnis sind meist Spannungen ohne Ende.

Hinzu kommt, daß der westliche Wirtschaftler bei allen Projekten, die er in Entwicklungsländern durchführt - ob im Rahmen der Entwicklungshilfe oder bei anderer Gelegenheit;-, in der Regel auf eine staatliche Planungsbürokratie stößt. Daraus ergeben sich große Schwierigkeiten; denn beide Seiten haben völlig verschiedene Auffassungen von Wirtschaft. Der westliche Technokrat, mit technischer oder ökonomischer Ausbildung, geht rein nach Effizienzkriterien vor und ignoriert mehr oder weniger bewußt die politischen Probleme. Der Planungsbürokrat des Entwicklungslandes dagegen denkt günstigstenfalls an die allgemeine Entwicklung und das Prestige seines Landes, ohne sich auf die unmittelbaren praktischen Probleme einzulassen. Diese Gegensätzlichkeit bedeutet schon im Gespräch eine nahezu unüberwindliche Hürde. Nicht anders ist es übrigens, wenn zwei staatliche Planungsbürokratien aufeinanderstoßen.

Nachdem nun die meisten Entwicklungsländer sich irgendeiner, oft nur verschwommenen Planungsideologie verschrieben haben, denkt niemand dort an unternehmerische Leistung; statt dessen wollen sie Planungsleistungen produzieren. Sie streben, wie Herr Donges gesagt hat, beispielsweise eine Importsubstitution an. Ich gehe noch einen Schritt weiter: Sie denken eindeutig in Autarkiekategorien. Sie denken häufig auch in großindustriellen Kategorien, was teilweise von ihrer Ausbildung herrührt; denn viele haben im Westen studiert. Sie denken zudem in einem klassischen Industrialisierungsschema, von dem ich meine, daß es überholt ist; das heißt, jedes Land beginnt damit, sich seinen Hochofen zu bauen und dann ein Stahlwerk dranzuhängen.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, daß die Voraussetzungen für die Führung großindustrieller Unternehmen meist fehlen, vor allem was das mittlere Management angeht - Top-Manager findet man immer. Es fehlt die Beherrschung bestimmter Techniken, die für die Führung

eines Betriebes unverzichtbar sind. Deshalb kann gerade das Mittelmanagement häufig nicht mit Landsleuten besetzt werden, sondern man muß Fachleute von außen hereinholen mit allen Problemen, die das dann mit sich bringt.

Ich persönlich bin der Auffassung, daß das Industrialisierungsschema, das vielen Entwicklungsländern vorschwebt, falsch ist. Aber davon einmal abgesehen, entscheidend ist die ordnungspolitische Frage: Unter welchem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem soll die Entwicklung vor sich gehen? Die meisten Entwicklungsländer setzen, wie gesagt, auf Planung und lehnen unternehmerische Aktivitäten ab. Das ist jedenfalls mein Eindruck. Es ist aber ein gewaltiger Unterschied für die Entwicklung einer Volkswirtschaft, ob man dabei planerisch vorgeht oder, zumindest in weiten Bereichen, unternehmerischer Initiative Raum gibt.

Eines dürfte nämlich unbestritten sein: Nur wenn man Investitions- und Produktionsentscheidungen bis zu einem erheblichen Grad dezentralisiert, wird man das System der Liberalisierung, von dem hier alle gesprochen haben, durchziehen können. Man kann den Ländern der Dritten Welt nicht unser System der Liberalisierung verordnen, wenn dort eine Planungsideologie herrscht, die sich auf Liberalisierung überhaupt nicht einlassen darf. Dieses Problem wird aber nie diskutiert. Wir können den Entwicklungsländern die schönsten Ratschläge geben und ihnen unsere Märkte öffnen: Sie werden nur bedingt in der Lage sein - schon von ihrem System her;- , uns ihre Märkte aufzumachen. Denn wo man nach Plänen vorgeht, kann man keinen Markt öffnen, a) weil nur bedingt einer vorhanden ist und b) weil durch die Liberalisierung Planstörungen auftreten, die diese Länder nicht brauchen können. Da besteht ein anderer Anpassungsmechanismus.

Cheysson

Wir sollten die Dritte Welt so sehen, wie sie ist. Dazu gehören einige Gesellschaften, die auf eine sehr lange Vergangenheit zurückblicken. Sie weisen so unterschiedliche Antriebskräfte und kulturelle Identitäten auf, daß einige dieser Gesellschaften die Mittel, die wir ihnen für ihre Entwicklung zur Verfügung stellen, möglicherweise unter völlig anderen Bedingungen nutzen, als wir sie bei uns oder in anderen Ländern antreffen.

Gegenwärtig wird in fast allen diesen Ländern dem Agrarbereich, der Entwicklung der Landwirtschaft Vorrang vor der industriellen Entwicklung gegeben, weil diese Länder sich vor dem Hintergrund dieser kulturellen Realität vorstellen können, daß sie sich entwickeln werden. Das ist eines der Merkmale der Lomé-Politik, das ich besonders hervorheben möchte. Es sind die Länder selbst, die das Entwicklungsmodell aufstellen; sie selbst entscheiden darüber, in welchen Sektoren, unter welchen Voraussetzungen und Modalitäten die von uns zur Verfügung gestellten Mittel verwendet werden.

Sie werden zu Recht einwenden, daß viele von ihnen dafür nicht gerüstet sind. Das ist übrigens einer der Gründe, warum ich stets Aktionsmittel befürworte, die sie auf sehr bescheidenem Niveau in ihren Dörfern zugunsten der Klein- und Mittelbetriebe einsetzen können. Aus diesem Grunde gebe ich auch, im Gegensatz zu Herrn Giersch, der komplementären Industrialisierung den Vorzug, die den Bedürfnissen der dortigen Märkte entspricht und die in ihrer Realität sehr viel stärker verankert ist.

Verner

Was Sie über gesellschaftliche und politische Strukturen in unterentwickelten Ländern sagen, Herr Taus, findet meine volle Zustimmung. Ich möchte nur einen Punkt hinzufügen. Es muß meiner Meinung nach der politische Wille auf seilen der Entwicklungsländer und ihrer Führung bestehen sowohl in politischer wie auch in gesellschaftlicher Beziehung, um diejenigen politischen und sozialen Veränderungen herbeizuführen, die notwendig sind, um in ihren häufig sehr traditional bestimmten Gesellschaften Entwicklung zu ermöglichen. Ich will damit nicht sagen, daß es nur einen Weg zur Entwicklung gibt - es sind viele Wege denkbar;- , und ich bin auch nicht der Meinung, daß alle diese Länder sich industrialisieren sollten. Das ist nicht der einzige Weg, um ein besseres Leben zu erreichen. Wenn diese Länder jedoch ihren Lebensstandard anheben wollen, kommen sie nicht darum herum, ihre überkommenen Gesellschaftsstrukturen zu ändern. Welchen Umfang der Ressourcentransfer auch immer annimmt, sei es in Form von technischer Hilfe oder als Kapitaltransfer, die Erfolgsaussichten sind nur gering, wenn nicht gewisse politische und gesellschaftliche Voraussetzungen geschaffen werden, um diese Ressourcen in den betreffenden Gesellschaften überhaupt nutzen zu können.

In diesem Zusammenhang sehe ich aus der Sicht der entwickelten Länder ein weiteres Problem. Nehmen wir einmal an, die notwendigen Voraussetzungen sind vorhanden, um den Erfolg unserer Bemühungen zu gewährleisten und den Lebensstandard der Menschen in den Entwicklungsländern zu erhöhen. Wie können wir aber sicherstellen, daß die Leistungen wirklich der Allgemeinheit zugute

kommen und nicht nur der wirtschaftlichen, politischen, militärischen oder sonstigen Führungsschicht in der jeweiligen Gesellschaft?

Eine weitere Frage schließt an eine Forderung des amerikanischen Kongresses an: Wie können wir sicherstellen, daß unsere Maßnahmen tatsächlich die ärmeren und ärmsten Entwicklungsländer begünstigen? Mein Eindruck ist, daß die bisherigen Maßnahmen, die nicht nur in diesem Kreis, sondern auch bei anderer Gelegenheit vorgeschlagen werden, vor allem denjenigen Ländern helfen, die sich bereits auf dem besten Wege zur Entwicklung befinden, die bereits in Bewegung sind. Den Ländern jedoch, die nicht von der Stelle kommen, ist beispielsweise durch handelspolitische Maßnahmen nicht geholfen, weil ihr Handel nur gering ist.

Ein letzter Punkt: Ich bin ein wenig überrascht, daß hier keine entwicklungspolitischen Ansätze seitens der Industrieländer und internationaler Gremien erwähnt wurden, die nicht nur den Handel zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern, sondern auch den Handel zwischen den unterentwickelten Ländern selbst anregen und fördern könnten. Ein Blick auf die Handelsstatistik würde zeigen, daß die Länder der Dritten Welt den größten Teil des Handels untereinander bestreiten. Dort liegen auch die größten Wachstumschancen, das größte Potential an Gebrauchs- und Ausrüstungsgütern, die diese Länder produzieren und vertreiben können, und zwar im Stile hochtechnisierter Gesellschaften, wie unsere Länder sie darstellen. Unsere wichtigsten Handelspartner werden andere hochtechnisierte Gesellschaften sein.

Cheysson

Das Ideal von Herrn Verner dürfte im Augenblick noch sehr weit entfernt sein; denn der Handel zwischen den Ländern der Dritten Welt ist zur Zeit erst sehr gering. Wenn man die Gesamtheit der Entwicklungsländer nimmt, einschließlich der fortschrittlichsten, ist ihr Handelsaustausch untereinander sehr viel geringer als ihr Handel mit der Europäischen Gemeinschaft oder mit den Vereinigten Staaten.

Giersch

Wir hindern die Entwicklungsländer doch nicht daran, Handel miteinander zu treiben und sich zu integrieren, Herr Verner. Positiv besteht unsere Aufgabe darin zu prüfen, was wir von unserer Seite aus tun können. Selbst wenn wir mit Handelshilfe nur den bereits höher entwickelten Ländern etwas beistehen können, sollten wir das nicht unterlassen. Dann könnten wir ja mehr von unserer öffentlichen finanziellen Hilfe für die ärmsten Länder bereitstellen.

Jungblut

Wir gehen hier, wie bei allen Diskussionen, die sich mit der Nord-Süd-Problematik beschäftigen, ganz selbstverständlich davon aus, daß die Entwicklungsländer, wenn sie können, mehr oder weniger den gleichen Entwicklungsgang durchmachen sollten oder werden, wie wir es getan haben. Ob das der einzige Weg zu einer menschlichen Gesellschaft oder zum Glück ist, wird kaum noch gefragt - vielleicht ist es für diese Frage auch bereits zu spät, weil die Weichen schon längst in diese Richtung gestellt sind.

China versucht offenbar einen anderen Weg zu gehen. Sicher, es gibt Entwicklungsländer, wo einen das Elend geradezu anschreit. In anderen Ländern oder Regionen der Dritten Welt aber, in denen bei weitem nicht unser Wohlstand herrscht, hat man dennoch den Eindruck, daß die Menschen wesentlich zufriedener und glücklicher leben, als wir es tun. Ich denke etwa an bestimmte Gebiete in Ostasien, aber auch in Afrika. Wir können nicht mehr zurück, aber müssen deshalb andere Länder unbedingt den gleichen Weg gehen?

Die Entwicklungsländer - zumindest gilt das für eine große Anzahl - erwarten Hilfe in erster Linie von außen. Dabei wird nicht überlegt, und das trifft für beide Seiten zu, daß selbst einer Verdoppelung oder gar Verdreifachung der gegenwärtigen Hilfeleistungen nur ein Tropfen auf den heißen Stein bleiben müßte, wenn nicht in diesen Ländern selber die Voraussetzungen verbessert werden. Ich nenne nur: größere Rechtssicherheit, eine bessere Verwaltung, funktionierende Verkehrssysteme und so weiter. Daß es möglich ist, ohne allzu große Hilfe von außen voranzukommen, dafür hat Herr Giersch Beispiele in seinem Referat genannt. Man könnte auch Japan erwähnen, das ja inzwischen zu einer industriellen Macht geworden ist, die wir, die alten Industrieländer, fürchten. Wenn die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden, kann also der Industrialisierungsprozeß durchaus erfolgreich verlaufen.

Nun wird man von uns verlangen, diesen Prozeß durch finanzielle Hilfe zu erleichtern. Wo sollen die benötigten Mittel herkommen? Daß die bisherigen Mittel nicht ausreichen, darüber sind wir uns alle im klaren. Es hat sich aber gezeigt, daß auf dem traditionellen Weg, diese Mittel nämlich zum großen Teil aus den öffentlichen Haushalten zu nehmen, nur sehr wenig erreicht werden kann. Wir haben ja selbst das ganz bescheidene Ziel, nämlich 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts, nur in wenigen Fällen eingehalten.

Gibt es nicht eine andere Möglichkeit, die Mittel für die Entwicklungshilfe wesentlich zu erhöhen? Ich könnte mir zum Beispiel eine Regelung vorstellen, bei der die Erhebung der Mittel wie bisher vom Parlament kontrolliert wird. So könnte das Parlament etwa beschließen, eine Sondersteuer auf Rohstoffe zu erheben oder einen Punkt der Mehrwertsteuer speziell für die Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Nachdem diese Mittel aber einmal bewilligt sind, müßten sie der Verfügungsgewalt des Parlaments entzogen werden und in einen Sonderfonds fließen, aus dem dann eine Art Marshallplan-Hilfe für die Entwicklungsländer gewährt wird. Anderenfalls können wir davon ausgehen, daß dem einzelnen Abgeordneten trotz aller schönen Bekenntnisse sein Wahlkreis letzten Endes doch wichtiger ist als, sagen wir, Zaire.

Daß es möglich ist, größere Mittel aufzubringen, haben wir gesehen, als uns durch die Ölpreiserhöhungen von einem Jahr auf das andere 30 Milliarden D-Mark entzogen wurden. Völlig undenkbar, das über die öffentlichen Haushalte aufzubringen. Sicher, das hat Konsequenzen gehabt, die aber längst nicht so tragisch waren, wie wir zunächst angenommen hatten.

Narjes

Wenn Sie die Frage stellen, Herr Jungblut, ob die Industrialisierung überhaupt der richtige Weg ist, um der Dritten Welt Glück zu bringen, so meine ich, daß diese Länder völlig frei darüber entscheiden müssen, welchen Weg sie gehen wollen. Wir müssen dies zur Kenntnis nehmen, sollten aber auf die jeweiligen Konsequenzen hinweisen, die bestimmte Maßnahmen haben.

Da stellt sich dann häufig das Problem, daß die politischen Führer in einer ganzen Reihe dieser Länder praktisch über keine handels- und währungspolitischen oder sonstigen Kenntnisse verfügen. Welche Möglichkeiten haben wir, um im Wege der Überzeugung auf sie einzuwirken und sie über ihre eigene Situation, langfristige Interessen und die sich daraus ergebenden grundsätzlichen Konsequenzen aufzuklären? Ich bezweifle, ob wir uns in dieser Hinsicht in der Vergangenheit genügend bemüht haben.

Nur so ist zum Teil die Inkompatibilität der Konferenzergebnisse zu erklären. Das ist tagesbedingt, hängt von den jeweiligen Stimmungen oder von der Gruppendisziplin, ja dem Gruppenterror unter den Repräsentanten der Dritten Welt ab. Weist man einen Entwicklungsminister aus Afrika in einem persönlichen Gespräch auf Tatbestände hin, die den Interessen seines Landes zuwiderlaufen, so lautet vielfach die Antwort: Wir möchten schon gern, aber wir dürfen nicht. Wir müssen uns einer Gruppendisziplin beugen, selbst wenn das gegen unsere eigenen Interessen verstößt.

Was viel zur Disziplinierung beiträgt, ist die Hoffnung vieler Staaten auf arabisches Kapital. Doch dieses Kapital ist, wenn es überhaupt kommt, mit derartigen politischen Auflagen versehen, daß sie in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen. Auch das müssen wir deutlich machen. Genauso wie wir diesen Ländern klar sagen müssen, wieviel Zeit sie für die Entwicklung rechnen und wie groß die eigenen Anstrengungen sein müssen. Derartige Dinge kann man in einem großen politisierten Forum natürlich kaum ansprechen.

Cheysson

Wir sollten in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Rezession nicht unterschätzen, welche fundamentale Bedeutung die Märkte der bevölkerungsreichsten Länder der Dritten Welt für uns selbst haben. Wir dürfen diese Märkte auf keinen Fall in ihrer Entwicklungsfähigkeit absinken lassen. Das würde dort zu unerträglichen Spannungen führen; es liegt aber auch in unserem eigenen Interesse, uns die dortigen Absatzmärkte zu erhalten.

Denkbar wäre, daß wir einige Jahre lang außergewöhnliche Anstrengungen unternehmen, wobei es darauf ankommt, keine neuen Liquiditäten zu schaffen, die nur die Inflation anheizen würden, sondern auf bereits vorhandene Möglichkeiten zurückzugreifen, und zwar auf dem Weg über die internationalen Finanzorganisationen. Diese Mittel könnten auf bestimmte Projekte konzentriert werden. Das würde im Grunde dem entsprechen, wie die Amerikaner seinerzeit bei der Marshallplan-Hilfe in unseren Ländern vorgegangen sind. Sie konzentrierten sich auf bestimmte Wirtschaftsbereiche, die für den Wiederaufbau besonders wichtig waren. Kann man dieses Beispiel

nicht auf einige für die Entwicklung der großen Märkte wichtige Themen übertragen, um dort die Nachfrage in bestimmten Sektoren entsprechend den gegenwärtigen Erfordernissen der Weltwirtschaft zu stützen?

Hiß

Ich weiß nicht, Herr Cheysson, ob wir gut beraten wären, wenn wir versuchen wollten, die Notwendigkeit gesteigerter Entwicklungshilfe so zu begründen, daß die Entwicklungsländer in der Phase, in die wir nach Ihrer Meinung hineingehen, auch als Wachstumsmotor für die Industrieländer zu sehen sind, weil sie mit ihren Bedürfnissen nach Infrastruktur und was an verstärkten Investitionen sonst noch nötig ist, offensichtlich in die säkular abklingende Nachfrage und die Wachstumschancen der Industrieländer gut hineinpassen. Ich wäre da skeptisch.

Ich bin nämlich der Ansicht, daß wir den politisch-moralischen Imperativ an die erste Stelle setzen müssen, wenn wir nicht riskieren wollen, bei einer Änderung der ökonomischen Landschaft in Argumentationsschwierigkeiten zu geraten. Es könnte ja sein - und das wäre doch durchaus erfreulich;- , daß sich unser gegenwärtig meines Erachtens ungerechtfertigter säkularer Pessimismus nicht bestätigt.

Das dürfte auch aus einem anderen Grunde notwendig sein. Denn wie Herr Jungblut sagte, werden wir nicht darum herumkommen, zusätzliche Mittel und Transfers für die Entwicklungsländer aufzubringen - unter welchem Namen auch immer. Das beginnt bei der Steigerung der offiziellen Entwicklungshilfe für Infrastrukturvorhaben und die übrigen zu steigernden Investitionen in den Entwicklungsländern. In dem Maße, in dem wir unsere Märkte öffnen, wird auch eine Vorwärtsstrategie in der eigenen Strukturpolitik notwendig, die ebenfalls mehr öffentliche Mittel erfordern wird. Wir wissen alle, daß gerade in einer gewissen Stagnations- oder eben erst überwundenen Rezessionsphase die Aufbringung öffentlicher Mittel eigentümlicherweise am schwierigsten ist, obwohl ihre Ausgabe in dieser Situation am sinnvollsten wäre.

In dieser Hinsicht unterstreiche ich den etwas skeptischen Unterton, der bei Herrn Brinkhorst anklang, als er in seiner Bewertung des Pariser Dialogs von der Belastung der öffentlichen Budgets sprach. Zwischen Wachstum dort und hier besteht ein gewisser Zusammenhang. Das heißt, wir werden auch die Strukturänderungen, die bei uns nötig sind, wenn wir die Märkte öffnen, ohnehin am besten bewältigen, wenn wir in einen vernünftigen Wachstumsrhythmus zurückkehren. Dann wird dieser Strukturänderungsprozeß sehr viel billiger ablaufen. Wir sollten auch nicht so tun, als ob es in den letzten 25 oder 30 Jahren keine Strukturänderung gegeben hätte, weil es nicht ganz fashionable war, über Strukturpolitik so avantgardistisch zu diskutieren wie in den letzten zwei, drei Jahren. Das fuhr alles so ein bißchen mit den Oldtimern der Marktwirtschaftspolitik einher auf mehr ausgefahrenen Gleisen.

Ihr Gedankenflug, Herr Cheysson, war vielleicht auch deshalb so visionär, weil Sie es vermieden haben, die Probleme der EG in die Diskussion einzuführen. Im Vergleich mit der Dritten Welt sehen wir die Gemeinschaft als einen ökonomischen Riesen. Wenn wir uns aber mit uns selbst beschäftigen - wirtschafts- und finanzpolitisch etwa;- , dann sehen wir die Gemeinschaft eher einherwanken bis zu dem Grad, wo sie selbst kaum mehr in der Lage ist, ökonomische Fortschritte zu machen. Ich sage das bewußt etwa pointiert.

In dieser Situation stellt sich jetzt erneut die Frage der Erweiterung, und zwar geht es dieses Mal ganz offensichtlich darum, Entwicklungsländer in die Gemeinschaft zu integrieren. Bei der ersten Erweiterung ist das vielleicht nicht so deutlich geworden, und schließlich gab es auch bereits bei der Kerngemeinschaft der ursprünglichen sechs Räume, die man nur als Entwicklungszonen oder -regionen bezeichnen konnte. Aber nun werden wir mit der Tatsache der Entwicklungsländer in der Gemeinschaft ganz hart konfrontiert. In dieser Hinsicht steht der Gemeinschaft eine erhebliche Strukturänderung der Nettotransfers bevor, wenn wir die drei neuen Mitglieder in einer, sagen wir, Übergangsphase so an die Gemeinschaft heranführen wollen, daß sie eines Tages überhaupt in der Lage sind, den Vertrag mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten auszuführen, sich also wirklich in die Gemeinschaft zu integrieren.

Wenn ich das addiere zu dem, was aus dem Dialog mit der Dritten Welt auf uns zukommen muß, dann frage ich mich, wie alle die damit zusammenhängenden Transfers realisiert werden sollen. Es wird dann nicht dabei bleiben können, daß von den jetzigen neun Mitgliedsländern nur zwei in der Lage und bereit sind, einen Nettotransfer in die anderen Gemeinschaftsländer durchzuführen.

Caspari

Ich sehe hier noch ein weiteres Problem. Ein direkter Ressourcentransfer, wie auch die Öffnung unserer Märkte, damit diese Länder mehr in die Gemeinschaft liefern können, erhöht die Kaufkraft der Entwicklungsländer. Wie werden sie diese erhöhte Kaufkraft verwenden? Sie werden dafür in erster Linie Investitionsgüter kaufen. Das heißt, die Konsumgüterproduzenten werden von einem solchen Prozeß relativ benachteiligt und die Investitionsgüterproduzenten bevorzugt werden. Das führt zu einem innergemeinschaftlichen Problem; denn Investitionsgüter- und Konsumgüterindustrie sind in den Ländern der Gemeinschaft unterschiedlich stark vertreten.

Hesse

Welches Ziel wird eigentlich im Nord-Süd-Dialog verfolgt? Es heißt hier, es ginge um einen Abbau des internationalen Einkommensgefälles. Es heißt weiter, dies sei nicht in erster Linie ein Ziel einzelner Staaten, sondern mehr und mehr das Ziel der globalen Völkergemeinschaft. Liegt das Ziel fest, muß man über geeignete Maßnahmen diskutieren, mit deren Hilfe es erreicht werden kann. Die Diskussion darüber, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, ist durch zwei Problemkreise geprägt. Der erste besteht in einem Zielkonflikt. Maßnahmen nämlich, die zu größerer Einkommensgleichheit in der Welt führen, beinhalten meistens den Verzicht auf die höchste Effizienz, die mit Hilfe der vorhandenen Produktionsfaktoren erreichbar ist. Umgekehrt haben Maßnahmen zur Erreichung des höchstmöglichen Weltsozialprodukts vielfach die Wirkung, die Welteinkommensverteilung ungleicher werden zu lassen. In diesem "trade-off between efficiency and equity" (um ein bekanntes Buch von Okun zu zitieren) betonen die Ökonomen zumeist die Effizienz.

Der zweite Problemkreis wird meist außer acht gelassen. Er ergibt sich mit der Frage, wer denn die Träger einer Politik sein sollen, die diesem globalen Ziel verpflichtet sind. Wenn man die Aktionspläne, Aktionsprogramme und Resolutionen, hervorgegangen aus verschiedenen internationalen Konferenzen, einmal daraufhin ansieht, findet man sehr unterschiedliche Vorstellungen. Um einmal die Extreme zu nennen: Es gibt einige, die sagen, Träger einer Politik mit globalem Ziel müßten die einzelnen Staaten sein. In einer Welt souveräner Nationalstaaten könne es keinen anderen Träger einer solchen Wirtschaftspolitik geben. Damit die Nationalstaaten diese Aufgabe lösen könnten, müßte ein System gegenseitiger Konsultationen und Informationen geschaffen werden. Die einzelnen Staaten hätten ihre Vertreter zu internationalen Konferenzen mit dem grundsätzlichen Versprechen zu schicken, sich genau anzuhören, wo die anderen Länder Schuh drückt, und gegebenenfalls zu helfen. Das führt möglicherweise zu so abträglichen Qualifizierungen, wie der von Herrn Hiß gewählten Bezeichnung "Konferenztheater".

Hiß

Damit meine ich nichts Pejoratives; Theater verstehe ich ganz im klassischen Sinne.

Hesse

Das andere Extrem, das von vielen vertreten wird, lautet: Träger einer solchen Wirtschaftspolitik sollte in der Zukunft eine Weltregierung sein. Es werden auch schon Schritte auf diese Weltregierung hin gefordert, zum Beispiel eine internationale Behörde, die das "gemeinsame Erbe der Menschheit" verwaltet; man denke beispielsweise an die vorgeschlagene Seerechtsbehörde.

Im Hinblick auf den zweiten Problemkreis sind die Politologen aufgefordert zu klären, was besser geeignet ist, das gesteckte Ziel zu erreichen: ein Kreis von souverän bleibenden Staaten oder Schritte auf eine Weltregierung zu oder aber ein Kompromiß zwischen diesen beiden Extremen. Der Kompromiß könnte darin bestehen, daß man multilateral ausgehandelte internationale Verträge schließt, die die einzelnen Regierungen binden und deren Souveränität auf bestimmten Gebieten einschränken.

Herr Cheysson hat zum Ausdruck gebracht, die Vorteile des Lomé-Vertrages und in gewisser Weise auch die Ergebnisse der Pariser Konferenz lägen darin, daß wir uns diesem Kompromißgebilde nähern und übergehen zu einem Rechtssystem mit verbindlichen Rechten für die Industrieländer, aber auch für die Entwicklungsländer, mit Rechten, die möglicherweise einklagbar sind. In diesem Zusammenhang stellt sich die schwierige Frage, welche Normen und Regeln vorgesehen werden sollen für den Fall, daß solche Verträge gebrochen werden. Wie sieht der Sanktionsmechanismus aus?

Löwenthal

Sie fragen nach den Institutionen, Herr Hesse. Natürlich ist eine Weltregierung nicht vor der Vernichtung des größten Teils der Welt durch den Dritten Weltkrieg zu erwarten, und natürlich sind

durch Alleinhandlungen der Einzelstaaten diese Probleme nicht zu lösen. Irgendeinen Mittelweg, den Sie angedeutet haben, muß man sicherlich finden. Internationale Verhandlungen mit verbindlichen Ergebnissen sind gewiß eine Möglichkeit. Was heißt aber verbindlich, und wie sehen die Sanktionen aus?

Wahrscheinlich wird es mangels einer Weltregierung nicht möglich sein, rechtlich automatische Sanktionen einzuführen. Eine Sanktion gib es aber, und die besteht in der Selbstisolierung jener Länder, die solche Vereinbarungen brechen. Selbstisolierung übt einen recht wirksamen Druck aus. So fing zum Beispiel die Bundesrepublik an, sich mit ihrer Haltung in der Rohstofffrage zu isolieren, und sie mußte das zunehmend zur Kenntnis nehmen. Das hat den Prozeß des Nachdenkens gefördert. Diese Art der politischen Sanktionen durch die Wirkung in der Außenwelt ist also bis zu einem gewissen Grade automatisch.

Narjes

Worin besteht eigentlich die jetzige Weltwirtschaftsordnung? Meine Antwort lautet: Abgesehen von wenigen multilateralen Verträgen gibt es lediglich ein pragmatisches Bündel von aufeinander abgestimmten Teilsystemen, die man insgesamt als Ordnung bezeichnet hat. Der eine Vertrag ist das GATT, belastet mit all seinen Erbschaften aus der gescheiterten Havanna-Charta. Der andere Vertrag sind die Trümmer von Bretton Woods und die Nachfolgetexte. Es gibt noch ein paar Verträge, die die Weltbank und weitere speziellere Einrichtungen betreffen. Dann haben wir die Reste der Pax Britannica-Americana, den Kapitalmarkt in London, ein schlecht und recht funktionierendes System des Verkaufs der Ernten und mineralischer Rohstoffe über London und New York und einiges andere mehr, etwa ein zusammenbrechendes Welttransportsystem, eine Reihe von Dienstleistungssystemen und so weiter.

Als Kennzeichen dieser zur Zeit im Verfall befindlichen und sich selbst zur Disposition stellenden Weltwirtschaftsordnung müssen wir aber auch die Verantwortungsmängel ihrer verantwortlichen Träger festhalten. Der Höhepunkt war 1971, als der damalige amerikanische Finanzminister Connally jede Verantwortung für ein Weltwährungssystem ausdrücklich ablehnte. Ich stimme Herrn Hesse zu, daß wir aus diesen und anderen Erfahrungen die Lehre ziehen sollten, inhaltlich nur so viel vorzuschlagen, wie die Institutionen, zu denen wir fähig sind, leisten können. Alles, was inhaltlich darüber hinausgeht, wird scheitern. Wir sollten unsere Vorschläge und Konzeptionen auch daraufhin überprüfen, inwieweit sie das noch vorhandene Ordnungssystem zusätzlich in Frage stellen. Ich denke etwa an das Prinzip der unbedingten Meistbegünstigung, das eine der letzten Säulen unserer gegenwärtigen Ordnung ist.

Unter diesem Aspekt frage ich mich, Herr Cheysson:

Von Gruppe zu Gruppe zu verhandeln ist sicher ein interessanter Ansatz, der den Vorteil hat, die Entwicklungsländer nach ihren unterschiedlichen Vorstellungen, Ausgangslagen und so weiter differenzieren zu können. Auf diese Weise könnte der politische Kampfverband Dritte Welt, als der er sich präsentiert, vielleicht etwas aufgelockert werden. Aber muß man tatsächlich von Gruppe zu Gruppe miteinander umgehen, das heißt unter Ausschluß der Meistbegünstigung? Es lassen sich ja auch andere Zusammenschlüsse vorstellen, die nicht systemwidrig sind. Gibt es außer den Regionen nicht auch andere gruppenbildende Tatbestände, auf die wir eingehen können?

Cheysson

Es herrscht Einigkeit darüber, daß wir alles tun müssen, um die Investitionsfreiheit und die Freizügigkeit der investierenden Unternehmen zu stärken und dies angesichts des Rechtes auf Verstaatlichung, das nunmehr anerkannt ist. In diesem Zusammenhang fragt Herr Hesse nach den möglichen Sanktionsmechanismen, und Herr Narjes ist beunruhigt über meine Empfehlung, von Gruppe zu Gruppe zu verhandeln. Diese Empfehlung hängt mit meiner Vorstellung zusammen, daß es die Globalität des Vertrages ist, die seinen Wert ausmacht, und die der einen oder anderen Vertragspartei eine Chance bietet. Aus den von Herrn Löwenthal angeführten Gründen gibt es auf Weltebene keine Sanktionsmöglichkeit. Aber wenn ein für uns wichtiger Vertragspunkt mit einer Reihe anderer Punkte, die für diese Länder günstig sind, zusammenhängt, dann besteht die Aussicht, daß es zu einem Interessenausgleich kommt. Auf diese Weise haben sich auch die Beziehungen zwischen den Industrieländern entwickelt.

Da ich nicht daran glaube, daß diese Globalverträge sofort weltweit abgeschlossen werden können, deshalb strebe ich Verhandlungen von Gruppe zu Gruppe an. Die Region bietet sich an, und vielleicht können andere gemeinsame Interessenpunkte gefunden werden, die einen Zusammenschluß ermöglichen. Ich denke beispielsweise an die reichen ölländer, die Zahlungsbilanzüberschüsse haben

und die daran interessiert sind, ihr Geld anzulegen. Diese sollten den Institutionen von Bretton Woods beitreten.

Caspari

Die Diskussion um die neue Weltwirtschaftsordnung und die anschließenden Debatten um die Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten ist durch zwei Faktoren ausgelöst worden. Einmal durch die Enttäuschung der Entwicklungsländer über die Langsamkeit ihrer Fortschritte. Zum zweiten aber haben sie in ihren Beziehungen zu den Industrieländern einen Ordnungsbedarf festgestellt. Je schwächer man ist, desto mehr wünscht man eine Ordnung, die Schutz gewährt. Zwischen Gleichstarken ist man auf eine solche Ordnung nicht im gleichen Maße angewiesen, weil das Gleichgewicht zwischen ihnen schon für eine gewisse Ordnung sorgt.

Ich würde nicht sagen, daß unsere gegenwärtigen Beziehungen zu den Entwicklungsländern durch eine Ordnung gekennzeichnet sind. Es gibt kein internationales Kartellgesetz, das die Schwächeren gegenüber den Stärkeren und gegenüber den Monopolen schützt. Das GATT ist als Ordnungssystem zwischen Industriestaaten geschaffen worden. Die Entwicklungsländer wissen nun nicht, wie sie diesen Ordnungsbedarf, für den sie den Begriff "neue Weltwirtschaftsordnung" gewählt haben, ausfüllen sollen. Bisher verbinden sie mit diesem Begriff nur die absolute Prerogative der Souveränität; gerade das ist aber mit einer neuen Weltwirtschaftsordnung nicht vereinbar. Diesen Widerspruch sollte man deutlich sehen.

Der Anspruch auf Souveränität hat in Paris zu interessanten Diskussionen geführt. In der Frage der Ölpreise zum Beispiel haben die Entwicklungsländer diesen Anspruch unterstrichen und betont: Weil wir souverän sind, bestimmen wir die Ölpreise nach eigenem Gutdünken. Zugleich wollen sie aber eine Indexierung. Sie haben dann diesen Widerspruch bemerkt, was letztlich zu einem Versanden der Diskussion um die Indexierung beigetragen hat.

Gerade weil die Entwicklungsländer nicht in der Lage sind, den Ordnungsbedarf, den sie feststellen, auszufüllen, müssen wir diese Aufgabe übernehmen. Ich sehe nur die Möglichkeit, schrittweise zu Ordnungen auf regionalem Gebiet zu gelangen. Die Interessen aller Entwicklungsländer sind keineswegs so gleichgerichtet, daß es möglich wäre, ein Ordnungssystem zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern schlechthin zu etablieren. Das Lomé-Abkommen ist ein modellartiger Ansatz für ein Ordnungssystem auf regionaler Basis.

Altmann

Wir sollten uns in der Tat fragen, Herr Hesse, was das Ziel der Politik in dem Thema, das wir hier diskutieren, ist. Was heißt überhaupt Weltwirtschaftsordnung? Wir sprechen zu vorschnell davon, daß es sich in erster Linie um einen Konflikt zwischen Armut und Reichtum handelt. Vielmehr geht es bei den Staaten, die hier zur Diskussion stehen, um einen Konflikt von wirtschaftlicher Abhängigkeit und politischer Unabhängigkeit. Der Hang zur Planwirtschaft, den Sie in diesen Ländern feststellen, Herr Taus, hat seine Ursache in dem Bestreben dieser Staaten, ihre Wirtschaft zu beherrschen, damit sie nicht in die Gefahr kommen, aufgrund ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit auch in eine politische Abhängigkeit hineinzugeraten. Je stärker deshalb diese Staaten sind, desto größer ist ihre Konfliktbereitschaft.

Wir können auch nicht so tun, Herr Giersch, als sei unsere eigene wirtschaftliche Entwicklung harmonisch verlaufen. Auch bei uns hat es eine imperialistische Entwicklung, Wirtschaftsrivalitäten und Kriege gegeben bis hin zum Ersten und Zweiten Weltkrieg. Die Länder der Dritten Welt müssen eine Chance erhalten, ihre eigene Identität, auch in kultureller Hinsicht, zu entwickeln. Wir dürfen ihnen nicht ein Schema aufzwingen, daß sie alle werden müssen wie wir.

Donges

Die wollen doch so werden wie wir!

Altmann

Der Zwang, den wir auf sie ausüben, ist außerordentlich groß; und wir lassen ihnen nicht die Freiheit der Wahl, Herr Narjes. Die Ausstrahlung, die unsere Zivilisation auf diese Länder ausübt, ist geradezu zwanghaft. Das muß man mehr psychologisch als machtpolitisch verstehen. Deshalb scheint mir das Schema des Industriestaates, das wir hier diskutieren, als Zielsetzung für diese Länder unbefriedigend.

Was wir brauchen, ist eine neue Philosophie der Solidarität zwischen den Völkern, wobei man sich nicht zu früh dem Zwang unterwerfen sollte, bestimmte Institutionen zu konkretisieren. In einer Versammlung von so vielen Staaten, die so unterschiedliche Ziele und Interessen vertreten, besteht doch kaum eine Chance, die Situation grundlegend zu durchdenken. Auch die Politik Amerikas war am Beginn der Nachkriegszeit darauf gerichtet, einige große Perspektiven zu propagieren - ich denke an die 4 Punkte Trumans. Was wir heute tun, ist lediglich ein Reagieren auf Rezepte, die uns angeboten werden.

Darin sehe ich auch die große Schwäche der Politik der Europäischen Gemeinschaft. Der Gemeinsame Markt ist heute nicht einmal in der Lage, die Entwicklungsprobleme seiner eigenen Nachbarn anzupacken und zu lösen. Europa wird auf die Dauer keine Chance haben, wenn es nicht versucht, im Mittelmeerraum Verantwortung mit zu übernehmen.

Schließlich frage ich mich, ob im Hinblick auf das Wachstum der Weltwirtschaft und des Welthandels eine solidarische Politik der Industriestaaten noch möglich ist.

Löwenthal

Herr Hesse und Herr Altmann fragen nach dem Ziel, das angestrebt werden soll. Das Ziel ist nicht primär eine ideale Weltwirtschaftsordnung, so wie wir sie uns vorstellen könnten. Das Ziel ist auch nicht nur die Annäherung der Entwicklungsländer an die reichen Industriestaaten, also die Verringerung des Einkommensgefälles. Das Ziel ist schlechthin die Verhinderung einer Menschheitskatastrophe. Unabhängig davon, was die Entwicklungsländer fordern, befinden sich viele von ihnen in einer wirklichen Notlage, die sich aller Voraussicht nach durch die Zunahme der Bevölkerung und der Umweltzerstörung in den nächsten Jahrzehnten noch wesentlich verschlimmern wird. Die Frage ist, ob wir in Verhandlungen mit diesen Ländern etwas leisten können - ob entsprechend oder entgegen ihren Forderungen;- , was diese Gefahr der Menschheitskatastrophe verringert.

Es heißt hier, wir gingen in der Diskussion allgemein davon aus, daß diese Länder den gleichen Entwicklungsweg gehen müssen wie wir. Das ist aber keineswegs der Fall. Es hat sich nämlich seit ein bis eineinhalb Jahrzehnten herumgesprochen, daß sich die strukturellen und kulturellen Voraussetzungen dieser Länder wesentlich von denen unterscheiden, die Grundlage für die Entwicklung der Industriegesellschaften im Westen waren. Daher müssen sie ganz andere Wege gehen, wenn sie sich industrialisieren wollen.

Das ist einer der Gründe, warum die Entwicklungsländer im allgemeinen nicht marktwirtschaftlich in unserem Sinne vorgehen. Wenn sie sich nämlich unter ihren Voraussetzungen marktwirtschaftlich entwickeln könnten, hätten sie es längst getan. Das ist auch der Grund dafür, warum sich bei ihnen im allgemeinen die freiheitliche Demokratie, so wie wir sie verstehen, nicht hält. Die Schaffung einer Infrastruktur, die Aufbringung des für die Entwicklung notwendigen Kapitals und die Richtung der grundlegenden Investitionen, das alles sind Dinge, die nicht rein marktwirtschaftlich bewältigt werden können.

Wenn Sie beklagen, Herr Taus, diese Länder würden nicht marktwirtschaftlich, sondern autarkistisch vorgehen, so möchte ich daran erinnern, daß Liberalisierung stets der selbstverständliche Slogan der führenden Weltwirtschaftsmacht gewesen ist. Länder, die sich entwickeln wollten, haben sich immer für einige Zeit abgeschlossen. Auch Friedrich List war der Theoretiker eines Entwicklungslandes seiner Zeit.

Nun haben diese Länder aber nicht unbedingt das Ziel, so zu werden wie wir, sondern es hat sich bei ihnen aufgrund der wachsenden Schwierigkeiten herumgesprochen, daß die Verringerung des Einkommensgefälles vielleicht gar nicht der entscheidende Maßstab ist. Ich verweise hier auf die Erklärung von Cocoyoc, wo eine Reihe von Fachleuten gesagt haben: Wir dürfen nicht starr auf die Wachstumsrate und auf den Vergleich mit den Industrieländern blicken, sondern wir müssen deutlich machen, daß bestimmte Grundbedürfnisse in unseren Ländern nicht gedeckt sind. Es fehlt an Ernährung, an Kleidung, an Behausung, am Gesundheitswesen. Das sind menschliche Grundbedürfnisse, mit denen man nicht nur in abstrakten Vergleichszahlen hantieren sollte.

Soviel zu der Frage, was in diesen Ländern eigentlich vor sich geht und warum wir ein Interesse daran haben, uns mit ihnen zu verständigen, selbst wenn sich die Mehrzahl von ihnen oft unvernünftig verhält. Das Problem besteht eben darin, mit dieser Unvernunft durch konstruktive Verhandlungen und Vorschläge fertig zu werden.

Abschließend nur noch eine Frage an Herrn Giersch. Sie sagten, man solle das Problem der Verschuldung nicht überschätzen; in wachsenden Volkswirtschaften sei es normal, daß es steigende

Verschuldung gibt. Besteht aber nicht ökonomisch ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der inneren Staatsverschuldung in einer wachsenden Wirtschaft und der äußeren Verschuldung eines Landes mit negativer Handelsbilanz?

Giersch

Ein autoritäres System kann einen gewissen Unterschied zwischen äußerer und innerer Verschuldung machen, weil es seine Bürger, sofern sie seine Gläubiger sind, leicht enterben oder entmündigen kann. Mit den Ausländern ist dies etwas schwieriger. Wenn Entwicklungsländer eine passive Handelsbilanz haben, so ist das die einzige Möglichkeit, zusätzliche Ressourcen ins Land zu bekommen: Die Importe übersteigen die Exporte. Das ist der Gegenposten zu jenem internationalen Kapitaltransfer, den wir als Ressourcentransfer für richtig halten.

Taus

Ich stimme Ihnen zu, Herr Giersch, daß bei gegebenen Einkommensverteilungsvorstellungen in jeder Volkswirtschaft die Schulden zwangsläufig steigen müssen, noch dazu unter den Bedingungen einer wachsenden Wirtschaft. Dabei stellt sich aber zunehmend das Problem, daß nirgendwo, auch in den meisten politischen Gremien nicht, ökonomisch gedacht wird. Vor allem die Kreislaufzusammenhänge sind den meisten Leuten entweder unbekannt oder gleichgültig.

Es gibt einen alten Bankiersspruch: "Man kann sehr lange bankrott sein; wenn's niemand weiß, lebt man munter weiter." Das klingt wie ein Bonmot, ist es aber nicht. Es bedeutet nämlich im Umkehrschluß: Wenn der Eindruck entsteht, jemand ist überschuldet, dann dreht man den Hahn zu. In eben diese Situation schlittern wir hinein. In diesem Falle wird man sagen: Du bekommst das Moratorium unter diesen und jenen Bedingungen, und dann schwindet das Vertrauen völlig.

Was ist die Konsequenz? Der private Kapitalstrom wird aufhören. Er hat bis vor wenigen Monaten noch eine erhebliche Rolle gespielt und beginnt bereits abzureißen, weil im privaten Bankengewerbe des Westens die Angst um sich greift. Jeder überprüft, wieviel Geld er an Entwicklungsländer schon gegeben hat, und rechnet sich aus, wann die ersten Zinszahlungen ausbleiben und ähnliches mehr.

Giersch

Wir schlagen doch kein Moratorium vor.

Taus

Doch. Es werden bereits von allen Seiten Moratorien gefordert. Daher ist die entscheidende Frage: Gelingt es, die Finanzkreise im Westen dahin zu bringen, daß nicht jeden Tag in den Zeitungen die Finanzkatastrophe der Entwicklungsländer angesagt wird. Auch die letzte UNO-Äußerung lautete: Wir stehen vor einer solchen Katastrophe. Da nützt uns dann das Kreislaufdenken nichts mehr und die kluge Überlegung, daß die Schulden wachsen müssen - die Menschen verhalten sich eben anders.

Giersch

Wissen Sie, Herr Taus, man kann eine Krise herbeireden, auch eine Finanzkrise. Ich bin selbst einige Zeit lang immer wieder bedrängt worden, über eine bevorstehende Finanzkrise zu schreiben und öffentlich für ein internationales Schuldenmoratorium zu plädieren. Sie dürfen raten, wer Interesse an einer internationalen Verschuldungskrise haben könnte.

Fritsch

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß sich auf den Seerechtskonferenzen eine Entwicklung abzeichnet, die erhebliche Konsequenzen nach sich ziehen wird. Der Übergang von der 12- zur 200-Meilen-Zone wird fundamentale Veränderungen mit sich bringen. Ich denke zunächst an die zusätzlichen Territorialansprüche von seilen einiger Länder, wobei wiederum die Industrieländer, nämlich die UdSSR, Australien, Kanada, USA, am meisten gewinnen. Auf den letzten Seerechtskonferenzen trat eine Interessenkollusion einiger Anrainerstaaten aus der Dritten Welt mit den Industrieländern deutlich zutage. Zunächst hatten Staaten der Dritten Welt - Peru war das erste Land die Ausdehnung der Meilenzone gefordert, um sich vor der industrialisierten Fischerei der Amerikaner zu schützen. Dann aber haben sich die Industrieländer, vor allem die Amerikaner und die Russen dieser Forderung angeschlossen, wenn auch aus anderen Gründen, vor allem wegen des Tiefseebergbaus. Ich will jetzt auf die Einzelheiten nicht eingehen.

Eine Folge des Übergangs zur 200-Meilen-Zone ist, daß Schifffahrtswege, die bisher frei waren, nationalisiert werden. Das heißt, unser Zugang zu den Rohstoffen aus der südlichen Hemisphäre wird, zumindest was die Sicherung und auch was die Kosten anbetrifft, einem höheren Risiko ausgesetzt. Die Industrieländer ziehen daraus die Konsequenz, daß Neuinvestitionen etwa im Montanbereich mehr und mehr in die nördliche Hemisphäre verlagert werden. Damit werden die westlichen Industrieländer von den Rohstoffzufuhren aus der Dritten Welt noch unabhängiger, als sie es ohnehin schon sind. Mangan, Wolfram, Zinn, Zink, Kupfer, Quecksilber, Uran, Bauxit, Chrom, das sind die kritischen Stoffe. Lediglich bei Zinn sind wir sehr stark abhängig vom Süden, und da lassen sich Substitute finden.

Burchard

Die Beschlüsse der internationalen Seerechtskonferenz führen dazu, daß bisher noch freie Gebiete künftig überwiegend nationaler Jurisdiktion unterliegen. Und für das Gebiet außerhalb der 200-Meilen-Zone denkt man offenbar daran, einer internationalen Behörde Kompetenzen einzuräumen, die ich als beängstigend ansehe. Dort wird der Freiheitsspielraum, der zur Zeit noch vorhanden ist, möglicherweise erheblich eingeengt. Die Folge könnte sein, daß dadurch auch die Lösung anderer internationaler Wirtschaftsfragen präjudiziert wird.

Narjes

Die Seerechtskonferenz, Herr Fritsch, ist in der Tat eine der größten Blamagen politischer Weitsicht, die wir in den letzten Jahrzehnten oder Jahrhunderten erlebt haben. Als ob Hugo Grotius nie gelebt hätte. Dort wurde an Hering und Schellfisch gedacht, aber nicht an Frieden und an die Freiheit der Meere. Zugunsten vordergründiger Interessen wurden unabsehbare friedensgefährdende Tatbestände geschaffen. Hundert neue Meerengen sind entstanden; dabei hat jede Meerenge, die wir kennen, eine Kriegsgeschichte hinter sich. Hier wohnen wir, ich wiederhole, einer der größten Blamagen westlicher Politik überhaupt bei.

Thorn

Ich schlage Ihnen vor, daß wir uns für die weitere Diskussion auf folgende Themen konzentrieren. Zunächst sollten wir uns mit der Frage beschäftigen, wie es nach Beendigung des Pariser Dialogs - sei er nun zur Hälfte gescheitert oder ein halber Erfolg gewesen - weitergehen soll und welche neuen Initiativen ergriffen werden müssen. Eines der Themen, das in unserem Kreis bisher kontrovers geblieben ist, war die Frage nach der Strategie, das heißt, ob der Westen in seinen Verhandlungen mit der Dritten Welt mehr global oder mehr regional vorgehen soll.

Ein weiteres Thema betrifft die Rolle der kommunistischen Länder in der Entwicklungspolitik. Es wird immer wieder beklagt, daß der Osten am Nord-Süd-Dialog überhaupt nicht beteiligt ist. Wenn wir jedoch diese Beteiligung ernsthaft wollen, dann wissen wir, daß wir nicht umhin können, unser System zu ändern. Wir können nicht gut auf der einen Seite den Internationalen Währungsfonds ins Spiel bringen und auf der anderen Seite die Kommunisten zur Zusammenarbeit auffordern.

Schließlich sollten wir uns drittens mit der Frage auseinandersetzen, wie wir der Öffentlichkeit in unseren Ländern deutlich machen können, daß der Nord-Süd-Dialog für unsere eigene Zukunft von entscheidender Bedeutung ist. Was kann man tun, um die öffentliche Meinung in dieser Hinsicht aufzuklären?

Aber beginnen wir mit der Frage nach der geeigneten Verhandlungsstrategie. Sind Fortschritte eher mit einer globalen oder eher mit einer regionalen Strategie zu erwarten?

Cheysson

Meiner Meinung nach gibt es zwischen weltweiten oder spezifischen, zwischen regionalen oder spezifischen Verhandlungen keine Alternative. Vielmehr kommt es heute darauf an, daß wir alle Kontakt- und Diskussionsmöglichkeiten nutzen.

Zunächst zur Weltebene. Wir haben erkannt, daß es auf Weltebene praktisch unmöglich ist, nur mit einem Teil der Dritten Welt zu verhandeln, es sei denn, der Verhandlungsgegenstand ist genau umrissen. Dennoch ist ein allgemeines Gespräch auf Weltebene wichtig, um die Probleme gemeinsam zu erörtern und sich gegenseitig zu informieren. Gleichzeitig werden wir Diskussionen haben, die in der Themenstellung so begrenzt wie möglich sein sollten, um in der Sache einen Fortschritt zu erzielen. Und bei solchen Erörterungen ist es möglich, daß einige Entwicklungsländer die Gesamtheit der Dritten Welt repräsentieren.

Zweitens messe ich jeder Diskussion Bedeutung bei, die ein spezifisches Thema zum Gegenstand hat, das heißt, an der sich nur die jeweils interessierten Länder beteiligen. Das Thema kann ein einzelnes Produkt sein; und produktspezifische Abkommen sind in der Tat interessant. Es kann sich weiter darum handeln - ich wies darauf bereits hin;- , Länder mit einem hohen Zahlungsbilanzüberschuß in das System der internationalen Währungs- und Finanzverhandlungen einzubeziehen. Schließlich können es vor allem Verhandlungen nach regional-spezifischen Gesichtspunkten sein, das heißt Förderung eines regionalen Zusammenschlusses als direktes Verhandlungsziel. Ich erinnere Sie daran, daß wir in der Konvention von Lomé 10 Prozent unserer Hilfe regionalen Vorhaben vorbehalten haben, insbesondere Industrieprojekten. Ganz allgemein sollten Verhandlungen zwischen Regionen stattfinden, um in das überregionale System Elemente der Solidarität einzubringen.

Wenn immer es möglich ist, sollten wir einen Globalvertrag anstreben, der ein Element der Dauer und der rechtlichen Verbindlichkeit enthält, global auch in dem Sinne, daß er sich auf mehr als einen Verhandlungsgegenstand bezieht und sozusagen automatischer Kontrolle unterliegt. Auf regionaler Ebene sollte ein Teil des Entwicklungssystems das andere festigen und ergänzen. Das, was wir an Entwicklungshilfe leisten, stellt eine Garantie dar für das, was wir selbst als Gegenleistung fordern. Bei spezifischen Themen, hoffe ich, daß es uns jeweils gelingt, bei den gegenseitigen Leistungen eine Ausgewogenheit herzustellen, damit eine Art der Selbstkontrolle entsteht.

Schließlich eine letzte Bemerkung. So sehr es auch einige mißbilligen mögen, wir werden die einzelnen Entwicklungsländer hinsichtlich ihrer Probleme sehr genau analysieren müssen und diese Länder nicht alle gleich behandeln dürfen. Das ist auch durchaus keine Illusion. In ihren öffentlichen Verlautbarungen treten sie zwar als geschlossener Block und solidarisch auf, bei den einzelnen konkreten Themen aber dürfte es ohne weiteres möglich sein, ihnen die Einsicht zu vermitteln, daß ihre Probleme jeweils sehr unterschiedlich sind.

In einem von der Gemeinschaft veröffentlichten Dokument haben wir die alte Formel aufgegriffen: Jedem nach seinen Bedürfnissen. Die Bedürfnisse der einzelnen Entwicklungsländer sind nicht identisch. Wenn man konkret wird, dürfte es durchaus möglich sein, diese Länder nicht aufzuspalten, aber die Probleme zu klassifizieren. Ich erinnere daran, daß unsere Vertragspartner in der Konvention von Lomé selbst eine Liste der ärmsten Länder aufgestellt haben; sie machten etwas weniger als die Hälfte aus. Eine weitere Liste enthielt die handelspolitisch besonders empfindlichen Länder. Das sind zwei verschiedene Listen. Sie selbst haben diese Unterschiede anerkannt.

Was ich erwarte ist: Wenn wir in die gemeinsame Erörterung mit den Entwicklungsländern über die großen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme eintreten, dann wird bei der Regelung der konkreten Fragen der Begriff "Dritte Welt" allmählich gegenstandslos werden.

Hesse

Ich stimme Herrn Cheysson zu, daß es keine Alternative zur regional und sachlich begrenzten .Diskussion gibt. Ich habe hier indes gewisse Zweifel, die ich an einer kleinen historischen Analyse des GATT verdeutlichen möchte.

Im Jahre 1948 begann man den Weg zu einer neuen Weltwirtschaft zu beschreiten, die durch Freihandel geprägt sein sollte. Dabei stellte man auf das Prinzip der Bilateralität ab. Es sollten sich bestimmte Länder oder Gruppen von Ländern an den Verhandlungstisch setzen mit dem Ziel, gegenseitige Zugeständnisse auf Gebieten gemeinsamer Interessen zu erreichen. Diese sehr pragmatische Lösung führte tatsächlich zu großen Erfolgen. Sie war ein gewaltiger Schritt vorwärts auf den Freihandel zu mit Vorteilen für alle beteiligten Länder, auch für die Dritte Welt; denn es galt das Prinzip der unbedingten Meistbegünstigung.

Wenn man sich jedoch das Erreichte näher anschaut, stellt man fest, daß dadurch zwar das Wohlfahrtsniveau in allen Ländern angehoben worden ist, daß dieses sehr pragmatische System aber entscheidend dazu beigetragen hat, die Ungleichheiten in dieser Welt zu verstärken. Der Grund dafür wird darin gesehen, daß im wesentlichen nur Industrieländer am Verhandlungstisch gesessen und gegenseitige Zugeständnisse auf Gebieten ihres Interesses ausgehandelt haben. Die Entwicklungsländer hatten nicht sehr viel zu bieten. Deshalb ist schon in den sechziger und dann besonders in den siebziger Jahren der Ruf immer lauter geworden, diese bilaterale Verhandlungstechnik abzulösen und Verträge zur Verfolgung globaler Zielsetzungen mehr und mehr multilateral auszuhandeln.

Nun zeigt der in Paris geführte Nord-Süd-Dialog, wie man sich das vorstellt. Beispiele gibt es auch in der Praxis der Vereinten Nationen mit ihren vielen Konferenzen. Die Ergebnisse sind uns bekannt; sie

sind nicht sehr ermutigend. Wenn wir daraus aber den Schluß ziehen, wir sollten zu regionalen, sachlichen und im Rahmen begrenzten Diskussionen zurückkehren, dann finden wir im Nord-Süd-Dialog möglicherweise keinen Ausgleich. Wenn wir einen solchen Ausgleich erreichen wollen, müssen wir mit den Entwicklungsländern diskutieren, und diese haben häufig nicht sehr viel zu bieten.

Ich frage mich deshalb, ob der pragmatische Weg einer Regionaldiskussion tatsächlich zur Überwindung der Probleme führt, wie es heute von der Dritten Welt gefordert wird, die nach multilateralen Lösungen verlangt. Ich weiß keine Antwort, und ich möchte Herrn Cheysson bitten, in dieser Hinsicht seine Vorstellungen weiter zu entwickeln.

Altmann

Ich sehe da gar keinen so unbedingten Gegensatz, Herr Hesse. Zweifellos brauchen wir für diese Politik zunächst eine universalistische Konzeption. Wenn darüber ein Konsensus erzielt würde, wäre es auf dieser Basis eher möglich, eine regionale Politik zu verwirklichen.

Dondelinger

Ich würde Herrn Cheysson weitgehend folgen, wenn er sagt, daß einige Probleme besser in einem sehr begrenzten Kreis zu verhandeln sind. Beispielsweise kann man die Frage, wie die Erdöl exportierenden Länder ihre Überschüsse anlegen, sehr gut mit diesen Ländern selbst besprechen. Das gleiche gilt für die Verschuldung jener Länder, die davon am härtesten betroffen sind. Über den Zugang zum Kapitalmarkt kann man mit einer Gruppe südamerikanischer Länder diskutieren, aber nicht mit der ganzen Welt; denn dieses Problem liegt jeweils sehr unterschiedlich.

Bei den Rohstoffen bin ich nicht sicher, ob es die beste Strategie ist, wenn die Diskussion von Produkt zu Produkt auf Industrieländer und Herstellerländer beschränkt wird. Nach der Vorstellung von Herrn Cheysson sollte man hier einen regionalen Rahmen anstreben. Wir haben die Konvention von Lomé. Als ich noch dem Finanzministerium angehörte, habe ich an den Verhandlungen von Yaunde und an den Diskussionen über den europäischen Entwicklungsfonds teilgenommen. Im Gegensatz zu dem, was hier behauptet wurde, bin ich der Meinung, daß die Gemeinschaft sich da erheblich um eine Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern und den Industrieländern bemüht hat.

Aber auch außerhalb des Abkommens von Yaunde gibt es Gruppen, mit denen es interessant sein könnte zu diskutieren. Ich denke an Gruppen, die auf dem Wege zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit sind, vor allem die Länder der ASEAN-Gruppe. Das ist eine Region mit sehr günstigen Entwicklungsperspektiven.

Brinkhorst

Was die Strategie angeht, so stimme ich mit Claude Cheysson überein, wenn er sagt, auf Weltebene müsse man den Dialog über die allgemeinen Themen fortsetzen und die Vereinten Nationen müssen ins Spiel kommen. Da zumindest die Gruppe der 77 den Diskussionen in den Vereinten Nationen große Bedeutung zumißt, muß man den Dialog in diesem Rahmen fortsetzen. Zweifellos zeigen sich dort, sobald es um konkrete Lösungen geht, große Schwierigkeiten, wie wir nach der sechsten und der siebenten UN-Vollversammlung gesehen haben.

Noch einige Bemerkungen zu den Verhandlungen von Block zu Block. Obwohl ich ein Befürworter der Lomé-Konvention bin, sehe ich in Block-zu-Block-Verhandlungen stets Gefahren. Vom Standpunkt der 77 aus gibt es Grenzen. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß es im Hinblick auf einige große internationale Richtlinien einige Länder unter den 77 gibt, die in dem einen System, und andere, die in einem anderen System spielen. Ich denke zum Beispiel an das System der allgemeinen Präferenzen. Es gibt sicherlich eine Spannung zwischen dem, was wir im Rahmen der Konvention von Lomé für die 52 und dem, was wir im erweiterten Rahmen für alle Entwicklungsländer tun. Diese Spannung wird beispielsweise in der Deklaration von Manila deutlich. Die 52 haben sich geweigert, eine Verhandlungsposition einzunehmen, die ihren eigenen Interessen allzusehr widerspricht. Wenn wir es mit einer globalen Strategie ernst meinen, müssen wir mit Block-zu-Block-Verhandlungen sehr zurückhaltend sein.

Eine letzte Bemerkung zur Frage global/regional. Die Entwicklungsländer haben es auf dem Pariser Dialog abgelehnt, über die Energiefragen in einem begrenzten, aber repräsentativen Rahmen zu sprechen, wie es die Industrieländer vorgeschlagen hatten. Wir sollten uns keinen großen Illusionen hingeben, daß wir die Entwicklungsländer bei bestimmten Themen aufspalten und sie auf die Punkte beschränken können, die uns bei einem konkreten Problem besonders interessieren. Die Nord-Süd-Erfahrung hat uns in dieser Hinsicht seit langem gezeigt: Selbst wenn die wirtschaftlichen Interessen

im Hinblick auf die allgemeine Entwicklungsstrategie sehr unterschiedlich sind, lehnen sie es ab, einen gesonderten Dialog über die Punkte zu führen, welche die industrielle Welt besonders interessieren. Sie akzeptieren den Dialog nur im Hinblick auf eine umfassende Behandlung der Entwicklungsproblematik.

Burchard

Wenn wir fragen, ob man globale, regionale, problem- oder blockbezogene Gespräche führen soll, so spielt bei dieser Differenzierung möglicherweise der Zeithorizont eine wichtige Rolle. Das gilt zum Beispiel für einen Teil der OPEC-Länder, die vor dem Problem stehen, daß ihre Rohölreserven in absehbarer Zeit zu Ende gehen und die deshalb im Interesse der weiteren Entwicklung ihre Wirtschaftsstruktur verändern müssen. Wie lang der Zeitraum ist, der den einzelnen Ländern zur Verfügung steht, hängt natürlich auch von der Entwicklung der Ölpreise ab. In einer Reihe von Ländern ist das an bereits eingeleiteten Entwicklungslinien abzusehen. Ich denke etwa an Algerien, Indonesien, Nigeria und den Iran. Es wäre zu untersuchen, welche Zeithorizonte in verschiedenen Gruppierungen möglicherweise limitierend wirken.

Taus

Ich meine, Herr Burchard, wir sollten uns vom Zeithorizont nicht zu sehr beeinflussen lassen. Worauf es zunächst ankommt, ist, daß man überhaupt beginnt. Wenn wir von vornherein unter Zeitdruck arbeiten, sind vernünftige Aktionen kaum möglich.

Narjes

Ich stimme Ihnen durchaus zu, Herr Taus. Nur: In puncto Energie haben wir überhaupt keine Zeit mehr, sondern müssen sehen, wie wir einen erheblichen Rückstand schnellstens aufholen. Ich empfehle zu diesem Zweck ein eingehendes Studium der CIA-Veröffentlichung über die amerikanische Energiesituation. Alles weitere erübrigt sich dann.

Giersch

Was wir heute feststellen, ist eine Dreiteilung der Welt: Es gibt den Westen, den Osten und den Süden. Solch eine Blockbildung trägt nichts oder nur wenig zur Lösung konkreter Probleme bei. Verschiedene Aufgaben erfordern unter Umständen verschiedene Gruppierungen. So hat die Wirtschaftswissenschaft zum Beispiel die Theorie des optimalen Währungsraumes entwickelt. Aus ihr folgt, daß die Welt als Ganzes unter den gegebenen Umständen nicht ein optimaler Währungsraum ist. Vielmehr eignet sich nur eine Reihe von Ländern für einen Zusammenschluß. Auch ein optimaler Freihandelsraum braucht nicht die ganze Welt zu umfassen. Ähnliches gilt für den freien internationalen Kapitalverkehr.

Welche Länder an der Lösung konkreter Fragen am besten zusammenarbeiten können, ist für jedes einzelne Problem gesondert zu untersuchen. Es genügt, daß der Westen zu den verschiedenen Punkten eine Offerte unterbreitet und offen die Frage stellt, welche Länder an welchen Problemen besonderes Interesse haben und gewillt sind, mit uns zusammen eine allseits vorteilhaft erscheinende Lösung zu finden und im Experiment zu testen. Auf diese Weise käme man von der Blockbildung und einer emotionalen Rhetorik zu praktischen Schritten, die der besonderen Interessenlage der einzelnen Länder adäquat sind. Zumindest ökonomisch wäre dies alles andere als ein Nachteil.

Unter politischen Gesichtspunkten wird der Süden eine Offerte, die auf eine partielle und diversifizierte Kooperation hinausläuft, sicher negativ beurteilen. Denn die politische Verhandlungsmacht des Südens erscheint auf den ersten Blick dann am stärksten, wenn er sich einig zeigt und zu diesem Zwecke die Zahl der Probleme maximiert. Doch dies ist eine Konfrontation, die der Bevölkerung in den armen Ländern keine Hilfe bringt. Praktisch sind es nur einzelne Schritte im Rahmen einer allgemeinen Offerte. Länder, die ein vitales Interesse haben, mit uns auf bestimmten Gebieten zu kooperieren, werden dann schon früher oder später Signale geben.

Fritsch

Sie sprechen von einer Dreiteilung der Welt, Herr Giersch. Nun, Sie wissen natürlich, daß das Bild je nach Problemstellung und Interessenlage weit vielschichtiger ist. Weder der Norden noch der Süden stellen eine Einheit dar. So sprechen wir heute bereits von der Vierten und der Fünften Welt.

Wie sieht die politische Dimension dieser Strukturen aus? Wenn wir die Akteure des internationalen Systems betrachten, so gibt es rund 200 intergovernmental und circa 1700 non-governmental

organizations. Hinzu kommen etwa 10000 multinationale Unternehmen und außerdem 160 Nationalstaaten. Das macht insgesamt circa 12000 Akteure. Untersuchen wir die Aktivitäten dieser Akteure näher, so stellen wir fest, daß häufig auf etwa 10 Prozent der Akteure circa 90 Prozent der Aktivitäten fallen, sowohl bei den Staaten als auch bei den multinationals. Deshalb arbeiten die Politologen heute mit einem Reduktionsmodell, in dem 10 intergovernmental und 20 international non-governmental organizations sowie circa 200 Multies und 20 Großstaaten enthalten sind.

Was sich in dieser Analyse zeigt, ist die Konzentration der Macht und die Reduktion von Komplexität durch Macht. Letzten Endes sind die Pax Britannica, die Pax Americana oder die Pax Sowjetica Reduktion von Komplexität, Schaffung von neuen Ordnungen und damit Ausübung von Macht. Bei all unseren Verhandlungen wird deutlich, daß bestimmte Konzepte der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung auf Seiten der Entwicklungsländer oder auf Seiten der Sowjetunion mit unseren Vorstellungen schlechthin inkompatibel sind.

Wenn man sich in diesem globalen Spiel etwa den Energiesektor ansieht, dann erkennt man, daß Europa relativ schlecht dasteht. Die Sowjetunion beginnt sich völlig auf die Plutonium-Wirtschaft umzustellen; das heißt, sie setzt auf den Schnellen Brüter. Sie ist im Hinblick auf den Eigenbedarf und den Bedarf ihrer Satelliten der größte Selbstversorger mit Öl. Mit anderen Worten, mittel- und langfristig gibt es für die Sowjetunion überhaupt kein Energieproblem.

Das, was Carter jetzt in den USA einleitet, geht weit über Energiepolitik hinaus und läßt sich auch handelspolitisch ausmünzen. Die Amerikaner könnten später möglicherweise argumentieren: Wir haben aufgrund unserer Technologie eine bestimmte Energieintensität pro Produktionseinheit erreicht und lassen deshalb nur noch solche Güter für den Import zu, die dieser Norm entsprechen. Man hat in dieser Richtung bereits Szenarien entwickelt und Rechnungen angestellt. Wenn es hart auf hart geht, sind die Amerikaner überdies in der Lage, im Rahmen einer kriegswirtschaftlichen Anstrengung sich relativ schnell von den energiepolitischen Zwängen zu lösen.

Europa befindet sich da in einer ganz anderen Lage. Wir haben weder genügend Uran noch Öl und Gas. Auch unsere Kohlevorräte sind gemessen an den chinesischen, russischen oder amerikanischen Vorkommen relativ bescheiden. Und selbst die, über die wir verfügen, lassen sich nicht beliebig abbauen, weil es in den betreffenden Gebieten bereits Infrastrukturen gibt. Umwelt, Transport und Wasser setzen dem Kohleabbau bei uns Grenzen. Energiepolitisch wird Europa in Zukunft also weiterhin schlecht dastehen. Deshalb sind die Forschungsinvestitionen, die Herr Matthöfer zur Zeit tätigt, dringend nötig. Die Umstellung auf eine alternative Energiestrategie kann bei uns niemals aus einem Guß erfolgen, weil weder die technologischen noch die politischen Randbedingungen bekannt sind, mit denen wir zu rechnen haben.

Diese Entwicklung wird Europa in sich so weit schwächen, daß es auch nicht in der Lage sein wird, eine konsistente Nord-Süd-Politik zu betreiben. Wir werden vermutlich schon von einem großen Erfolg sprechen müssen, wenn es uns gelingt, das paradigmatisch wichtige Lomé-Abkommen als System weiterzuführen und seine Geltungsdauer zu verlängern. Mehr ist vermutlich nicht zu erreichen.

Wir sehen uns also einer Komplexität gegenüber, die ein mittel- und langfristiges Management voraussetzt, zu dessen Verwirklichung wir in Europa politisch nicht in der Lage sind. Insofern teile ich die hier geäußerte Skepsis. Die Probleme, die auf uns zukommen, erfordern Lösungswege, die wir in unserer materiellen Situation gar nicht beschreiten können.

In bezug auf den einzuschlagenden Weg scheiden sich die Geister. Das zeigt sich in den beiden Konzeptionen, die in Europa vorherrschen. Die eine sieht für Europa nur eine atlantische Lösung dieser Probleme, das heißt ein Zusammengehen mit den Amerikanern. Die zweite Konzeption ist an Frankreich orientiert. Die Franzosen haben sich ebenfalls entschieden, in Richtung Plutonium-Wirtschaft zu gehen. Sie meinen, sie könnten es auch im Alleingang schaffen. Das wäre dann sozusagen ein "petit Europe" nach einem Muster der Pax Francana.

Ein Konzept ganz anderer Art hat Johan Galtung aufgestellt. Er argumentiert, die Entwicklungsländer hätten einen fundamentalen Fehler begangen, indem sie sich mit der Lomé-Konvention auf einen kapitalistischen Pfad eingelassen haben. In einer arbeitsteiligen marktwirtschaftlich orientierten Welt würden die armen Länder es nie zu etwas bringen. Diese Länder müßten eine eigene Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung entwickeln und sich nicht auf einen Dialog mit der Ersten und der Zweiten Welt einlassen.

Diese Konzeption könnte in Zukunft an Bedeutung gewinnen, je nachdem wie die Perzeption der politischen Entwicklung in den Entwicklungsländern erfolgt und welche Regierungen dort gerade an der Macht sind. Dann nutzen uns aber die wunderschönen Berechnungen optimaler Währungsräume, Freihandelsräume und so weiter wenig. Denn diese Länder werden von unserem Standpunkt aus

gesehen immer irrational handeln. Die Frage ist, welche Möglichkeiten wir haben, mit dieser Irrationalität umzugehen.

Insgesamt meine ich, daß der Nord-Süd-Dialog nur die Spitze eines Eisberges aufgezeigt hat. Er verlangt von uns den sorgfältigen Umgang mit unserer Macht. Die Länder der Dritten und Vierten Welt verfolgen aus politischen und aus ideologischen Gründen Ziele, die nach unserem ökonomischen Verständnis in den vorgegebenen Zeitperioden nicht erreichbar sind. Sie richten an uns Forderungen, die uns vor schwierige Probleme stellen. Das ist eine Tatsache, mit der wir uns in den nächsten zehn Jahren politisch auseinandersetzen haben. Wir stehen erst am Anfang.

Burchard

Ihre Klassifizierung zur Energiesituation, Herr Fritsch, teile ich im wesentlichen. Die UdSSR können autark werden; die Vierte Welt ist zweifellos am schlechtesten dran, und wir in Europa haben sicher große Probleme. Wenn Sie allerdings behaupten, die USA seien in der Lage, sich relativ schnell aus den weltweiten energiewirtschaftlichen Zusammenhängen zu lösen, so wäre das nach meiner Auffassung nur auf der Basis einer Plutonium-Politik möglich, die sie gegenwärtig ablehnen. Ich bezweifle allerdings, ob sich das, was Präsident Carter gefordert hat, in der Form realisieren läßt, obwohl Ansätze in der angestrebten Richtung notwendig sind.

Brinkhorst

Wie Herr Altmann, bin auch ich der Meinung, daß die Rolle Europas in der Entwicklungsfrage noch vertieft werden muß. Während der Jahre, in denen ich von Amts wegen die Beziehungen mit den Entwicklungsländern verfolgt habe, wurde mir immer wieder deutlich, daß Europa im Grunde derjenige Kontinent ist, der gegenwärtig vielleicht die größten Möglichkeiten hat, in einen sinnvollen Dialog mit der Dritten Welt einzutreten, weil wir von den Entwicklungsländern aus mehreren wichtigen Gründen abhängen. Unsere Abhängigkeit ist größer als die der Vereinigten Staaten oder der Sowjetunion aufgrund unserer Rohstoffarmut, aber auch aufgrund unserer historischen Beziehungen, die in der Vergangenheit vielleicht negative Aspekte des Kolonialismus aufwiesen, die aber auch einen sehr positiven Aspekt haben. Das heißt, eine Reihe von europäischen Ländern verfügt im Hinblick auf die Dritte Welt über eine sehr profunde Kenntnis der Kultur, der Geographie, der Geschichte und anderer Dinge mehr, die ich jetzt nicht vertiefen will. Aus alledem wird deutlich, daß Europa sehr daran interessiert sein muß, den Dialog mit den Entwicklungsländern fortzusetzen.

Gleichzeitig weist unsere Lage aber auch sehr große Schwächen auf. Das zeigt sich immer wieder in den multilateralen Verhandlungen. So haben wir seit sechs, sieben Jahren die Initiative für allgemeine Präferenzen ergriffen, ohne sie durchsetzen zu können. Wir haben zum Beispiel mit den Diskussionen über den Gemeinsamen Fonds begonnen; aber vor einer Woche konnten Sie lesen, daß es vor allem die Vereinigten Staaten waren, die in diesem Punkt die Initiative ergriffen haben. Ich habe nichts dagegen, aber Europa erweckt immer den Eindruck, daß es eher hinterherhinkt, als daß es die Führung übernimmt. Das ist für unsere Stellung katastrophal. Immer wenn wir uns zusammenfinden, um zu diskutieren und gemeinsame Lösungen auszumachen, kommen wir zu spät. Wir treffen eine richtige Entscheidung, aber viel zu spät und aus einer Position der Defensive heraus. Ich bin der Meinung, daß wir eine wichtige Rolle zu spielen haben. Das ist einer der Gründe, warum unsere Entscheidungsprozesse verstärkt werden müssen.

Ein anderer Punkt ist meiner Meinung nach noch schwerwiegender. Das ist die Entwicklung innerhalb der Gemeinschaft. Herr Hiß hat bereits das Problem der Erweiterung, des Beitritts neuer Mitglieder angesprochen. Wenn wir tatsächlich den Weg der wirtschaftlichen Umstrukturierung weiterverfolgen wollen, worin wir uns doch wohl alle einig sind, dann kommen wir um die Annäherung dieser Länder nicht herum. Ich frage mich, ob eine solche Annäherung sich vollziehen läßt, ohne daß wir den inneren Zusammenhalt der Gemeinschaft erheblich erhöhen. Obwohl ich dem Beitritt der neuen Mitglieder zustimme, bin ich doch sehr skeptisch, wie die Gemeinschaft damit fertigwerden wird.

Ich fürchte, daß der fehlende innere Zusammenhalt und die mangelnden internen Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinschaft das Integrationsniveau für möglicherweise ein bis anderthalb Jahrzehnte senken wird. Dies wird sich auch auf unsere Außenbeziehungen auswirken. Mehr und mehr üben die außenstehenden Länder Druck auf die Gemeinschaft aus, was man an den konkreten Anträgen sieht, die wir nicht erfüllen können. Wieviel Zeit hat es uns gekostet, im Mittelmeerraum eine Übereinstimmung über das Finanzprotokoll oder über Handelskonzessionen zu erreichen. Diese Lage wird durch die Erweiterung der Gemeinschaft noch erschwert.

Ein Grund, warum ich im Hinblick auf die zukünftige Rolle Europas nicht sehr optimistisch bin, liegt darin, daß die Divergenzen innerhalb der Gemeinschaft in Zukunft noch zunehmen werden. Der

qualitative Sprung, von dem Herr Cheysson sprach, wird nur dann möglich sein, wenn wir die Entwicklung Europas nach außen hin vollziehen und wenn wir die Frage des Ressourcentransfers politisch verstehen. Aber da gerät man wieder in diesen verhängnisvollen Kreislauf, weil der Ressourcentransfer nach außen von dem politischen Willen und von den politischen Möglichkeiten im Innern abhängt.

In diesem Zusammenhang komme ich noch einmal auf das zurück, was Herr Hiß gesagt hat. Ich fürchte, daß unsere Länder sich angesichts der hohen Inflation und der hohen Unterbeschäftigung nicht großzügig zeigen können, nicht einmal innerhalb der Gemeinschaft und noch weniger in einem größeren Rahmen.

Bleibt schließlich der bilaterale Aspekt. Auch hier sind die Möglichkeiten begrenzt. Sicher, jedes Land kann mehr oder weniger offiziell öffentliche Hilfe leisten oder die Investitionen anregen. Weil aber diese Frage über den bilateralen Rahmen hinausgeht, brauchen wir eine globale Strategie. Der bilaterale Weg mag für eine Reihe spezifischer Probleme durchaus geeignet sein. Aber für die großen Fragen der Strukturveränderung, des Handels und des technologischen Transfers ist dieser Weg nur sehr beschränkt gangbar. Wenn Europa in dieser Hinsicht eine Rolle spielen will, dann müssen wir uns erheblich Gedanken darüber machen, was wir eigentlich wollen.

Caspari

Wenn wir über Strategie sprechen, müssen wir die Situation sowohl der großen Weltmächte, USA und UdSSR, als auch der Entwicklungswelt und nicht zuletzt der Europäischen Gemeinschaft in Rechnung stellen. Was die USA und die Sowjetunion angeht, so teile ich weitgehend die Auffassung von Herrn Fritsch. In der Energiefrage würde ich allerdings mehr Herrn Burchard zustimmen. Da gibt es eine funktionierende Achse zwischen Washington und El Riad, von der wir zur Zeit zwar profitieren, aber wir haben keinen Einfluß darauf, was dort geschieht.

An Rohstoffen sind wir arm wie die Vierte Welt und haben infolgedessen eine ganz andere Interessenlage als die Amerikaner oder die Russen. Wir können uns natürlich in die Obhut anderer kapitalistischer Länder begeben, indem wir uns noch stärker an Rohstofferschließungen in Kanada oder in Australien zu beteiligen versuchen. Diese Länder sind uns gegenüber jedoch mit Liefergarantien noch sehr viel zurückhaltender als die Entwicklungsländer. Das haben wir auch in Paris wieder gesehen. Darum wird das für uns auf die Dauer kaum der richtige Weg sein.

Jetzt zum Handel. Er ist wesentliche Basis unserer Wirtschaftskraft, unseres Reichtums. Wir brauchen den Handelsaustausch, um die uns fehlenden Rohstoffe und Energien einkaufen zu können. Wir sind stärker von einem funktionierenden internationalen Handelssystem abhängig und an ihm interessiert als die USA. Die Russen haben sich ja sowieso fast gänzlich vom Welthandel ausgeschlossen. Da die Amerikaner langfristig eine andere Interessenlage haben als wir, hielte ich es für problematisch, wenn wir uns immer nur an sie hängen wollten.

Aus diesem Grunde würde ich es befürworten, wenn wir die Kontakte zu den Entwicklungsländern enger gestalten und ihnen die beiderseitige Interessengleichheit klarmachen. Auf diese Weise könnte es zwischen europäischen Industrieländern und Entwicklungsländern zu einer größeren Verflechtung der wirtschaftspolitischen Ziele kommen. Das wird aber nur möglich sein, wenn wir bereit sind, entsprechende politische Entscheidungen zu treffen. Dazu brauchen wir aber einen neuen moralischen Impetus, damit Entwicklungspolitik, Politik der Zusammenarbeit mit diesen Ländern eine der großen europäischen Zukunftsaufgaben wird, übrigens nicht allein unter wirtschaftlichen, sondern auch unter moralischen Aspekten.

Bei dieser Politik mit den Entwicklungsländern haben wir es allerdings mit sehr irrationalen Voraussetzungen zu tun. Wir wissen, daß sich die Botschafter der Entwicklungsländer bei den Vereinten Nationen in New York ganz anders verhalten als diejenigen in Genf. Außerdem wechselt die Führerschaft innerhalb der Entwicklungsländer ständig. Bei der sechsten UN-Generalversammlung führten noch die Algerier. Das änderte sich mit dem Scheitern der Kléber-1-Konferenz. Die Führerschaft bei der siebten Generalversammlung lag bei Manuel Perez Guerrero, Venezuela, und Peter Lay, Malaysia. Nach den Schwierigkeiten, die Perez Guerrero mit der Gruppe der 77 hat, glaube ich nicht, daß er die Führerschaft behalten kann. Denn zwischen den 19 und den 77 waren die Spannungen viel stärker als zwischen den 19 und den 8 in Paris. Gegenwärtig bemühen sich überraschenderweise andere Länder, wie Indien oder auch Brasilien, nachdrücklich um Führungsrollen. Es scheint sich eine Achse zwischen Brasilien und Indien zu bilden, die vor dem nuklearen Hintergrund gesehen werden muß.

Bei diesem sich ständig verändernden Geschehen müssen wir auf allen Ebenen versuchen, unsere Kontakte zu verstärken. Aber wenn wir verhandeln, dann dürfen wir nicht mehr nach dem klassischen Schema vorgehen: "Nein, das gibt es nicht, weil es Geld kostet; nein, das gibt es nicht, weil wir nicht übersehen können, wohin es führt."

Sehen Sie sich in Deutschland die Diskussion über das integrierte Programm an. Der Gemeinsame Fonds für Rohstoffe wird uns als solches nichts kosten und auch den Entwicklungsländern nichts bringen. Die Kosten werden durch die Rohstoffabkommen verursacht. Die Befürchtungen in der Bundesrepublik gehen vielmehr dahin, daß damit eine Entwicklung eingeleitet wird, von der man nicht weiß, wo sie endet. Von einer solchen Angst geleitet kann man aber keine sinnvolle Politik betreiben. Wenn man in der Politik erkannt hat, daß bestimmte Dinge in Bewegung geraten, dann muß man dieser Bewegung folgen, um sie kontrollieren zu können. Das setzt aber einen entsprechenden politischen Willen voraus.

Nach den Erfahrungen der letzten UN-Vollversammlungen und auch der Pariser Konferenz nehme ich an, daß in der globalen Politik - mit allen Entwicklungsländern über alles zu sprechen - wahrscheinlich zunächst eine Pause eintreten wird. Wir sollten diese Pause nützen, um mit bestimmten Gruppen der Entwicklungsländer über Probleme, die für beide Seiten wichtig sind, zu sprechen. Das bedeutet, entweder regional oder sachspezifisch zu arbeiten. Das setzt aber unsere Bereitschaft zu einem massiven Ressourcentransfer voraus.

Die Entwicklungsländer haben geglaubt, einen Zwangsmechanismus für einen Ressourcentransfer zu finden, zumindest zugunsten einer Gruppe von Ländern. In diesem Sinne hatte das UNCTAD-Sekretariat das integrierte Programm entwickelt. Seit Nairobi vermodert jedoch dieses Programm in den Schreibtischen. Das wissen auch die Entwicklungsländer. Mit Ausnahme vielleicht der Niederlande gibt es kein Industrieland, das bereit ist, über die Produktabkommen einen Ressourcentransfer vorzunehmen. Weder die Schweden noch die Franzosen wollen mit einem Produktabkommen ihre eigenen terms of trade verschlechtern.

Ich sehe es als unsere Aufgabe an, die Ziele der Entwicklungspolitik politisch und moralisch neu zu definieren, um auf dieser Basis so schnell und beweglich wie möglich auf allen Ebenen mit den Entwicklungsländern zu verhandeln.

Narjes

Verhandeln von Gruppe zu Gruppe klingt gut. Nur, wer ist Gruppe, und wie soll das im Detail aussehen? Ich sehe da auf der einen Seite eine Gefahr für die Multilateralität der Weltwirtschaftsbeziehungen. Wenn man Großraumwirtschaften schafft oder ermutigt, die dann untereinander doch nur bilateral verkehren auf der Basis mehr oder minder bedingter Meistbegünstigung, haben wir nichts gewonnen.

Auf der anderen Seite haben wir aber ein politisches Interesse daran, die Front der 77 zu lockern. Dafür bieten sich Regionallösungen an. Nun muß die Gruppe, wie sie sich Herr Cheysson vorstellt, nicht viel anders aussehen als die, die sich Herr Giersch vorstellt. Denn der optimale Freihandelsraum wird in der Regel auch der optimale Währungsraum sein plus/minus ein paar Randstaaten. Die Konsequenz wäre, die Gruppe so offen wie möglich zu halten, wie es gerade nötig ist, um sie verhandlungsfähig zu machen, etwa im Sinne der Vorschläge von Herrn Cheysson.

Wir dürfen aber nicht verkennen, daß sich die Gruppe der 77 gegen alle Versuche, sie aufzuspalten, zur Wehr setzen wird. Eine regionale Schwerpunktstrategie, die von unserer Seite als universelles Ziel propagiert würde, löste dort so viel an Reserven, Bedenken und Vorbehalten aus, daß man sich mit uns nicht an den Tisch setzt. Solche Strategien sind nur zu verwirklichen, wenn darüber wenig gesprochen und ganz pragmatisch vorgegangen wird.

Wie können die Gruppen der Dritten Welt aussehen, was den Grad ihrer Kohäsion angeht? Herr Caspari hat gesagt, in der Schlußphase in Paris hätten sich Indien und Brasilien nach vorne gespielt. Wir beobachten seit einiger Zeit, wie eine Gruppe von etwa 20 Entwicklungsländern, die sich für technologisch fortgeschritten halten, unter Führung von Brasilien, Argentinien, Indien und Iran, regelmäßig Konferenzen abhält, offensichtlich mit dem Ziel, ihre Interessen untereinander besser abzuklären und stärker zur Geltung zu bringen. Das ist eine interessante Entwicklung, die auch für die Frage der Übertragung von Technologien von großer Bedeutung ist.

In diesem Zusammenhang nur die Frage: Ist es vorstellbar, daß wir einen zeitlich begrenzten Erziehungsprotektionismus ermutigen? Herr Löwenthal erwähnte Friedrich List. Im Lomé-Abkommen ist so etwas in Ansätzen enthalten. Können wir das noch ausbauen? Hätten wir in einem solchen

System die Möglichkeit, Entwicklungen einzuleiten, die insgesamt die Multilateralität der Weltwirtschaft fördern?

Dann zur Gruppe EG. Der innere Zustand der Gemeinschaft ist zweifellos alles andere als erfreulich. Da stimme ich Herrn Brinkhorst zu. Insbesondere ist die Frage der Erweiterung eines der traurigsten Kapitel. Das Problem liegt ja nicht in erster Linie bei Griechenland, Portugal und Spanien, sondern es liegt, was in den letzten acht Jahren deutlich geworden ist, im Verfall auch der politischen Zielsetzung der Gemeinschaft, jedenfalls wie diese ursprünglich einmal in den römischen Verträgen vereinbart war. Daran sind heute weder Paris noch London mehr interessiert. Wenn die Europäische Gemeinschaft als Gruppe handlungsfähig sein will, muß sie sich darüber Rechenschaft ablegen. Das heißt auch, daß sie, wenn sie das Ziel der politischen Vereinigung aufgibt, keine Chance mehr hat, als Gruppe nach außen hin ernst genommen zu werden und etwas zu bewirken.

Was den inneren ökonomischen Zustand angeht, so dürften weder Anpassungsmaßnahmen noch ein Ressourcentransfer in größerem Umfang denkbar sein - auch kein Marshallplan oder eine schrittweise Angleichung der Mehrwertsteuer in Europa und dergleichen Dinge mehr;- , wenn wir in der Gemeinschaft nicht zu einer politischen und wirtschaftlichen Konvergenz kommen, und zwar nicht auf dem niedrigsten, sondern auf höchstem Niveau. Es gibt aber innerhalb der Gemeinschaft kaum den Versuch, jenseits diplomatischer Konferenzen eine Abstimmung zu erreichen.

Giersch

Wenn Sie von Erziehungsprotektionismus sprechen, Herr Narjes, so bezieht sich dies wohl nur auf die armen Länder, nicht auf die reichen. Für die Bundesrepublik jedenfalls sehe ich kein sinnvolles Argument für einen Erziehungszoll. Unsere Wirtschaftspolitik ist so umfassend und im Bereich der Technologieförderung und der Regionalpolitik so weit entwickelt, daß wir auf Schutzmaßnahmen an der Grenze gut und gern verzichten können.

Narjes

Bei Erziehungszoll habe ich nur an die Dritte Welt gedacht.

Giersch

Viele Entwicklungsländer werden auf den Zoll nicht verzichten können, weil ihre Möglichkeiten zu einer effektiven Wirtschafts- und Strukturpolitik beschränkt sind; denn ihnen fehlt es an einem leistungsfähigen administrativen Apparat und insbesondere an einem funktionsfähigen Steuer- und Subventionssystem.

Donges

Wenn wir uns, wie beim Lomé-Abkommen, für eine Regionalstrategie entscheiden, setzen wir in gewisser Weise das fort, was für die Epoche der Kolonialzeit typisch war: Wir schaffen Präferenzen für eine Gruppe von Ländern und diskriminieren dafür andere Länder. Man braucht nur durch Südamerika zu fahren, um aus berufenem Munde zu hören, was man dort vom Lomé-Abkommen hält.

Ich könnte mir eine Situation vorstellen, in der wir sehr viele, wenn nicht alle wirtschaftlichen Beziehungen in zweiseitige Verträge einbinden mit dem Ergebnis, daß die große wirtschaftspolitische Errungenschaft der Nachkriegszeit, nämlich die Multilateralität des internationalen Handels, durch eine Bilateralität ersetzt wird. Wohin so etwas führt, wissen wir aus der Vergangenheit.

Wenn wir dennoch meinen, eine Regionalstrategie betreiben zu müssen, weil sie praktikabler ist und weniger Arbeit macht, oder weil man dabei schrittweise vorgehen kann, so stellt sich die Frage: Nach welchen Kriterien identifizieren wir eigentlich die Probleme, über die wir verhandeln wollen? Bisher steht als Ergebnis des Nord-Süd-Dialoges lediglich fest, daß man sich wieder treffen will, ohne aber zu wissen, worüber man verhandeln soll. Da sehe ich die Gefahr, daß hier einer Politik des Draufloswurstelns das Wort geredet wird.

Dazu zwei Beispiele. Viele Wissenschaftler meinen, der Entwicklungsprozeß in den Entwicklungsländern könne nur beschleunigt werden, wenn dort zunächst grundlegende strukturelle gesellschaftliche Veränderungen stattfinden, wobei der ganze Prozeß möglichst vom weltwirtschaftlichen Geschehen abgekoppelt sein sollte - Dissoziation heißt das neue Schlagwort. Diese Modernisierungsthese hat viele Anhänger auch in den Entwicklungsländern; aber das sind dort meist nicht die Kreise, die politische Entscheidungen fällen. Da stellt sich dann für uns die Frage: Mit welchen Gruppen wollen wir reden? Mit denen, die ihr Land erst einmal revolutionär auf den richtigen

Kurs bringen wollen, oder mit denen, die jetzt an der Regierung sind und die, wie wir wissen, den Entwicklungsprozeß ihres Landes stark an den Industrieländern orientieren?

Zweites Beispiel: Eine Gruppe von Ländern nennen wir "the most seriously affected countries". In der Öffentlichkeit macht sich bei uns kaum noch jemand bewußt, daß diese Länder nicht von den Industrieländern oder von den multinationalen Konzernen in diese Lage gebracht worden sind, sondern daß sie durch die Ölpreiserhöhungen, die andere Entwicklungsländer vorgenommen haben, in schwierige Zahlungsbilanzprobleme geraten sind. Aber von den Industrieländern wird jetzt verlangt, daß sie diese Probleme, die andere Länder verursacht haben, lösen. In diesem Sinne scheint jedenfalls die Sonderaktion der Europäischen Gemeinschaft, eine Milliarde Dollar zur Verfügung zu stellen, zu verstehen zu sein. Es ist also außerordentlich schwierig, die Probleme zu identifizieren.

Grüner

Ich sehe nach wie vor die entscheidende Schwierigkeit für unsere Strategie in der Uneinigkeit der Europäer, das heißt in der fehlenden gemeinsamen Konzeption. Ich frage mich, ob eine solche Konzeption an unüberwindlichen Differenzen in unseren Auffassungen scheitert. So wird etwa die Liberalisierung von vielen Ländern der Europäischen Gemeinschaft in Wahrheit abgelehnt. Natürlich stimmen wir durchaus darin überein, daß eine Liberalisierung nicht ohne Kontrollmechanismus ablaufen kann, aber viele Länder benutzen diesen Kontrollmechanismus, um die noch vorhandene Liberalisierung abzubauen. Das Welttextilabkommen ist ein Musterbeispiel dafür. Das ist die politische Realität.

Besteht innerhalb Europas überhaupt eine Möglichkeit, sich materiell zu einigen? Wie kann erreicht werden, daß die Gefahrensituation, in der wir uns befinden, bewußter wird, damit solche politischen Ziele gemeinsam verwirklicht werden können? Fehlt es am Engagement der verantwortlichen Politiker, die sich nicht ausreichend um diese Dinge kümmern?

Nehmen Sie das Beispiel Rohstofffonds. Wir wollen ihn nicht; andere wollen mit Sicherheit den Ressourcentransfer nicht bezahlen, selbst wenn sie heute so tun, als seien sie dazu bereit. Wie kann dieser Fonds denn aussehen, wenn er nicht untragbare Lasten mit sich bringen soll? Wie verhindern wir, daß hier bei den Entwicklungsländern Hoffnungen geweckt werden, die dann notwendig zu Enttäuschungen führen, weil der Rohstofffonds für sie nicht den erwarteten Effekt bringt?

Auch ich halte es für ausgeschlossen, bei uns einen echten Ressourcentransfer politisch durchzusetzen. Das hat nichts mit der Konjunktur zu tun, sondern entscheidend ist, daß wir diesen Ressourcentransfer gar nicht wollen. Wir deklarieren es zwar, aber jede Partei, die in der Bundesrepublik Deutschland den Versuch machen wollte, das in größerem Umfange zu realisieren, würde als Verschleuderer von Milliarden gebrandmarkt werden und die nächsten Wahlen verlieren. Abgesehen davon besteht ja in der Bevölkerung nicht ganz zu Unrecht die Befürchtung, daß diese Milliarden den betroffenen Entwicklungsländern gar nicht zu dem gewünschten take off verhelfen würden. Denn wir besitzen keinen Maßstab für die Wirksamkeit unserer Hilfeleistungen und haben andererseits keine Möglichkeit, diese Länder zu beeinflussen.

Ich frage mich deshalb, ob wir nicht versuchen sollten, einen Zwangsmechanismus ausfindig zu machen und politisch durchzusetzen, der es uns ermöglicht, den notwendigen Ressourcentransfer zu leisten. Herr Jungblut hat zu Recht auf das Beispiel der Ölpreiserhöhungen durch die OPEC-Länder verwiesen, das gezeigt hat, daß wir sehr wohl zu einem Ressourcentransfer in der Lage sind, wenn wir dazu gezwungen werden und für alle klar ist, daß kein Weg daran vorbeiführt.

Wie könnte ein solcher Zwangsmechanismus für eine europäische Strategie aussehen? Lassen Sie mich einmal ganz ins Unreine formulieren. Nehmen wir wiederum das OPEC-Beispiel. wäre es nicht denkbar, mit den Ölländern übereinzukommen, die Erdölpreise, stufenweise, weiter zu erhöhen - was ohnehin richtig wäre, weil das Öl knapp wird - und die daraus resultierenden Mehreinnahmen dann für die Entwicklungshilfe zu verwenden? Das müßte natürlich nach den Modalitäten der OPEC-Länder geschehen, die ohnehin die tragenden Säulen im Kreis der Entwicklungsländer sind. Das heißt, wir werden auf die Mittelverwendung dann wahrscheinlich keinen Einfluß haben.

Diese Überlegungen sind natürlich eine politische Utopie. Aber in dieser Richtung müßte man sich Gedanken machen; denn anders sehe ich keine Möglichkeit, den Ressourcentransfer entscheidend zu erhöhen. Das aber ist unumgänglich, wenn wir mit den Entwicklungsländern auch nur zu einer annähernden Obereinstimmung gelangen wollen.

Ich wäre daran interessiert, von Herrn Cheysson zu erfahren, welche Vorstellungen die Kommission dazu hat und worauf es zurückzuführen ist, daß wir zu keiner politischen Obereinstimmung kommen. Liegt es an unüberwindlichen politischen Gegensätzen? Haben wir bisher noch nicht alle

institutionellen Möglichkeiten genutzt, weil wir die Politiker nicht an den Tisch bringen, sondern die Fachleute reden lassen, denen es an einer Linie fehlt, die ihnen die Politiker nicht mit auf den Weg geben? Wie kann man den Ressourcentransfer organisieren, ohne die Demokratien politisch zu überfordern?

Narjes

Herr Grüner, die größten Bedenken gegen Ihren Vorschlag kommen aus dem Bundeswirtschaftsministerium selbst. Ein Ressourcentransfer, der indirekt an das Öl oder an andere Rohstoffe gekoppelt wäre, würde gerade diejenigen Länder am wenigsten begünstigen, die es am nötigsten hätten. Wenn ich mir den bisherigen Ressourcentransfer der großen Ölproduzenten ansehe, dann nehmen sie zwar gerne den Machtzuwachs hin, der ihnen aus dem zusätzlichen Kapital erwächst, aber ihre Verantwortungsbereitschaft ist relativ gering. Denn der Hauptteil der tatsächlich gezahlten - nicht der versprochenen - Mittel geht in die Randstaaten Israels und an andere politisch selektierte Empfänger, aber nicht dorthin, wo sie am meisten benötigt werden. Ich hätte also Bedenken, den Weg über die Ölstaaten zu gehen.

Altmann

Lassen Sie es mich ganz pointiert sagen: In der gegenwärtigen Situation ist die klare Motivation für eine Strategie wichtiger als alle Pläne der Fachleute. Ich betone das selbst auf die Gefahr hin, daß man mir vorwirft, ich sei für eine Ideologisierung. Aber "pragmatisch" ist heute ein Wort, das alle Leute gebrauchen, die nicht wissen, worauf es eigentlich ankommt. Wenn wir Europäer die Entwicklungspolitik und den Nord-Süd-Dialog nur als einen Streit um materielle Interessen, als einen Verteilungskampf auffassen, dann werden wir bei der Lösung der Probleme kaum weiterkommen. Die Politiker sind heute wichtiger als die Ökonomen; Fachleute allein können den Durchbruch nicht erreichen. Die Entwicklungsländer brauchen als Gesprächspartner politische Führer.

Ich sage das so pointiert, weil ich meine, daß es entscheidend auf die Motivation ankommt. Und ich stimme Herrn Brinkhorst zu, wenn er sagt, die europäische Politik sei motivationsarm geworden. Die EG krankt ja nicht an ihrer wirtschaftlichen, sondern an ihrer politischen und moralischen Schwäche. Das gleiche Problem stellt sich in den Ländern der Dritten Welt. Deshalb müssen wir uns zunächst bemühen, den universalistischen Aspekt zu artikulieren. Nur in ihm kann das Motiv, die Moralität unserer Politik deutlich werden. Ohne diese Basis lassen sich die Fachleute nur schwer zur Verantwortung ziehen.

Donges

Mit Ihrer These, Herr Altmann, daß wir in der gegenwärtigen Situation Politiker brauchen und keine Fachleute, übersehen Sie, daß die großen Durchbrüche der Vergangenheit, abgesehen einmal von der Währungsreform in der Bundesrepublik, eben nicht von Politikern konzipiert worden sind.

Das Beispiel der Europäischen Gemeinschaft sticht hier nicht; denn die Politiker wollten die politische Union, zu der die Wirtschaftsgemeinschaft, über die viele Ökonomen schon sehr viel früher nachgedacht hatten, nur eine Vorstufe sein sollte. Ich darf Sie weiter an die "große" politische Entscheidung zur Beerdigung des Bretton-Woods-Systems erinnern. Auch dort waren es nicht Politiker, sondern Ökonomen, die sich schon frühzeitig, jedenfalls in der Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten, über ein besseres Weltwährungssystem Gedanken gemacht hatten, während sich die Politiker überfordert fühlten, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Dies sei nur angemerkt, damit wir uns nicht allzu viele Hoffnungen machen oder allzu großen Illusionen hingeben, wozu Politiker, wenn sie auf Entscheidungshilfen der Fachleute verzichten, in der Lage sein könnten.

Die Ausführungen von Herrn Grüner sind dafür bezeichnend. Seine Diagnose kommt den Realitäten viel näher, wenn er sagt, bestimmte Dinge wollen wir gar nicht, und sie sind politisch auch nicht durchführbar. Vor einem solchen Hintergrund ist es wichtig, daß bei den Bemühungen um eine Verbesserung des weltwirtschaftlichen Systems möglichst wenige politische Eingriffe vorgenommen werden. Ich habe jedenfalls den Eindruck, daß die gegenwärtige Diskussion um die Weltwirtschaftsordnung unter der Politisierung wirtschaftlicher Zusammenhänge leidet.

Inwieweit sollen ökonomische Tatbestände bei der künftigen Regelung der weltwirtschaftlichen Beziehungen überhaupt eine Rolle spielen? Wenn ich mir Herrn Altmann so anhöre, offenbar keine. Wahrscheinlich sind sie zu komplex, zu schwierig und würden eben nur stören.

Bezeichnend dafür ist die Diskussion über das integrierte Rohstoffprogramm - über Rohstoffabkommen wird ja schon seit Ende des Zweiten Weltkrieges diskutiert. Man überlegt bei

internationalen Verhandlungen, welcher Mechanismen es bedürfe, um die relativ stark schwankenden Rohstoffpreise zu stabilisieren. Dabei wird mehr oder weniger implizit unterstellt, daß wir durch eine Preisstabilisierung der Forderung der Entwicklungsländer nach möglichst stetigen Devisenerlösen gerecht werden.

Die Preisstabilisierung soll also zu einer Erlösstabilisierung führen. Gerade das ist aber meist nicht gewährleistet. Das wäre nur dann der Fall, wenn die Preisschwankungen nachfragebedingt sind, wenn somit Preisschwankungen bei Kupfer, Kautschuk oder bei anderen Rohstoffen mit den Konjunkturschwankungen in den wichtigsten Abnehmerländern zusammenhängen. Wenn die Preisschwankungen dagegen angebotsbedingt sind - bei landwirtschaftlichen Produkten etwa bewirkt durch Klimaeinflüsse oder Naturkatastrophen oder aufgrund verspäteter Reaktionen der Investoren - führt eine Preisstabilisierung nicht zur Erlösstabilisierung. Im Gegenteil, die Devisenerlöse werden dann noch stärker schwanken als vorher.

Schauen wir uns nun die 10 Rohstoffe des integrierten Rohstoffprogramms an, so dürften die Preisschwankungen lediglich bei Kupfer nachfragebedingt sein. Bei allen anderen Rohstoffen würden wir das angestrebte Ziel vermutlich nicht erreichen. Diese Situation spricht für Mechanismen, die direkt auf eine Erlösstabilisierung abzielen, wie es etwa mit Stabex und dem Internationalen Währungsfonds gewollt ist.

Herr Grüner hat sich dann sehr pessimistisch zu den Möglichkeiten eines Ressourcentransfers geäußert. Offenbar sehen Sie nur dann eine Chance für diesen Ressourcentransfer, wenn er nicht offen ausgewiesen ist, von der Öffentlichkeit also nicht erkannt wird. Sie erwähnten das Beispiel OPEC. Möglicherweise läßt sich der Ressourcentransfer erhöhen, wenn wir auch bei anderen Rohstoffen die Kartellisierungsfähigkeit verbessern. Es spricht natürlich vieles gegen Kartelle, und ich glaube auch nicht, daß solche Kartelle zustande kommen werden, weil es bei den meisten Rohstoffen an den dafür notwendigen Voraussetzungen fehlt. Einen Vorteil hätten Kartelle aber gegenüber allen anderen rohstoffpolitischen Vorschlägen, insbesondere gegenüber dem integrierten Rohstoffprogramm: Sie sind - gesamtwirtschaftlich gesehen - billiger, weil sie keine

Taus

Ich gebe Ihnen recht, Herr Donges, daß Kartelle normalerweise keine Überschüsse produzieren. Rohstoffkartelle der Entwicklungsländer müssen jedoch nach anderen Kriterien beurteilt werden. Wenn sich dort ein System herausbildet, das auch nur entfernt den Milchmarktordnungen der EG gleicht, werden solche Kartelle doch Überschüsse produzieren.

Donges

Die Milchproduzenten im EG-Bereich wissen, Herr Taus, daß ihnen ihre Überschüsse abgenommen werden. Mitglieder von Rohstoffkartellen jedoch können nur dann einen erhöhten Preis auf dem Weltmarkt durchsetzen, wenn sie das Preiskartell durch ein Mengenkartell abstützen. Sie müssen also dafür sorgen, daß sie nicht mehr produzieren, als der Markt zu dem erhöhten Preis abnimmt. Deshalb wird es bei Kartellen nicht zu Überschüssen kommen im Unterschied zu Marktordnungen der Art, wie wir sie vom europäischen Agrarmarkt her kennen oder im Rahmen der UNCTAD diskutieren.

Taus

ökonomisch gesehen mögen Sie recht haben. Ich befürchte nur, daß dann Bufferstocks eingebaut werden. Das klingt ja schon gelegentlich an.

Donges

Das geht doch nur, wenn die Verbraucherländer mitmachen.

Taus

Die werden mitmachen.

Ober die Strategie, nach der man vorgehen soll, ist sich aber offenbar niemand im klaren. In Österreich sang Qualtinger vor einigen Jahren ein populäres Lied, das den Refrain hatte: "Ich weiß zwar nicht, wo ich hinfahre,, dafür bin ich früher dort." In einer solchen politischen Situation befinden wir uns heute mit der Entwicklungshilfe, und da muß man vielleicht auch einmal etwas riskieren.

Was notwendig wäre, ist beispielweise eine spektakuläre Aktion der Europäischen Gemeinschaft. Ich denke etwa an die Gründung einer speziellen Institution - das könnte eine Bank oder eine

Versicherung sein;- , die das politische Risiko bei bestimmten Entwicklungsprojekten teilweise übernimmt, sagen wir 20, 30 oder 40 Prozent, und international abdeckt. Mit einer solchen internationalen Aktion würde man zumindest demonstrieren, daß man bereit ist, etwas zu tun. Das könnte dann auch die Realisierung der nationalen Programme erleichtern und bewirken, daß nationale Unternehmungen von sich aus Initiative ergreifen.

Ohne das Wirken der Weltbank verkennen zu wollen, dürfte eine globale Strategie des Westens viel schwieriger durchführbar sein als eine regionale. Eine Institution, wie sie von mir vorgeschlagen wird, würde der Diskussion gewissermaßen eine neue Dimension geben, wenn wichtige Industriestaaten gemeinsam vorgehen.

Der Gedanke von Herrn Jungblut, eine Art Marshallplan für die Entwicklungsländer aufzustellen, ist sicher faszinierend. Dabei gebe ich allerdings zu bedenken: Seinerzeit haben die USA, ein großes, reiches Industrieland, von sich aus vielen notleidenden Industrieländern Hilfe gewährt auf der Grundlage eines bestimmten politischen Konzepts. Ich bezweifle, ob sich dieses Konzept auf die heutige Situation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern übertragen läßt. Die Idee eines Marshallplanes könnte uns auf eine falsche Spur führen, denn die Voraussetzungen sind jetzt völlig andere.

Alle diese Überlegungen gelten aber nur für jene Entwicklungsländer, in denen bereits bestimmte Projekte realisiert werden. Sie gelten nicht für Länder, die um das reine Überleben kämpfen. Da handelt es sich dann um humanitäre Fragen. Wenn es wirklich brennt, sollte man echte Hilfe leisten. Wenn es aber um neue Institutionen geht, dann können und dürfen diese nur nach ökonomischen Gesichtspunkten arbeiten.

Jungblut

Bei dem ganzen ideologischen Streit vor allem um die Rohstofffrage wird viel zu wenig darüber nachgedacht, wie letzten Endes die materiellen Ergebnisse aussehen können. Es besteht die Gefahr einer großen Enttäuschung, wenn sich über kurz oder lang herausstellt, daß die Regelungen, die in den nächsten Monaten möglicherweise getroffen werden, außerordentlich schädliche Wirkungen haben und der Nutzen für die Dritte Welt, den man sich davon versprochen hat, nur sehr gering ist.

Selbst wenn man über höhere Rohstoffpreise, zum Beispiel über das integrierte Rohstoffprogramm oder über die von der Bundesregierung vorgeschlagene Erlösstabilisierung etwas erreichen könnte, würde der materielle Effekt relativ gering sein, und zwar aus zwei Gründen. Erstens fragt es sich, welche zusätzlichen Mittel überhaupt verfügbar sein werden. Denn die Gefahr besteht, daß Mittel, die dafür aufgebracht werden müssen, an anderen Stellen wieder abgezogen werden, ähnlich wie wir das bei dem jetzt vorgeschlagenen Milliardenprogramm konstatieren. Alle Länder sind sich eigentlich darin einig, daß diese Zahlungen an anderer Stelle kompensiert werden müssen, so daß der Nettoeffekt relativ bescheiden sein wird. Sie schütteln den Kopf, Herr Hesse. Ich fürchte, so wird die Praxis aussehen. Denn woher sollen die Mittel sonst kommen?

Bei dem Rohstofffonds, oder was immer sonst man macht, muß man außerdem berücksichtigen, daß ein großer Teil der Mittel, die in den Fonds fließen, dadurch gebunden wird, daß wir wieder einmal riesige internationale Institutionen aufbauen, die ihre Eigendynamik entwickeln und vor allem Kosten verursachen. Entsprechend wird sich der Betrag, der für die Entwicklungshilfe effektiv übrigbleibt, verringern.

Ein zweiter wichtiger Punkt kommt bei der Rohstofffrage hinzu. Nur wenige Länder werden von den bescheidenen Ergebnissen wirklich profitieren. Die meisten Entwicklungsländer werden von den neuen Lösungen im Gegenteil stärker belastet werden, ähnlich wie das beim Öl der Fall war und ist. Diesen Tatbestand müßte man sehr viel deutlicher machen, als das bisher geschehen ist, um späteren Enttäuschungen vorzubeugen. Auch das muß zur Strategie des Westens gehören.

Deshalb bin ich der Meinung, daß die größte entwicklungspolitische Wirkung immer noch von den direkt gewährten finanziellen Hilfeleistungen ausgeht. Die Frage ist nur, wie man sie aufbringen kann. Herr Brinkhorst hat angeführt, daß die Möglichkeiten, die Hilfe zu verstärken, bei uns aufgrund der gegenwärtigen konjunkturellen Lage zur Zeit außerordentlich begrenzt seien. Ich bin nicht sicher, ob das stimmt. Denken Sie daran, daß bei uns im Augenblick sehr viele Produktionsfaktoren nicht beschäftigt sind. Diese ließen sich durchaus in den Dienst der Entwicklungshilfe stellen, wenn man einen Weg finden würde, um die Finanzierung zu sichern.

Die direkte Hilfe bringt also möglicherweise für beide Seiten Vorteile: Einerseits helfen wir den Entwicklungsländern, andererseits lasten wir bei uns Beschäftigungsmöglichkeiten aus, wobei die technische Abstimmung sicher nicht ganz einfach ist. Ich sehe hier jedenfalls größere Möglichkeiten

der Entwicklungshilfe als in den Vorschlägen, die momentan im NordSüd-Dialog vornehmlich diskutiert werden.

Brinkhorst

Ich sprach von der politischen Unmöglichkeit. Wirtschaftlich sehe ich durchaus Chancen. Da stimme ich Ihnen zu.

Jungblut

Wir müssen einen Mittelweg finden, wie wir einerseits die politische Schwierigkeit oder sogar Unmöglichkeit überwinden können, aus den öffentlichen Haushalten zusätzliche Mittel zu beschaffen, und wie wir andererseits vermeiden, wovor Herr Giersch gewarnt hat, nämlich die Lösung über die Sonderziehungsrechte und ähnliche Dinge zu suchen, was die internationale Inflation anheizen würde. Der Mittelweg könnte darin bestehen - ich erwähnte es bereits;- , daß man Sonderfonds einrichtet, deren Mittel beispielsweise durch einen Zuschlag zur Mehrwertsteuer oder durch bestimmte Rohstoffsteuern aufgebracht werden. Diese Gelder werden zwar vom Parlament beschlossen, darüber darf dann aber nur noch für den Zweck der Entwicklungshilfe verfügt werden.

Auf diese Weise ließen sich einerseits die Mittel aufbringen, über die wir aus den bekannten politischen Gründen bisher nicht verfügen. Andererseits könnten diese Mittel dann wieder im Inland Verwendung finden, um hier die Beschäftigung zu fördern, indem brachliegende Produktionsfaktoren sinnvoll für die Entwicklungshilfe genutzt werden.

Hiß

Offenbar stimmen viele Diskussionsredner darin überein, daß der Nord-Süd-Dialog die Europäische Gemeinschaft in einem Augenblick der inneren Schwäche trifft. Innerhalb der Gemeinschaft ist man unsicher, welcher Weg gesellschafts- und wirtschaftspolitisch eingeschlagen werden soll. Der soziale Konsens in den einzelnen Mitgliedsstaaten über diese Frage ist in den letzten Jahren geringer geworden. Die politische und ökonomische Divergenz innerhalb der Gemeinschaft hat zudem den Eindruck verstärkt, daß sich die Lasten, die sich möglicherweise aus dem Nord-Süd-Dialog ergeben, nur sehr schwer gleichmäßig auf die verschiedenen Schultern verteilen lassen.

Dies alles hat den Manövrierspielraum der Gemeinschaft eingeschränkt und ihre Verhandlungsstärke vermindert in einem Augenblick, wo sie besonders verhandlungsstark hätte sein müssen. Mit anderen Worten: Wenn wir unsere Verhandlungsposition im Nord-Süd-Dialog, der ja nicht zu Ende ist, verbessern wollen, kommen wir nicht umhin, zunächst mit den innergemeinschaftlichen Problemen fertig zu werden.

Eine weitere Schwäche der Gemeinschaft - verglichen mit anderen Wirtschaftsräumen - liegt, wie Herr Fritsch sagte, darin, daß sie nicht über genügend Rohstoffe und Energie verfügt. In diesem Zusammenhang erwähne ich auch die Formel von Herrn Fritsch: Reduktion von Komplexität der Probleme durch Macht. Wir müssen die Probleme ja in einem System der weltweiten Machtverteilung sehen; die politische Macht ist in unserer heutigen Epoche ganz anders verteilt als im Zeitalter der Dominanz der europäischen Mächte oder der überlegenen Vorrangstellung der USA und der Sowjetunion. In diesem sehr pluralistischen System sind auch die Problemlösungen ungleich schwieriger geworden, weil die Komplexität der Probleme nicht mehr unterdrückt werden kann. Dieser "Nachteil" wird noch nicht dadurch aufgewogen, daß Lösungen, die man in einem solchen System findet, möglicherweise eine größere Stabilität aufweisen als Lösungen, die in einem System mit einseitig verteilter Macht zustande kommen. In letzterem besteht ja die Lösung darin, daß ein Teil der Probleme durch Repression vom Tisch geschafft, also nicht eigentlich gelöst wird.

Jetzt aber ein Wort auch zu unseren Stärken. Ich erwähne zum einen die technische Intelligenz, über die die Industrieländer verfügen und die sie in die Waagschale werfen müssen, um die Schwäche, die sie in der Ausstattung mit naturalen Ressourcen aufweisen, weitgehend zu kompensieren. Zum anderen könnte unsere Stärke auch darin bestehen, daß wir in Europa das Verhältnis von Macht und ökonomischem Gesetz schon etwas besser durchdacht haben, als das vielleicht in anderen Bereichen der Welt der Fall ist.

Wir werden allerdings nicht umhin können, uns mit der Knappheit der Ressourcen weit mehr auseinanderzusetzen, als das in den letzten Jahren der Fall war. Wenn die Politiker unter dem Zwang stehen, das Notwendige möglich zu machen, dann müssen die Fachleute ihnen aufzeigen, wo die geeigneten Lösungen liegen; und sie müssen ihnen deutlich machen, wo Lösungen nur dann zu

erreichen sind, wenn wir zu einem Ressourcentransfer bereit sind, den wir uns eigentlich weniger denn je leisten können.

Deshalb wende ich mich dagegen, Herr Caspari, wenn Sie so den Eindruck erwecken, als ob gewisse Haltungen, die die Bundesregierung in den Fragen der Rohstoffpolitik einnimmt, kleinkariert seien. Ich habe die Position der Bundesregierung beispielsweise im Hinblick auf den Gemeinsamen Fonds immer so verstanden, daß sie getragen ist von der Sorge, wir würden zu einem Zeitpunkt, wo wir dem Weltwirtschaftssystem zu einer besonderen Funktionsfähigkeit verhelfen müßten, zurückfallen in Lösungen, die mit großer Wahrscheinlichkeit die Disfunktionalitäten erhöhen. Von daher sind auch unsere Vorschläge zur Erlösstabilisierung zu verstehen, die wir für eine geeignetere Lösung halten als die Rohstoffabkommen.

Eines möchte ich abschließend unterstreichen: Wir können nicht den moralischen Impetus gegen ökonomische Gesetze ausspielen. Im Gegenteil. Die ökonomischen Gesetze müssen um so stärker ins Auge gefaßt werden, als ihre Beachtung uns wieder zu der Manövrierfähigkeit verhilft, die wir brauchen, wenn wir Lösungsräume erschließen wollen. Daher müssen wir die öffentliche Meinung stärker, als es bisher geschehen ist, darauf vorbereiten, was von uns eines Tages im Zeichen des Nord-Süd-Dialogs möglicherweise an "Opfern" verlangt werden könnte. Ich sage das mit großer Zurückhaltung; denn es ist ja kaum zu erwarten, daß das Anspruchsniveau in den Industrieländern in absehbarer Zeit zugunsten eines Ressourcentransfers erheblich gesenkt werden könnte.

Narjes

Sie sagen, Herr Hiß, es sei die Aufgabe der Politiker, das Notwendige möglich zu machen. Das ist sicher richtig. Wenn wir in der Politik nur verlässlicher wüßten, was das Notwendige ist.

Caspari

Ich habe nicht gesagt, Herr Hiß, daß das Verhalten der Bundesrepublik in der Frage des Gemeinsamen Fonds oder der Rohstoffabkommen kleinkariert ist. Vielmehr wollte ich zum Ausdruck bringen, daß kaum jemand in der Welt an die Verwirklichung eines Gemeinsamen Fonds in der Form denkt, wie sie in Deutschland Basis der Diskussion ist. Der Gemeinsame Fonds, der eingerichtet wird, hat entweder überhaupt kein Eigenkapital oder nur ein sehr beschränktes oder nur Ziehungsrechte auf andere Finanzinstitutionen in bestimmten Situationen. Sie kennen ja die amerikanischen Vorstellungen dazu.

Hiß

Aber dahin mußte die Diskussion erst einmal geführt werden.

Caspari

Dahin haben aber diejenigen die Diskussion geführt, die darüber debattiert haben, und nicht diejenigen, die den Vorschlag von vornherein als indiskutabel ablehnten.

In der Frage der Produktabkommen habe ich die deutsche Position bisher so verstanden, daß man gegen Diskussionen und Verhandlungen über diesen Punkt eingestellt ist, weil man sagt: Wenn man erst einmal anfängt darüber zu reden, ist nicht absehbar in welche Zwangsläufigkeiten man später gerät. Möglicherweise kommt man dann doch zu Lösungen, die dem ursprünglichen Vorschlag des UNCTAD-Sekretariats entsprechen. Dazu habe ich versucht klarzumachen, daß wir in der Phase, in der wir uns jetzt befinden, weder die Diskussion noch Verhandlungen darüber verweigern können, nur weil wir nicht wissen, worauf das später einmal hinausläuft. Wir müssen solche Risiken auf uns nehmen.

Wir können nur dann unvernünftige Vorschläge abwehren und vernünftige voranbringen, wenn wir zu einer beweglichen Strategie bereit sind. Wir sollten nicht unhaltbare Positionen bis zur letzten Minute verteidigen, um sie dann doch fallenzulassen. Dann kommen wir nämlich in den Geruch: Wenn man uns nur genügend unter Druck setzt, werden wir schließlich doch kapitulieren. Eben aus diesem Grunde auch beurteile ich den Pariser Nord-Süd-Dialog als positiv, weil man dieses Mal, wie aus dem Kommuniqué zu ersehen ist, nicht kapituliert hat, weder die eine, noch die andere Seite.

Narjes

Herr Caspari, Sie wären als Unterhändler in den Verhandlungen nicht so weit gekommen, wenn Ihnen von den Regierungen nicht so viel Rückhalt geboten worden wäre. Nur dank der Zurückhaltung in den Hauptstädten haben Sie die erreichten Kompromisse erzielen können. Das sollten Sie keineswegs

geringschätzen. Die Flexibilität ist eine Sache der Staatskunst der beteiligten Regierungen und nicht unbedingt eine Frage der Ökonomie.

Wegener

Neben den strategischen spielen auch die taktischen Fragen eine große Rolle, und gerade diese sind von uns in den bisherigen weltwirtschaftlichen Auseinandersetzungen so sehr vernachlässigt worden, daß unsere Gesamtposition dadurch erheblich beeinträchtigt worden ist. Nicht nur die Europäische Gemeinschaft, sondern die westlichen Industriestaaten insgesamt haben es fertiggebracht, daß ihnen ihre verhandlungstaktischen und -psychologischen Unbeholfenheiten als schlechter politischer Wille angelastet worden sind. Dabei geht völlig unter, daß wir seit 1974, also seit Beginn der jetzigen Verhandlungsrunde, erhebliche Leistungen erbracht haben.

Welches Bild bieten denn die Industriestaaten? Die Delegationen treffen, ohne gemeinsam ein hinreichendes Hilfsszenario erarbeitet zu haben, in New York oder Genf, oder wo immer die Konferenzen stattfinden, ein. Was sie vortragen, ist eine rigide, in der Problematik verkürzte Position. Der Vorbereitungsprozeß läuft zu spät an und ist so wenig flexibel gestaltet, daß jede Wendung in der Verhandlung sofort zur Ratlosigkeit führt.

Es wird auch in den taktischen Punkten grundsätzlich defensiv gedacht. Dabei wäre eine taktische Offensive die notwendige Ergänzung zu dem, was Europa und der Westen in dieser Phase tatsächlich anzubieten haben. Wir haben uns nie die Mühe gemacht, die Forderungen der Entwicklungsländer einmal im einzelnen zu analysieren. Wir hätten dann feststellen können, daß viele Dinge relativ einfach zu realisieren wären und uns verhältnismäßig wenig kosten würden - Struktur-, ordnungs-, finanzpolitisch;- , während sie gleichzeitig eine günstige psychologische Wirkung auf die Entwicklungsländer ausgeübt hätten.

Zur Verhandlungspsychologie gehört natürlich auch, wie Herr Caspari hervorgehoben hat, daß man sich rechtzeitig Rechenschaft darüber ablegt, ob Positionen haltbar sind oder nicht. Für uns, die wir an der Verhandlungsfrente standen, war bereits längst vor Nairobi klar, daß es einen Gemeinsamen Fonds geben würde. Aber wir haben in eklatanter Weise den Moment verstreichen lassen, wo man noch eigene Interessen mit ins Spiel bringen und eine sinnvolle Gegenposition hätte aufbauen können.

Damit liegt es überhaupt im argen: Es herrscht zu wenig offensiver Wille, auch einmal das eigene Konzept zu vertreten und in Gegenentwürfen zu präsentieren. Wir sitzen in den Verhandlungen gebannt wie das Kaninchen vor der Schlange und fürchten, daß die Entwicklungsländer neue Forderungen erheben. Worauf es ankommt ist, daß wir unsere Instrumente schärfen und die Entscheidungsmechanik gerade auch innerhalb der Gemeinschaft verbessern. Insbesondere müssen wir mit der Vorbereitung früher anfangen. Ich rede einer werbenden Selbstdarstellung, einer offensiven Taktik das Wort, da wir in beklagenswerter Weise zu Leistungen größeren Umfangs noch nicht fähig sind.

Thorn

Über die Vorbereitungen oder Nichtvorbereitungen der Gemeinschaft auf den Nord-Süd-Dialog könnte ich eine ganze Menge sagen, Herr Wegener. Doch dazu nur soviel: Man hat damit durchaus nicht zu spät, sondern schon sehr frühzeitig begonnen. Aber aus eben den Gründen, die Sie anführten, wollten einige Mitglieder über dieses Thema bis zum letzten Augenblick nicht reden, wie Herr Brinkhorst bestätigen könnte. Herr Cheysson hatte immer wieder Gespräche über diese Problematik gefordert, aber man lehnte ab, aus Angst etwas zu verlieren.

Das ist das Problem der Gemeinschaft: Wie kann man miteinander diskutieren und im Rat der 9 - morgen im Rat der 12 - eine Verhandlungsbasis erreichen? Da verläßt einer den Raum und gibt vor der Presse aufsehenerregende Erklärungen ab, daß nicht er, sondern der andere an allem Schuld ist. So kann man nicht miteinander verhandeln, und deshalb geraten wir alle naslang in eine Situation der Unterlegenheit.

Giersch

Ich hatte mich dafür ausgesprochen, daß die Europäische Gemeinschaft im Rahmen der bedingten Meistbegünstigung bei freiem Zugang für weitere Teilnehmer zusätzliche Möglichkeiten der Kooperation und des freien Handels eröffnet und anbietet. Das Prinzip der bedingten Meistbegünstigung weist zwar nicht jene Klarheit und Universalität auf, die die unbedingte Meistbegünstigung auszeichnet. Aber es ist ein Prinzip für den Anfang, das positiv zu beurteilen ist, wenn es einen dynamischen Prozeß auslöst, also den Zugang weiterer Länder zu solchen

Arrangements ermöglicht. Dann machen zwei oder drei den Anfang, und wenn sie Erfolg haben, schließen sich andere an, so wie es sich bei der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft gezeigt hat. Macht man dagegen zur Bedingung, daß sich alle potentiellen Mitglieder vorher einigen, dann ist kaum jemals ein Anfang möglich.

Ich bezeichne deshalb die bedingte Meistbegünstigung als ein Prinzip des offenen Clubs, und zwar derjenigen, die bereit sind, in bestimmten Bereichen zusätzlich zu kooperieren, sei es im Ressourcentransfer, bei der Öffnung der Märkte oder im Technologietransfer. Stellt sich der Erfolg ein, werden sich andere anschließen. Später können sich dann die Kooperationsräume ausdehnen. Die Mitglieder verschiedener offener Clubs mögen identisch sein, aber sie müssen es nicht. Welche Länder jeweils in Betracht kommen, weiß ich nicht. Deshalb muß man es eben versuchen.

Herr Dondelinger hat uns deutlich gesagt, daß die Ökonomen im Prophezeien so schlecht sind wie die Meteorologen. Infolgedessen haben manche Ökonomen das Prophezeien zugunsten des "Trial and Error"-Prinzips aufgegeben. Ich stehe auf dem Standpunkt: Laßt uns beginnen, dann wird man sehen, wie weit man kommt. Allerdings muß der Initiator ein Gespür dafür haben, in welche Richtung der richtige Weg durch den Nebel der Ungewißheit führt. Im übrigen: Je vielgestaltiger die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zu der übrigen Welt sind, um so geringer ist die Gefahr, daß man uns anklagt, eine Art EG-Imperialismus zu praktizieren.

Worauf es mir ankommt, ist ein tastendes Vorgehen auf einzelnen Gebieten im Rahmen eines Gesamtkonzepts, in das sich die einzelnen Versuche einfügen. Das Prinzip der bedingten Meistbegünstigung hat hierbei den Vorteil, daß es vielfältige Versuche ermöglicht, von denen der eine oder andere einen dynamischen Prozeß einleiten kann. Es sind Experimente mit begrenztem Risiko. Das Prinzip der unbedingten Meistbegünstigung dagegen zielt von vornherein auf den idealen Endzustand. Es beschreibt eine utopische Lösung, die auf kurze und mittlere Sicht keine Chancen hat und deshalb nicht die Möglichkeit bietet, aus Erfahrungen zu lernen.

Cheyssou

Wie Herr Hiß unterstrichen hat, stimmen wir alle darin überein, daß wir sämtliche Dialogmöglichkeiten nützen müssen, daß es also keine Alternative zwischen Gesprächen auf Weltebene und solchen mit spezifischem Inhalt gibt. Nach dem, was Herr Narjes gesagt hat, sollten wir nicht von Diskussionen zwischen Blöcken sprechen, denn die Blockbildung soll ja gerade vermieden werden. Wenn sich eine Gruppe bildet, um ein bestimmtes Thema oder ein Bündel von Themen zu behandeln, so hat dies meiner Meinung nach aus spezifischen Gründen zu geschehen. Das brauchen nicht nur regionale Gründe zu sein, sondern auch andere Elemente können den Anlaß zu verschiedenartigen Einteilungen geben. Wenn wir die Kritik, die einige der Teilnehmer hier befürchten, vermeiden wollen, müssen wir entsprechend den jeweils behandelten Themen verschiedene Kategorien schaffen.

Um zu zeigen, daß dies keine rein theoretische Überlegung ist, lassen Sie mich einige Beispiele aus dem begrenzten politischen Rahmen der Gemeinschaft anführen. Ein Land, daß zur Gruppe der AKP-Staaten, also zur Lomé-Gruppe gehört, kann zugleich der euro-arabischen Gruppe angehören, die eine ganz andere Zielsetzung verfolgt. Der europäisch-arabische Dialog hat im Hinblick auf die Situation im Nahen Osten eine grundlegende politische Zielsetzung. Ein solches AKP-Land kann gleichzeitig Mitglied des Commonwealth sein und sich aufgrund der Sprache und der Vergangenheit zusammen mit anderen Ländern der Dritten Welt zusammenschließen; um mit einem Land der Europäischen Gemeinschaft über eine Reihe von Problemen zu sprechen. Zugleich finden sich die AKP-Länder in anderen Gruppierungen wieder, beispielsweise in der Organisation für Afrikanische Einheit und der SELA in Lateinamerika. Diese zahlreichen unterschiedlichen Gruppierungen eröffnen uns ernsthafte Arbeitsmöglichkeiten, ohne daß wir uns der Kritik aussetzen, Zwietracht zu säen.

Das, was man angesichts solcher Gruppierungen kritisiert, Herr Donges, beeindruckt mich überhaupt nicht; denn das hängt jeweils davon ab, ob ein Land der Gruppierung angehört oder nicht und ob es die Hoffnung hat hineinzukommen. Die Kritik Großbritanniens an der Europäischen Gemeinschaft ist uns noch gut in Erinnerung. Sie hörte an dem Tag auf, an dem Großbritannien an dem Beitritt interessiert war. Während man in Lateinamerika die Politik von Lomé kritisiert, sind die Karibischen Inseln, die selbst zu Lateinamerika gehören, ungemein zufrieden über diese Politik. Deshalb glaube ich nicht, daß dieser Kritik eine besondere Bedeutung beizumessen ist. In dieser Beziehung besteht ein wichtiger Unterschied zwischen Yaunde und Lomé, Herr Dondelinger. Denn Lomé wendet sich an Gruppen, die in regionaler Hinsicht eine gewisse Homogenität aufweisen.

Eine zweite Bemerkung: Die Gemeinschaft ist ein Vorzugspartner für derartige Gebilde, sie ist von den Industrieregionen die einzige, die nicht des Imperialismus bezichtigt werden kann. Unsere politische Schwäche ist ein Vertrauenselement in unseren Beziehungen zu den Gruppen, mit denen wir in dem

einen oder anderen Rahmen sprechen. Was mir aber sehr viel wichtiger erscheint und was für mich ein Ziel des Aufbaus der Gemeinschaft ist: Jedem unserer Länder wird die Möglichkeit gegeben, sich in einer gewissen Unabhängigkeit, in einer gewissen kulturellen Identität darzustellen und zu entwickeln, wobei ich kulturell hier im chinesischen Sinne verstehe. Gerade dies ist das Hauptanliegen der meisten Länder der Dritten Welt, die auf eine Kultur zurückblicken, auf eine Gesellschaft mit eigener Geschichte und Religion.

Die Unabhängigkeit im wahrsten Sinne des Wortes scheint mir eines der Antriebsmomente gegen die Gefahren der Hegemonie zu sein, die in diesem oder jenem Teil der Dritten Welt in Erscheinung treten. In bezug auf dieses grundlegende Streben nach kultureller Identität übt die Gemeinschaft eine Anziehungskraft aus und sollte beispielhaft sein. Dabei denke ich sowohl an Europa als auch an unsere Beziehungen zur Dritten Welt. Das muß in der Politik, die wir in der Gemeinschaft verfolgen, zum Ausdruck kommen.

Ich fand es interessant, daß hier im Rahmen des Nord-Süd-Verhältnisses, als die Rede auf die künftige Taktik kam, das Thema Energie angeschnitten und das Streben nach Autonomie im Hinblick auf den Entscheidungsprozeß im Energiebereich betont wurde. Das ist für die Europäer in der Tat ein grundlegendes Problem. Aber es ist aufschlußreich, daß Sie diesen Punkt aufgegriffen haben, als Sie vom Süden sprachen. Denn an diesem Punkt läßt sich unsere Fähigkeit zur Unabhängigkeit, zur Blockfreiheit sehr gut aufzeigen. Ich will hier nicht auf die chinesische Theorie zurückgreifen, nach der es nicht drei, sondern nur zwei Welten gibt: Die beiden Supermächte auf der einen Seite und der Rest der Welt auf der anderen Seite, also diejenigen, deren Unabhängigkeit von ersteren bedroht ist. Aber bei bestimmten Themen ist diese Theorie durchaus sinnvoll, und für diese Themen sind wir der bevorzugte Partner für die Dritte Welt.

Was unsere Handlungen angeht, so muß man zwischen der Kritik, die sich gegen die Positionen, die wir beziehen, und der Kritik, die sich gegen unsere Handlungsfähigkeit aufgrund dieser Positionen richtet, unterscheiden. Es stimmt nicht, daß wir keine, beziehungsweise zu spät Initiativen ergreifen. So ist das System der allgemeinen Präferenzen - eine grundlegende Forderung der Dritten Welt - zuerst von der Gemeinschaft eingeführt worden. Auch bei der Sonderaktion für die von der Krise besonders betroffenen Länder ist die Gemeinschaft vorangegangen. Zur ersten Tranche, die drei Milliarden Dollar ausmachte, haben die Amerikaner nicht einen Cent beigesteuert. Auch mit der Politik von Lomé haben wir, wie alle Welt weiß, die Initiative ergriffen. Die Schwierigkeit besteht darin, daß wir in der Gemeinschaft zwar Initiativen ergreifen, ohne aber handeln zu können; denn dafür bedürfte es der Übereinstimmung der

neun Mitgliedsländer, die nicht zu erreichen ist, noch dazu in der gegenwärtig schwierigen Lage.

Herr Hiß hat bereits darauf hingewiesen, daß unsere wirtschaftlichen und finanziellen Mittel beschränkt sind, insbesondere im Hinblick auf die Erweiterung der Gemeinschaft. Das ist in der Tat ein äußerst schwieriges Problem; denn ich sehe keine Möglichkeit - und da wende ich mich an Herrn Grüner, der mir eine entsprechende Frage stellte;- , diese finanziellen und ökonomischen Mittel mit solchen Kunstgriffen herbeizuzaubern, daß unsere Staatskassen und unsere Steuerzahler davon nicht betroffen werden. Herr Jungblut sprach von einer Steuer auf Energie oder auf Rohstoffe. Aber ob diese Steuer nun direkt an die Dritte Welt gezahlt wird oder erst in unsere Haushalte fließt, die dann ihrerseits entsprechende finanzielle Leistungen erbringen, läuft auf das gleiche hinaus. Auf jeden Fall handelt es sich um eine zusätzliche Belastung unserer Steuerzahler.

Herr Grüner fragt, ob man nicht aus den steigenden Erdöleinkünften einige Beträge direkt an die Dritte Welt weiterleiten könnte. Ich halte das für völlig unmöglich. Ich glaube, daß sich die Erdölpreise schließlich an dem Preis für Ersatzenergien orientieren werden. Es geht nicht an, die Rohstoffpreise zu erhöhen, um der Dritten Welt auf diese Weise künstlich Mittel bereitzustellen. Das war ein grundsätzlicher Irrtum in dem Vorschlag der 77. Ich bin übrigens froh, daß sie auf dem Pariser Dialog veranlaßt wurden, praktisch von dieser Forderung Abstand zu nehmen. In Paris dachte niemand mehr daran, die Rohstoffpreise festzusetzen, wenn sie sich einmal auf einem über dem Normalstand liegenden Niveau gefestigt haben, das heißt oberhalb des Gleichgewichtspreises, der aus dem Spiel der Marktkräfte resultiert.

Es gibt also keine einfache, schmerzlose Methode, um der Dritten Welt zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Das ist weder durch eine künstliche Erhöhung der Rohstoffpreise möglich, die zu all den Verzerrungen führen würde, die Herr Giersch erwähnt hat. Es ist auch nicht dadurch möglich, daß man den Erdölländern auferlegt, einen Teil ihrer Mehreinnahmen in die Dritte Welt zu leiten. Man kann ebensowenig eine Art Weltsteuer erheben, die vor allem von unseren Steuerzahlern getragen werden müßte.

Im Gegensatz dazu bin ich der Meinung, daß, wenn wir auf dem finanziellen Gebiet etwas tun, es darauf ankommt, für andere beispielgebend zu wirken, und da sehe ich doch einige ganz ermutigende Ansätze.

Lassen Sie mich noch einmal auf Lomé zurückkommen; das Abkommen ist seit 14 Monaten in Kraft. In diesen 14 Monaten wurden 170 Millionen Dollar aus dem Europäischen Entwicklungsfonds verwendet. In Verbindung mit den arabischen Ländern haben wir Maßnahmen für eine Milliarde Dollar ausgelöst, an denen die Araber mit 400 Millionen beteiligt waren. Sie mögen sagen, daß 400 Millionen nicht viel sind, trotzdem machen wir viel Aufhebens von der Milliarde Dollar, die alle Industrieländer zusammen der ganzen Dritten Welt auf einmal zukommen lassen wollen. Wir sollten anerkennen, daß die 400 Millionen Dollar, die den Erdölländern durch ein umsichtiges Vorgehen entzogen werden konnten - wir haben dabei als Katalysatoren oder Initiatoren gewirkt;- kein unerheblicher Betrag sind.

Ich meine, daß wir vielleicht noch einen Schritt weitergehen können, und dazu sollte der Dialog mit der Dritten Welt beitragen. Man müßte den Ländern der Dritten Welt, die die größten Bevölkerungen mit den größten Bedürfnissen haben, klarmachen, daß der Umfang der möglichen finanziellen Anstrengungen weitgehend von der Wiedererlangung des Wachstums bei uns abhängt. Das heißt, diese Zahlungen hängen indirekt vom Anstieg der Erdölpreise und dem allgemeinen wirtschaftlichen Ungleichgewicht ab. Ich halte das für unumgänglich, und ich behaupte steif und fest, daß Saudi-Arabien und der Iran das Energie-Forum deshalb abgelehnt haben, weil sie nicht wollen, daß derartige Gespräche in Gang kommen. Ich bin davon überzeugt, daß die OPEC grundsätzlich zu einem Dialog mit der OECD bereit ist; aber sie wollen nicht, daß die großen erdölverbrauchenden Länder der Dritten Welt dabei sind. Denn der Zusammenhang zwischen Erhöhung der Erdölpreise, ihre Auswirkung auf die Weltwirtschaft und somit ihre Auswirkung auf die den erdölverbrauchenden Länder zur Verfügung zu stellenden finanziellen Mittel soll nicht klar zutage treten.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß wir in der' sehr schwierigen Situation, von der Herr Hiß spricht, zusätzliche Anstrengungen zu machen haben. Wir müssen unsere Hilfsprogramme fortsetzen. Ich bin außerdem der Meinung, daß für eine begrenzte Zeit eine vorübergehende Ausnahmeregelung vorgesehen werden sollte, um eine Wiederbelebung und Umstrukturierung zu erleichtern. Allein auf diesem Gebiet ist ein Vergleich mit dem Marshallplan möglich. Anders gesagt, der Marshallplan war für die amerikanische Wirtschaft beim Übergang von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft außerordentlich vorteilhaft, wenngleich er auch für uns eine große Hilfe bedeutete. Ich bin davon überzeugt, daß eine Art Marshallplan für die Dritte Welt auch für unsere Industrieländer heute eine Umstrukturierung und Wiederbelebung ermöglichen würde. Denn wir haben Probleme, die daher rühren, daß unsere Produktionsstruktur an die gegenwärtige und vorhersehbare Nachfragestruktur unserer Wirtschaft unzureichend angepaßt ist.

Löwenthal

Sie sprechen von Blockfreiheit der Entwicklungsländer, Herr Cheysson, und meinen, auch die Europäische Gemeinschaft habe in ihrem Bestreben nach Unabhängigkeit von den Supermächten eine gewisse Fähigkeit zur Blockfreiheit. Ich sehe das nicht so. Ich stimme Ihnen zu, daß sich Europa in wichtigen Punkten in einer anderen Situation als die Vereinigten Staaten befindet; man braucht nur an den Energiesektor zu denken. Dennoch besteht für Europa die Notwendigkeit, mit den Vereinigten Staaten und mit Japan einen Block gegenüber der Sowjetunion zu bilden. Im Rahmen dieses Blocks müßte Europa allerdings versuchen, eine unabhängige Rolle zu spielen. Vielleicht können wir uns darauf einigen.

Cheysson

Ich gehe davon aus, daß eine beträchtliche Zahl von Entwicklungsländern ein grundlegendes Verlangen nach kultureller Identität und kultureller Freiheit hat. Auf der anderen Seite gibt es, was die Europäer betrifft, eine Reihe von Themen, bei denen wir unsere Autonomie und unsere Bedürfnisse zum Ausdruck bringen müssen. Und dies ist meiner Meinung nach ein grundsätzlicher Berührungspunkt zwischen der Dritten Welt und uns. Aber mir liegt der Gedanke fern, daß Europa blockfrei sein soll. Wir gehören einem kulturellen System an, das fundamentale Gemeinsamkeiten mit den Vereinigten Staaten aufweist. Ich möchte im übrigen sagen, daß dieses Thema in den Ost-West-Beziehungen in Europa vertieft werden sollte, um zu sehen, ob eine westeuropäische Integration, die eine gewisse Freiheit in der Selbstdarstellung und in der Entwicklung läßt, nicht in anderer Richtung ein sehr anziehendes Moment für Osteuropa sein würde.

Thorn

Lassen Sie uns jetzt zum zweiten Punkt übergehen: Welche Rolle können und sollen die kommunistischen Länder in dem Rahmen der Entwicklungsstrategie spielen?

Jungblut

Der ganze Nord-Süd-Dialog leidet darunter, daß sich der Westen hat auf die Anklagebank schieben lassen und nur aus der Defensive argumentiert. Das tut er leider nicht einmal geschlossen, sondern ohne ein einigermaßen einheitliches Konzept. Das ist vielleicht auch eine Erklärung dafür, warum es nicht gelungen ist, die östlichen Industrieländer mit in die Verantwortung zu ziehen. Denen ist es ja bis heute möglich gewesen, mit sehr viel weniger an materieller Hilfe ein hohes Maß an Propaganda und Einfluß zu verbinden.

Cheysson

Sie fragen, Herr Jungblut, warum beteiligt sich der Osten nicht an der Entwicklungshilfe. Sie sagen, der Westen befinde sich in der Defensive und sitze auf der Anklagebank. Das ist meiner Meinung nach nicht der Grund. Der Grund ist vielmehr darin zu suchen, daß der Osten der Dritten Welt für die Lösung ihrer wirtschaftlichen Probleme nichts bieten kann. Er stellt weder einen Absatzmarkt für die Exporte der Entwicklungsländer dar, noch spielt er im Hinblick auf die Entwicklungshilfe eine Rolle und auch im Rohstoffbereich ist er unbedeutend. Diese Situation ist völlig anomal.

Deshalb stellt sich für den weiteren Verlauf des Nord-Süd-Dialogs die Frage, wie wir es erreichen können, daß die osteuropäischen Länder in die Diskussion mit einbezogen werden. Hier zeigt sich aber auf unserer Seite ein Widerspruch. Einerseits wollen wir den Osten an der Diskussion beteiligen, und sei es auch nur aus politischen Gründen, damit auch er angeklagt werden kann. Andererseits sind wir jedoch besorgt, daß seine Teilnahme die Effizienz dieser Verhandlungen beeinträchtigen könnte. So schlagen wir Institutionen und Mechanismen vor, in denen der Osten nicht präsent ist. Alles was wir für die Gestaltung der Finanzierung darlegen, fällt in den Rahmen der Institutionen von Bretton Woods. Daran ist der Osten aber nicht beteiligt, und deshalb braucht er davon keine Notiz zu nehmen. Diesen Widerspruch müssen wir überdenken.

Taus

Ich würde die RGW-Staaten zu einer großen Diskussion über Entwicklungshilfe einladen und sie fragen: Was stellt Ihr Euch vor? Was leistet Ihr dafür? Was habt Ihr für Konzepte? Erklärt uns das. Wir im Westen mühen uns redlich ab, wir sind aber nicht sehr erfolgreich. Vielleicht habt Ihr soviel bessere Konzepte als wir.

Die östlichen Länder liegen zu sehr im Windschatten dieser Diskussion, und das halte ich nicht für zweckmäßig. Jedem soll in dieser Frage der Wind ins Gesicht blasen. Uns bläst er ja auch ins Gesicht.

Narjes

Es ist sicher politisch nützlich und richtig, immer wieder auf die geringen Leistungen der RGW-Staaten hinzuweisen. Ich möchte aber sehr deutlich sagen, daß ich es für verheerend hielte, wenn man die RGW-Staaten in einem solchen Dialog aufforderte, als Mitgestalter der liberalen Weltwirtschaftsordnung tätig zu werden.

Taus

Wir müssen sie fragen, was sie tun wollen.

Narjes

Das ist richtig. Wenn sie aber als Mitgestalter auftreten, etwa im Währungsfonds, wo sie die Linkposition unterstützen, oder im GATT, wo sie die Meistbegünstigung kaputt machen, so wäre das verheerend. Hier liegt eine deutliche Grenze, die bei der öffentlichen Behandlung dieses Themas nicht immer beachtet wird.

Löwenthal

Herr Cheysson meinte, die Sowjetunion und der Sowjetblock würden sich an den Diskussionen mit den Entwicklungsländern vor allem deshalb nicht beteiligen, weil sie in dieser Hinsicht wenig zu bieten haben. Das ist sicher ein Grund, aber nicht der einzige. Ich glaube vielmehr, daß die Sowjetunion

versucht, den Konflikt zwischen den Entwicklungsländern und den Industrieländern des Westens auszunutzen und zu schüren. Diese Politik betreibt sie schon seit langer Zeit.

Seit die Diskussionen über die neue Weltwirtschaftsordnung in der UNCTAD begannen, hat die Sowjetunion alle Forderungen der Entwicklungsländer gegenüber dem Westen unterstützt mit dem Argument, hier gehe es im Grunde um Reparationen, um eine Wiedergutmachung für die erlittene imperialistische Ausbeutung. Da die Sowjetunion keine imperialistische Ausbeutung wiedergutzumachen habe, sei sie von diesen Forderungen a priori nicht betroffen. Diese Haltung nimmt die Sowjetunion bis zum heutigen Tag in allen ihren Publikationen konsequent ein auch in dem Dokument, das sie auf der letzten Sitzung der Vereinten Nationen zu dieser Frage vorgelegt hat.

Wir sollten deshalb unterscheiden, ob wir die Hinzuziehung der Sowjetunion zum Nord-Süd-Dialog nur als eine Forderung unserer Propaganda verstehen oder ob das ein Ziel unserer realen Verhandlungspolitik sein soll. Im propagandistischen Sinne, wie es Herr Taus formuliert, ist es völlig legitim, die Sowjetunion immer wieder zu fragen: Warum seid ihr nicht dabei, warum helft ihr nicht mit? Aber ein wirkliches Interesse, die Sowjetunion und den Sowjetblock an den schwierigen Verhandlungen mit der Dritten Welt zu beteiligen, können wir zur Zeit nicht haben. Das würde diese Verhandlungen nur weiter erschweren. Nur da, wo bereits Abkommen vorhanden sind, kann man die Sowjetunion auffordern, diesen beizutreten. Ich würde aber dringend davor warnen, die Sowjetunion in den Verhandlungsprozeß mit hineinzuziehen, nicht nur weil sie dazu wahrscheinlich nicht bereit ist, sondern vor allem weil sie dann vermutlich die Rolle des Saboteurs spielen würde.

Cheysson

Die Abwesenheit der östlichen Länder bei der Entwicklung der Dritten Welt ist offensichtlich; sie läßt sich in drei Punkten zusammenfassen: An materieller Hilfe gibt der Osten weniger als 1 Milliarde Dollar pro Jahr gegenüber 14 bis 15 Milliarden Dollar der OECD-Länder. Im Handel gehen weniger als 5 Prozent der Exporte der Dritten Welt in die östlichen Länder, während unsere Märkte wenigstens 35 Prozent aufnehmen. Auf dem Gebiet der Rohstoffe ist ein rücksichtsloses Vorgehen auf den großen Märkten festzustellen, das sich in massiven Preisschwankungen auswirkt. Schließlich erwähne ich die Unfähigkeit aller totalitären Systeme, sich den Realitäten der Entwicklungsländer anzupassen und daher die Unfähigkeit, die Basis zu unterstützen, was eines der wichtigsten Elemente der Entwicklung ist. Das, was seit 17 Jahren in Guinea geschieht, ist in dieser Hinsicht sehr aufschlußreich.

Die Realitäten müssen besser erfaßt und in stärkerem Maße anerkannt werden. Ich weiß sehr wohl, wie die kommunistischen Länder den Nord-Süd-Konflikt darstellen, Herr Löwenthal. Diese These ist von uns in keinem Punkt zu akzeptieren. Aber sie kann uns auch nicht entgegengehalten werden im Hinblick auf den Zugang zum sowjetischen Markt oder den anderen Märkten Osteuropas, wenn es um das rücksichtslose Eingreifen auf den Rohstoffmärkten geht, selbst wenn sie es auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe ernst meinen sollten. Der Pariser Dialog hat viel dazu beigetragen, die Realitäten besser zu erkennen. Selbst die Länder der Dritten Welt, die sich sozialistisch verstehen, schlagen keinen Augenblick vor, mit den kommunistischen Ländern über ernste Wirtschaftprobleme zu sprechen. Sie wissen, daß das nicht möglich ist.

Wie Herr Löwenthal bin ich der Meinung, daß es unmöglich ist, die Staatshandelsländer an unseren

Vereinbarungen und Verhandlungen zu beteiligen. Wir müssen sie aber irgendwo unterbringen, wenn wir auf dem Gebiet der Rohstoffe etwas erreichen wollen. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten importieren 28 Prozent des Kautschuks und 18 Prozent der Wolle, die von der Dritten Welt verkauft werden. Es ist also nötig, daß sie irgendwo mit dabei sind, wenn wir über diese Produkte Abkommen schließen. Wie soll dies geschehen? Ist es möglich, daß sie sich an bestimmte Abkommen beteiligen? Die große Schwierigkeit hierbei besteht darin, daß wir wirksame Verfahren wünschen, die zur Folge haben, daß den Institutionen von Bretton Woods eine wichtige Rolle zukommt. An diesen Institutionen sind die östlichen Länder jedoch nicht beteiligt.

Eine andere Idee: Sind mit den Ländern Osteuropas Nebenvereinbarungen denkbar, die sie verpflichten würden, die West-Süd-Vereinbarungen zu respektieren, selbst wenn sie nicht daran beteiligt sind? Gibt es nicht ein erstes Anzeichen in diesem Sinne bei dem bilateralen Abkommen, das zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten geschlossen wurde, hinsichtlich ihrer Interventionen auf dem Getreidemarkt? Die Interventionen folgen jetzt bestimmten Regeln und sind somit ein Störfaktor weniger. Ich weiß keine klare Antwort.

Ich bin jedenfalls folgender Ansicht. Erstens: Wie auch immer man die Abwesenheit des Ostens bei der Entwicklungshilfe politisch erklärt, in bestimmten Bereichen ist sie unentschuldigbar. Zweitens: Wir müssen überlegen, wo wir die Aktivitäten der östlichen Länder auf der Ebene der Weltwirtschaft

einordnen können. Das könnte natürlich durch einen Druck des Südens erreicht werden, damit Absprachen über Rohstoffe oder über andere Dinge nicht durch den Osten gestört werden.

Verner

Ich glaube nicht, daß die Sowjetunion und die Mehrheit der Mitglieder des Ostblocks bereit sind, sich an internationalen Vereinbarungen zur Entwicklungshilfe zu beteiligen. Es würde ihrer grundlegenden Vorstellung von Souveränität widersprechen, wenn sie ihre Handlungsmöglichkeiten in bestimmten Bereichen einschränken müßten, wie das die meisten von uns absolut für notwendig halten.

Herr Cheysson erwähnte, daß der Handel der Sowjetunion mit jenen Ländern nur sehr gering sei. Was ihr jedoch am Herzen liegt, ist der Export der Revolution. In der Dritten Welt, speziell in Afrika, hat die Sowjetunion ihre Aktivitäten als internationaler Störenfried zunehmend verstärkt. Diese Aktivitäten werden nicht ohne Auswirkungen auf den NordSüd-Dialog bleiben. Welche das sein werden, ist heute noch schwer vorauszusagen, aber ich bin sicher, daß es da noch manche Überraschung geben wird. Allerdings fühlen sich selbst einige Länder der Dritten Welt von diesen Aktivitäten der Sowjetunion bedroht. Dies ist vielleicht insofern überraschend, als viele dieser Länder politisch-philosophische Positionen übernommen haben, die zumindest denen der Sowjetunion ähnlich sind. Hier haben wir es jedenfalls mit einem grundlegend politischen und nicht mit einem ökonomischen Problem zu tun.

Wegener

Nach der vierten UNCTAD-Konferenz hat sich der Eindruck verstärkt, daß die sozialistischen Länder zunehmend unter die Kritik der Entwicklungsländer geraten; denn ihre mangelnde Leistungsbereitschaft ist offensichtlicher geworden. Was bedeutet das für das Verhältnis zwischen westlichen Industrieländern und Dritter Welt?

In den Vereinten Nationen gab es während der gesamten Dekolonialisierungsperiode eine natürliche Allianz zwischen sozialistischen Ländern und Entwicklungsländern. Die Kommunisten konnten sich ohne eigene Anstrengungen die enormen Schwierigkeiten, die wir in der Dekolonisierungsphase hatten, zunutze machen. Jetzt ist es zum ersten Mal möglich, daß diese natürliche Solidarisierung in eine Desolidarisierung umschlägt. Die Unzufriedenheit, ja die Entrüstung der Entwicklungsländer über das völlige Unvermögen der sozialistischen Länder, sich auf ihre Bedürfnisse einzustellen, ist deutlich geworden, wobei sich die Entwicklungsländer immer mehr ihrer gewachsenen eigenen Macht bewußt werden.

Die westlichen Länder sollten aus dieser Enttäuschung auch machtpolitisch ihre Konsequenzen ziehen, zumal wir uns auf vielen anderen Gebieten einer starken kommunistischen Offensive gegenübersehen. Wir sollten deshalb die sozialistischen Länder immer wieder vor ihre Verantwortung stellen und dabei auch den vorwiegend verbalen und propagandistischen Charakter ihrer Entwicklungspolitik aufdecken.

Das sollte aber nicht in einem Ost-West-Zirkel geschehen, sondern dort, wo auch der Ankläger sitzt, nämlich in den Vereinten Nationen. Ich halte infolgedessen die Idee, die Frage Ost-Süd auch in der Nachfolgekonzferenz der KSZE in Belgrad aufzubringen, nicht für gut. Möglicherweise kommt es dort zu Abmachungen mit den Oststaaten und man macht mit ihnen "gemeinsame Sache". Das kann nur unsere Position bei den Entwicklungsländern schwächen. Denn über eines müssen wir uns im klaren sein: Sollte sich die Sowjetunion von uns gedrängt fühlen, ihre Entwicklungshilfeleistungen punktuell zu verstärken, so verfolgt sie damit in jedem Falle ihre eigenen Ziele, und die sind uns fundamental feindlich.

Thorn

Lassen Sie mich zu Punkt 2 eine kurze Bemerkung anfügen. Das, was Herr Wegener vorhin erwähnte, habe ich als Präsident der UN-Vollversammlung mehrfach erlebt. Die westlichen Länder gaben praktisch gerade an dem Punkt auf, als man den Kampf zu gewinnen begann. Wir sagen immer gleich: Es gibt Automatismen, die gegen uns sind; alle diese Länder sind gegen uns. Das war der Augenblick, wo eine Phase zu Ende ging und eine neue begann. Sie haben das sehr gut charakterisiert, Herr Wegener. Es war oft sehr schwer, den europäischen und amerikanischen Kollegen klarzumachen, daß die Entkolonisierung gegen die westlichen Länder durchgeführt worden war. Die Kommunisten standen da mit untergeschlagenen Armen und lieferten die Waffen. Alles das waren Punkte, die sich zu ihren Gunsten abzeichneten, bis der Prozeß beendet sein würde.

Heute dagegen ist der Zeitpunkt gekommen, wo man in Afrika und anderswo, selbst in den Ländern, die

sich sozialistisch nennen, es nicht mehr will, daß die Sowjetunion die Revolution und Waffen exportiert, von den ökonomischen Fragen einmal ganz zu schweigen. In diesem Punkt dürfte hier Einigkeit bestehen. Was aber die Propaganda angeht, so liegen wir völlig falsch. Wir lassen zu viele Gelegenheiten aus, hervorzuheben, welchen Anteil unser Handel hat und welche Handelsanteile die östlichen Länder haben. Den Kommunisten gelingt es immer noch, die Unterentwicklung als eine Frage der Schuld einiger westlicher Länder gegenüber dem Rest der Welt hinzustellen. Sie sind zu oft immer noch erfolgreich, sich selbst bei alledem vergessen zu machen. Das müssen wir nicht nur den Russen in Erinnerung bringen. Das muß in der UNO zur Sprache gebracht werden, wo die ganze Welt versammelt ist, weil es hier um eine grundlegende politische Kursänderung geht. Da sind die Erfolgsaussichten gar nicht schlecht, wenn wir uns der Propaganda in der Weise bedienen würden, wie es die kommunistischen Länder verstehen.

Ich schlage vor, daß wir jetzt noch kurz auf Punkt 3 eingehen: Wie können wir die öffentliche Meinung in unseren Ländern im Hinblick auf die allgemeine Entwicklungsproblematik sensibilisieren und ihr klarmachen, daß der Nord-Süd-Frage absolute Priorität zukommt?

Taus

Ich erachte es als ein großes Hindernis für unsere Entwicklungspolitik, daß die öffentliche Meinung im Westen Entwicklungshilfe nicht nur nicht versteht, sondern sogar weltgehend ablehnt. Es herrscht die Auffassung vor, daß man hier etwas abgeben soll, was man selber erarbeitet hat, wozu andere Völker nicht in der Lage waren. Deshalb birgt im Westen jedes Konzept einer erweiterten Entwicklungshilfe politisch immense Gefahren. Denn die Masse der Bevölkerung will nicht mitgehen, weil sie nicht davon überzeugt ist, einen Beitrag leisten zu müssen, damit die Dritte Welt sich entwickeln kann. Ganz im Gegenteil, meine Erfahrung ist, daß die meisten Menschen der Ansicht sind: je weniger desto besser.

Lassen Sie mich grundsätzlich sagen: Es ist unumgänglich, daß die globale Diskussion über Entwicklungshilfe weitergeht. Den Menschen in den Industriestaaten muß klargemacht werden, daß es hier um eine zentrale Frage ihrer eigenen Zukunft geht. Gelingt das nicht, fehlt der Entwicklungspolitik jede Grundlage. Wenn man sich die öffentliche Diskussion über Entwicklungshilfe heute anhört, so sind die Menschen bei uns offenbar der Ansicht, hier würden nur sinnlose Geschenke verteilt. Auch die Berichterstattung über den Nord-Süd-Dialog in Paris dürfte kaum dazu angetan sein, die Entwicklungshilfe in ein besseres Licht zu rücken. Wie soll bei dem derzeitigen Problembewußtsein in den europäischen Staaten überhaupt ein großes Entwicklungshilfekonzert durchgezogen werden?

Aber, Herr Grüner, versteckte Entwicklungshilfe, die gewissermaßen unter der Hand geleistet wird, kann in einer Demokratie keine Lösung sein.

Grüner

Mir geht es nicht um versteckte Entwicklungshilfe, sondern um eine politisch erzwungene, die von der Bevölkerung als zwangsläufig angesehen wird und die nicht in eigenen autonomen politischen Entscheidungen liegt. Dafür habe ich das Beispiel OPEC genannt; über die Ölpreiserhöhungen ist doch offenkundig ein Ressourcentransfer vorgenommen worden.

Taus

Ich meine, daß jeder Ressourcentransfer von der Mehrheit der Bevölkerung als notwendig, zweckmäßig und richtig angesehen werden muß. Ist das nicht der Fall, werden wir nie zu einem vernünftigen Entwicklungshilfekonzert und zu einer vernünftigen Strategie kommen. Daher muß die globale Diskussion weitergehen. Ohne Motivation ist in einer Demokratie keine sinnvolle Aktion möglich.

Löwenthal

Wir wissen, daß es auf die Dauer für uns lebenswichtig ist, unsere Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt zu verbessern und ihnen gegenüber eine konstruktive Politik zu betreiben. Das ist nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern wir müssen auch verhindern, daß wir uns in der Weltpolitik isolieren. In dieser Hinsicht bin ich nicht so optimistisch wie Herr Thorn und Herr Wegener, daß sich die internationale Situation bereits zu unseren Gunsten verändert hat. Bis vor kurzem war unsere Position gegenüber der Dritten Welt noch ausgesprochen schlecht, was nicht mehr auf die Entkolonisierung zurückzuführen war, sondern auf unseren Widerstand gegen die Lösung der

ökonomischen Probleme dieser Länder. Erst jetzt beginnt sich unsere Situation allmählich zu verbessern.

Dabei ist absolut klar, daß jede Leistung in dieser Richtung materielle Opfer erfordert, und materielle Opfer sind in Demokratien unpopulär, zumal im Kampf der Parteien gegeneinander immer die Versuchung zur Demagogie gegen die Entwicklungshilfe besteht. Was können wir also tun, um unseren Bevölkerungen die Notwendigkeit solcher Opfer einsichtig zu machen?

Vielleicht bieten die europäischen Wahlen, wenn sie im kommenden Jahr stattfinden sollten, dafür eine Gelegenheit. Dabei wird ein Problem für die Parteien sein, auf welche Themen sie sich konzentrieren sollten, und dafür könnten sich gemeinsame Probleme der europäischen Politik eignen.

Gemeinsame Probleme betreffen einmal die Weiterentwicklung der Gemeinschaft in ihren Institutionen. Hier befinden wir uns momentan in einer sehr ungünstigen Situation. Darüber hinaus gibt es aber gemeinsame Lebensprobleme der Gemeinschaft, wie zum Beispiel die Energiefrage und das Verhältnis zur Dritten Welt. Auf solche Themen sollten die verantwortlichen großen Parteien die Kampagne für die europäischen Wahlen konzentrieren. Etwa auf die Notwendigkeit einer langfristigen vorausschauenden Energiepolitik und einer konstruktiven Politik gegenüber der Dritten Welt. Diese Themen sind in der Innenpolitik der Länder gefährlicher als in einer europäischen Kampagne, denn sie sind in sichtbarer Weise direkt mit Opfern verbunden. Die europäische Kampagne sollte von unseren Parteien als Gelegenheit benutzt werden, den öffentlichen Horizont zu erweitern. Gerade für die Beziehungen zur Dritten Welt brauchen wir eine Erweiterung des öffentlichen Horizonts, um die öffentliche Meinung in geeigneter Weise zu sensibilisieren.

Thorn

Ich bin nicht so optimistisch, wie es offenbar den Anschein hat, Herr Löwenthal. Es gibt einen großen Schatten, nämlich Südafrika. Die Russen und die Kubaner haben sich nicht zufällig in Angola und anderen afrikanischen Staaten eingemischt.

Hiß

Sie zeigen hier einen ganz überraschenden Aspekt der Europa-Wahlen auf, Herr Löwenthal. Ich würde da jedoch keine allzu große Hoffnung hegen, wenn Sie diese Wahlen für das Thema Entwicklungshilfe nutzen wollen, weil es bei nationalen Wahlen wenig populär sei, Opfer und damit höhere fiskalische Belastungen anzusprechen.

Muß man den Stier nicht sehr viel rücksichtsloser bei den Hörnern packen? Wenn unsere Analyse richtig ist, daß sich im Nord-Süd-Verhältnis auch für die Industrieländer vitale Fragen entscheiden, dann müßten wir den Mut haben, diesem Thema eine Priorität zu geben, die weit über die möglicherweise ein wenig sonntäglichen Wahlkampagnen zum Europäischen Parlament hinausgehen. Dann muß das ein Dauerthema unserer Innenpolitik werden.

Es käme darauf an, der Entwicklungspolitik einen Rang zu geben, wie ihn - vielleicht ist der Vergleich riskant - zumindest eine Zeitlang das Thema unserer militärischen Sicherheit eingenommen hat. Wir müssen allmählich in dieser Beziehung umdenken lernen. Das heißt, unsere Sicherheit ist nicht mehr in erster Linie militärisch bedroht, sondern durch ökonomische und politische Spannungen, die nicht militärisch bedingt sind. Deshalb kann auch ein System der kollektiven Sicherheit seine Anstrengungen nicht mehr in erster Linie auf Fragen der herkömmlichen äußeren Sicherheit konzentrieren und sich damit weitgehend auf den Rüstungsbereich und ähnliche Fragen beschränken, sondern das ist sehr viel globaler zu sehen.

Damit käme ein Element des Egoismus, des Selbstinteresses der Industrieländer, der Geberländer mit in die Debatte, das eine solche Politik viel mehr erfolgsversprechend machen würde. Natürlich wird das moralische Element der Nächstenliebe, wie es beispielsweise durch die Kirchen in die Entwicklungsdebatte hineingebracht wird, nicht fehlen dürfen. Die Kirchen sind ja einer der wenigen hilfreichen innenpolitischen Truppen, die eine Regierung hat, wenn sie dieses Thema in die öffentliche Diskussion bringen will. Kann man den Menschen aber klarmachen, daß Entwicklungshilfe in ihrem eigenen Interesse liegt, hätten wir möglicherweise ein Vehikel, mit dem man auch in die innenpolitische Kampagne mit größerer Aussicht auf Erfolg fahren kann.

Wir können gesteigerte Entwicklungshilfeanstrengungen nur dann auf eine solide Basis stellen, wenn wir den Transfer offen als das ansprechen, was er ist. Und wir müssen den Ressourcentransfer solide finanzieren. Wir dürfen also nicht so tun, als leisteten wir einen Ressourcentransfer, während es in Wirklichkeit nur ein neuer Beitrag zur Weltinflation ist.

Altmann

In der Tat, Herr Hiß, sammeln die beiden Kirchen Jahr für Jahr außerordentliche Geldbeträge für die Entwicklungsländer. Darin zeigt sich, daß ein breiter Teil unserer Öffentlichkeit durchaus appellfähig ist. Leider haben es die großen Parteien bisher nicht gewagt, einen solchen Appell an die Bevölkerung zu richten.

Ich betone aber, daß die ganze Debatte über Entwicklungspolitik stellvertretenden Charakter hat. Unser Gesellschaftssystem weist eine eigentümliche Ziellosigkeit auf. Wir streben fast ausschließlich eine Einkommensstabilisierung an, aber wir haben kein Ziel einer gemeinsamen Zivilisation. In der Umweltdebatte und auch in anderen Fragen tritt immer schärfer ein Dualismus unseres Kulturbewußtseins hervor, der schwer zu überwinden ist. Die Folge ist eine allgemeine moralische Destabilisierung unseres Systems, das sich allein, wie Habermas sagt, durch materielles Funktionieren legitimieren möchte.

Statt Moral sagen wir Leistung. Diese naive Identifikation von Leistung und Moral ist außerordentlich problematisch. Wir müssen differenziertere Aussagen machen lernen. Als ein Detail nenne ich die Verbesserung unserer auswärtigen Kulturpolitik. Als Exportland müssen wir lernen, auch andere Kulturen aufzunehmen und nicht bloß unsere eigene Kultur auszustrahlen. Eine rezipierende Kulturpolitik im großen Stil würde unseren Bevölkerungen helfen, andere Kulturen mit ihren spezifischen Leistungsmöglichkeiten besser zu verstehen, als es heute möglich ist.

Burchard

Die Entwicklungsländer haben in breiten Kreisen unserer Bevölkerung zweifellos kein gutes Image. Daß bei Sammlungen in den Kirchen so viel Geld zusammenkommt, hat weniger etwas mit einem bewußten Engagement für die Entwicklungsländer zu tun, sondern da spielen auch andere Motive eine Rolle.

Wie kann man das Image der Entwicklungsländer so verändern, daß die Bevölkerung bereit ist, Opfer zu bringen? Hier sehe ich nicht nur eine Aufgabe der Politiker, sondern insbesondere der Informationsmedien, die dabei vielfach eine sehr unglückliche Rolle spielen. Das zu ändern ist natürlich in einem Staat, in dem glücklicherweise die Freiheit der Meinungsäußerung besteht, außerordentlich schwer. Da kann man nur versuchen, bei den einzelnen Journalisten und Redakteuren durch Überzeugung etwas zu erreichen.

Giersch

Nur schlagwortartig: Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik sind nicht populär; sie sollten populärer gemacht werden. Eine Voraussetzung dafür ist die Wiederherstellung angenäherter Vollbeschäftigung im eigenen Lande. Wenn wir bei uns selber Ordnung schaffen, werden wir eher bereit sein, Hilfe zu leisten.

Wer kann helfen, Entwicklungspolitik populärer zu machen? Drei Gruppen sind angesprochen: 1. die Politiker, 2. die Journalisten und Publizisten, 3. die Ökonomen.

Aufgabe der Politiker ist es, Ziele zu formulieren und moralische Verantwortungsbereiche zu präzisieren.

Aufgabe der Journalisten ist es, deutlich zu machen, daß Entwicklungspolitik nicht nur Verschwendung ist und Mißerfolge zeitigt. Ich würde mir bei der umfangreichen Berichterstattung im Fernsehen über Entwicklungsländer mehr Berichte über erfolgreiche Entwicklungspolitik wünschen und weniger Berichte, in denen wir selber auf die Anklagebank versetzt werden. Oft heißt es doch, der Westen sei an allem Schuld; er habe koloniale Sünden wiedergutzumachen, und er betreibe heute ein Spiel der internationalen Ausbeutung in anderen Formen. Ich wünsche mir also mehr Erfolgsberichte.

Wir wissen, welches die Erfolgsländer sind; und hier kommen die Ökonomen ins Spiel. Deren Aufgabe besteht darin, a) aufzuklären über das, was erfolgversprechend ist, und b) deutlich zu machen, daß Entwicklungspolitik zum beiderseitigen Vorteil sein kann. Sir Dennis Robertson hat einmal auf die Frage: What does the economist economize? geantwortet: Altruismus. Der Altruismus in dieser Welt ist zu knapp, um im Bereich der Wirtschaft verschwendet zu werden. Infolgedessen geht es darum, ökonomisch effiziente Lösungen aufzuzeigen, die auch dem Selbstinteresse der Gebenden entsprechen, also allen Beteiligten zum Vorteil gereichen.

Der Ökonom hat schließlich noch eine Aufgabe gegenüber dem Politiker. Er sollte ihm helfen, den zeitlichen Horizont auszudehnen. Denn häufig steht eine kurzfristig gutgemeinte Politik im direkten Gegensatz zu einer mittelfristig guten Politik. Der Ökonom setzt sich oft in Gegensatz zum Politiker,

weil er die mittel- und langfristige Perspektive betont und auf Sachargumente und -zwänge hinweist, die erst mit der Zeit zum Tragen kommen. In dieser Hinsicht hatte Ludwig Erhard recht, wenn er sagte, daß nur eine ökonomisch solide fundierte Politik Dauererfolge verspricht. Sie schafft die mittelfristige Reputation, die der Politiker braucht und der Staatsmann besitzt.

Insofern steht der Ökonom dem Staatsmann näher als dem kurzfristig denkenden Politiker. Ich meine, daß es in einer sinnvollen Arbeitsteilung zwischen

Politikern, Staatsmännern und Ökonomen sehr wohl möglich sein müßte, den Journalisten, die Aufklärung betreiben, genügend Stoff zu liefern, um die Entwicklungspolitik und die Entwicklungshilfe hier so populär zu machen, wie es nötig ist, um echte Hilfe leisten zu können.

Cheyssou

Sie haben alle unterstrichen, daß der Appell an das Gewissen ein sehr wichtiger Punkt ist. Ich bin immer wieder überrascht, wenn ich in Versammlungen, zu denen ich von der jungen Generation eingeladen werde, erlebe, wie dieser Appell für die jungen Leute eingängig ist, ganz gleich, welchen Bildungsstand sie haben. Von großer Bedeutung in dieser Hinsicht ist auch die Unterstützung derjenigen, die sich direkt an bestimmte Kreise wenden, zum Beispiel an konfessionelle oder auch an gewerkschaftliche Gruppen. Aus diesem Grunde bewilligen wir jetzt seitens der Gemeinschaft bestimmten nichtstaatlichen Organisationen finanzielle Unterstützung. Aber wir müssen über die ideellen Gemeinsamkeiten, die wir mit den Ländern der Dritten Welt empfinden, hinausgehen. Ich stimme Herrn Dondelinger zu, wenn er sagt, wir würden in der Dritten Welt heute die gleichen Probleme antreffen, die wir in der ersten Phase der industriellen Revolution in unseren eigenen Gesellschaften zu bewältigen hatten. Damals ging es darum, einen Teil unserer Bevölkerung an einen höheren Lebensstandard und eine größere Verantwortung heranzuführen. Es ist ebenso zu betonen, daß unser Eigeninteresse hier mit im Spiel ist, weil wir voneinander abhängig sind.

Wenn wir uns wirklich an die Öffentlichkeit wenden wollen, müssen wir Möglichkeiten finden, um die Transparenz der Probleme zu erhöhen und sie den Menschen persönlich näherzubringen. Das ist einer der Gründe, warum ich die Beibehaltung von bilateralen Maßnahmen in erheblichem Umfang befürworte. Deshalb setze ich mich auch für die Politik von Gruppe zu Gruppe ein, denn da weiß man, wovon man spricht und wer die Gesprächspartner sind. Es ist sehr viel einfacher, unserer Öffentlichkeit klarzumachen, daß wir die Elfenbeinküste unterstützen oder daß wir Sympathie oder Antipathie für das haben, was in Syrien geschieht, als ganz allgemein von der Unterstützung einer Entschließung der Vereinten Nationen zu sprechen. Das ist einer der grundsätzlichen Punkte bei der Konvention von Lomé.

Vor diesem Gebäude sehen Sie etwa 50 Fahnen afrikanischer, karibischer und pazifischer Länder, deren Vertreter diese Woche vom Europäischen Parlament empfangen werden. Solche Zusammenkünfte finden mitunter auch in Afrika statt. Derartige Treffen sind für die Parlamentarier wichtig, die sonst kaum etwas von diesen Problemen hören würden, die dabei aber direkte menschliche Kontakte aufnehmen. Dieses Mal gehen wir sogar noch einen Schritt weiter. In dieser Woche findet eine Zusammenkunft zwischen den Vertretern der AKP-Länder und Vertretern von Wirtschaft und Gesellschaft statt; auch der Europäische Gewerkschaftsbund entsendet einige seiner führenden Persönlichkeiten. Solche Kontakte sollten in jeder Weise unterstützt werden.

Ich bin sehr erfreut, Herr Löwenthal, daß Sie dieses Problem im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Wahlen zum Europaparlament angesprochen haben. Zunächst erscheint mir wichtig, daß sich die politischen Parteien gegenüber der Öffentlichkeit eines für uns so bedeutungsvollen Problems annehmen. Ausserdem aber ist die Politik gegenüber der Dritten Welt meiner Ansicht nach eine Rechtfertigung für die europäische Einigung. Wir schaffen Europa nicht, um einen neuen Staat aufzubauen, sondern um die Dinge anzugehen, die sich gemeinsam besser behandeln lassen als getrennt. Und zweifellos läßt sich ein Teil der Probleme mit der Dritten Welt besser im Rahmen der Gemeinschaft angehen als auf nationaler Ebene. Ich sage bewußt, ein Teil der Probleme; denn mir geht es nicht darum, die nationalen Politiken vollständig durch eine Gemeinschaftspolitik zu ersetzen. Aber da, wo es um unser Ansehen in der Welt geht, da, wo es darum geht, daß wir unsere Politik gegenüber der Dritten Welt aktivieren, ist die europäische Ebene unentbehrlich. Deshalb sollte dieses Thema bei der Wahl der Abgeordneten zum Europäischen Parlament im Vordergrund stehen.

Thorn

Wir sind am Ende unserer Diskussion angekommen.

Zu dem letzten Punkt nur noch eine Bemerkung von meiner Seite. Ich halte es in der Tat politisch für wichtig, wenn Politiker, Wirtschaftler und Journalisten vor den europäischen Wahlen oder bei anderer Gelegenheit der Öffentlichkeit deutlich machen, daß die Länder Europas in der nächsten Epoche entweder die Weltereignisse über sich ergehen lassen müssen oder Weltpolitik machen, indem sie einen Beitrag zur Lösung des Nord-Süd-Problems leisten. Das ist unsere große Chance, wie Claude Cheysson sagte; es ist praktisch unsere einzige, würde ich hinzufügen.

Diese Lage muß der Öffentlichkeit klargemacht werden. Es heißt: Wir leben in einer sehr materialistischen Gesellschaft, wie soll man den Menschen verkaufen, daß sie Opfer bringen müssen? Das ist vielleicht gar nicht so schwer. Man muß ihnen nur deutlich machen: Wenn sie jetzt zu gewissen Opfern bereit sind, werden sie später noch größere Opfer vermeiden. Damit zeigt man ihnen gewissermaßen, was sie für ihre Opfer bekommen. Auf diese Weise kann man eine solche Politik besser verkaufen.

Körper

Ich schließe dieses Gespräch mit einem Gefühl des Bedauerns, weil wir jetzt, nach einem so gut gelungenen Anfang, schon auseinandergehen. Denn wir haben nicht nur Meinungen und Informationen ausgetauscht, sondern wir sind, das ist jedenfalls mein Eindruck, dem näher gekommen, was Sie, verehrter Herr Thorn, als einen qualitativen Sprung bezeichnet haben. Daß wir dahin gelangt sind, verdanken wir Ihrer Gesprächsleitung und Ihrer an internationalen Erfahrungen orientierten thematischen Konzeption.

Nicht minder verdienstlich waren die beiden Referate, die unser Gespräch fundiert haben. Herr Cheysson und Herr Giersch haben nicht nur die Probleme umfassend und mit großer Klarheit definiert, sie haben auch die Trassen für die praktischen Wege markiert, die die Politik gehen kann.

Alles in allem ist dieses Gespräch trotz seiner verzwickten Problematik in einer für mich erstaunlichen Konzentration verlaufen. Jedenfalls sind wir der Gefahr entgangen, in der Interdependenz, die alle wichtigen Sachfragen unseres Themas wie ein Dornengestrüpp ineinander verstrickt, steckenzubleiben. Selbstverständlich dürfen wir die Details nicht verachten. Als Ingenieur weiß ich, daß Konzentrationen, die nicht präzise auf ihre Funktionsfähigkeit hin durchdacht werden, untauglich sind. Politische und ökonomische Entwürfe sind von dieser Erfahrung nicht ausgenommen.

Dennoch bedarf es in erster Linie des qualitativen Sprungs, von dem Herr Thorn gesprochen hat, wenn wir das Niveau erreichen wollen, auf dem solche Konstruktionen Erfolgchancen haben. Unser Gespräch hat gezeigt, daß dies zuerst die Qualität unserer inneren Politik betrifft. Nur allzu leicht geht uns dabei die Forderung nach einer neuen Moralität der Politik von der Zunge. Ich bin mir darüber im klaren, daß dies ein unscharfes Wort ist, das oft mißbraucht wird, um Sachfragen zu zerreden. Dennoch meine ich, daß wir nicht darauf verzichten können. Die Kenntnis der Tatsachen allein wird uns nämlich nicht helfen, die Probleme, die sich unter dem Stichwort "Nord-Süd-Dialog" für Europa und die Weltwirtschaft versammelt haben, zu lösen. Unser Gespräch hat einige Hinweise dafür erbracht, daß sich die öffentliche Meinung in unseren Ländern dieser Erkenntnis nähert.

Ich danke Ihnen allen für Ihre aktive Teilnahme. Ich meine aber, wir sollten diese gastliche Stadt Luxemburg nicht verlassen, ohne dem Regierungschef dieses Landes, der ein ebenso bedeutender Regisseur wie unser lebenswürdiger Gastgeber gewesen ist, zu sagen, wie sehr wir uns ihm verpflichtet fühlen.